



Bundesministerium  
der Finanzen

Das Ministerium



# Monatsbericht des BMF 2006

Januar

Februar

März

April

Mai

**Juni**

Juli

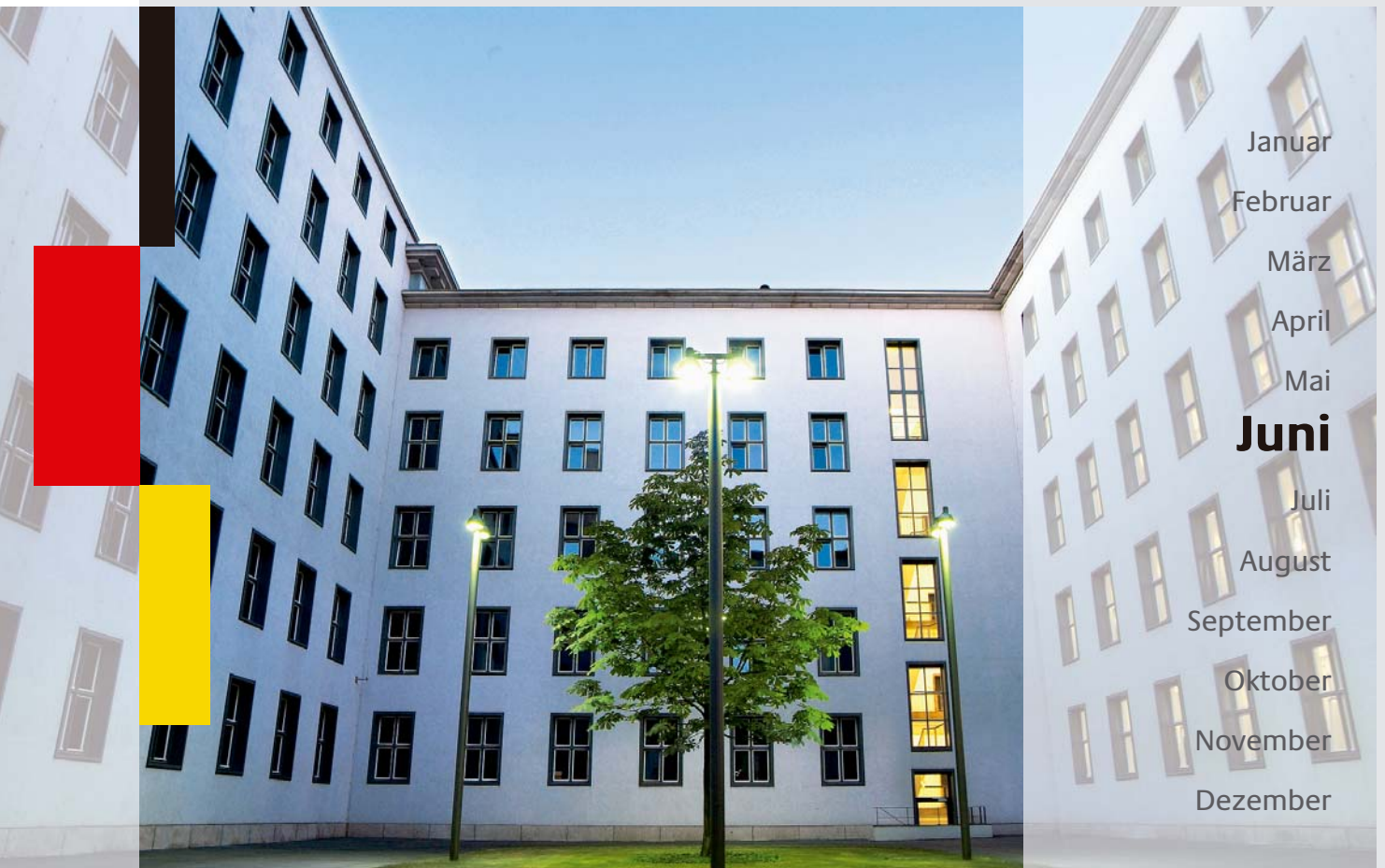
August

September

Oktober

November

Dezember





# Monatsbericht des BMF Juni 2006



# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial .....</b>	<b>7</b>
<b>Übersichten und Termine .....</b>	<b>9</b>
Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2006 .....	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	29
Termine .....	32
<b>Analysen und Berichte .....</b>	<b>35</b>
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2006 .....	37
Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen: Langfristige Trends und aktuelle Entwicklungen unter Einbeziehung der mittelfristigen Steuerschätzung .....	41
Bundespolitik und Kommunalfinanzen .....	49
Die wirtschafts- und finanzpolitische Lage der neuen Mitgliedstaaten sowie der Beitritts- und Kandidatenländer der EU Ende 2005/Anfang 2006 .....	57
Bündnisse gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung .....	65
<b>Statistiken und Dokumentationen .....</b>	<b>73</b>
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	76
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	99
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	103

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monats-  
berichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.  
Bundesministerium der Finanzen  
Redaktion Monatsbericht  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder  
<http://www.bmf.bund.de>  
[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)

## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser,

die deutsche Wirtschaft ist wieder auf Erholungskurs. Die aktuellen Indikatoren deuten darauf hin, dass die konjunkturelle Erholung 2006 an Breite gewinnen dürfte und mehr und mehr die Binnen- nachfrage erfasst. Dabei wird die Entwicklung der deutschen Wirtschaft von der weiterhin robusten weltwirtschaftlichen Dynamik unterstützt.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2006 liegen um 6,2 % höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer stiegen in den ersten drei Monaten mit einem Plus von 17,8 % kräftig an. Dies kann als Indiz für die anhaltend gute Gewinnsituation der Unternehmen gewertet werden. Durch steigende Importe aus Drittstaaten kam es zudem zu kräftigen Mehreinnahmen bei der Einfuhrumsatzsteuer.

Bei Betrachtung der deutschen Steuer- und Abgabenquote sowohl im internationalen als auch im zeitlichen Vergleich wird deutlich, dass Deutschland insgesamt kein Steuerlastproblem, sondern ein Sozialabgabenproblem hat. In den letzten fünf Jahren lag die Steuerquote deutlich unter dem langfristigen Durchschnittswert. Im internationalen bzw. europäischen Vergleich hat Deutschland heute eine der niedrigsten Steuerquoten. Die Abgabenquote Deutschlands liegt im Mittelfeld. Das bedeutet: Eine Reduzierung der Gesamtabgabenbelastung muss vor allem durch Änderungen bei den Sozialabgaben erreicht werden. Es geht also darum, die sozialen Sicherungssysteme konsequent zu reformieren und dadurch zukunftsfähig zu gestalten. Zudem geht es um eine bessere Ausgestaltung des Steuersystems, damit Deutschland im internationalen Standortwettbewerb gut aufgestellt ist und zugleich eine sozial ausgewogene Verteilung der Lasten zur Finanzierung der staatlichen Aufgaben gewährleistet werden kann.



Die finanzielle Situation der Kommunen hat sich im Jahr 2005 weiter verbessert. Die Einnahmen der Kommunen stiegen im Jahr 2005 deutlich, wodurch sich das Finanzierungsdefizit gegenüber 2004 erneut, nämlich um 1,5 Mrd. € auf 2,3 Mrd. €, reduzierte. Insbesondere die Gewerbesteureinnahmen entwickelten sich positiv und erreichten mit 23,4 Mrd. € einen Rekordstand. Die vom Bund im Jahr 2003 ergriffenen Maßnahmen – Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und Absenkung der Gewerbesteuerumlage – zeigen also weiterhin Wirkung. Darüber hinaus wurden die Belastungen der Kommunen aus Sozialleistungen im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe um 2,5 Mrd. € verringert. Das insgesamt positive Bild wird allerdings durch den erneut steigenden Bestand an Kassenkrediten um 4 Mrd. € beeinträchtigt. Dahinter verbirgt sich die unverändert schwierige Situation von strukturschwachen Gemeinden.

Schwarzarbeit schädigt durch Milliardenausfälle bei Steuern und Sozialabgaben nicht nur die öffentlichen Haushalte und Sozialkassen, sondern auch die gesetzestreuen Unternehmen und Arbeitnehmer, die durch diese illegale Konkurrenz keine faire Chance im Wettbewerb haben. Die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung kann nicht alleine Aufgabe des Staates sein, sondern bedarf eines breit angelegten Engagements aller Betroffenen. Zu diesem Ziel hat das Bundesministerium der Finanzen mit Verbänden und Gewerkschaften

besonders betroffener Wirtschaftsbranchen Aktionsbündnisse gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung geschlossen. Sie sind Ausdruck gemeinsamen Handelns der Beteiligten, erhöhen die Akzeptanz der staatlichen Maßnahmen und verstärken die notwendige Zusammenarbeit aller Beteiligten.

Die zehn neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich im globalen Wettbewerb gut positioniert und weisen im Vergleich zu den 15 alten Mitgliedstaaten weiterhin eine überdurchschnittliche Wachstumsdynamik auf. Dies ist gut sowohl für die betroffenen Länder als auch für Europa insgesamt. Im Jahr 2005 wurde in diesen Ländern ein durchschnittliches Wachstum von 4,6 % erreicht, wobei insbesondere die Außenwirtschaft zu dieser Entwicklung beitrug.

Auch für die anderen Beitritts- und Kandidatenländer (Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Mazedonien und Türkei) sind die Aussichten gut. Mittelfristig werden hier BIP-Zuwächse zwischen 4 % und 6 % pro Jahr erwartet. Diese erfreulichen Wachstumsraten haben zu fühlbaren Erfolgen im Prozess der realen Konvergenz geführt und den Aufholprozess beschleunigt.



Dr. Thomas Mirow  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen





## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2006 .....	27
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	29
Termine .....	32



# Finanzwirtschaftliche Lage

Der am 22. Februar 2006 vom Bundeskabinett beschlossene Haushaltsentwurf 2006 befindet sich weiterhin in den parlamentarischen Beratungen. Bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes

2006 (voraussichtlich Mitte bis Ende Juli) richtet sich die vorläufige Haushaltsführung nach Artikel 111 Grundgesetz.

## Entwicklung des Bundeshaushalts

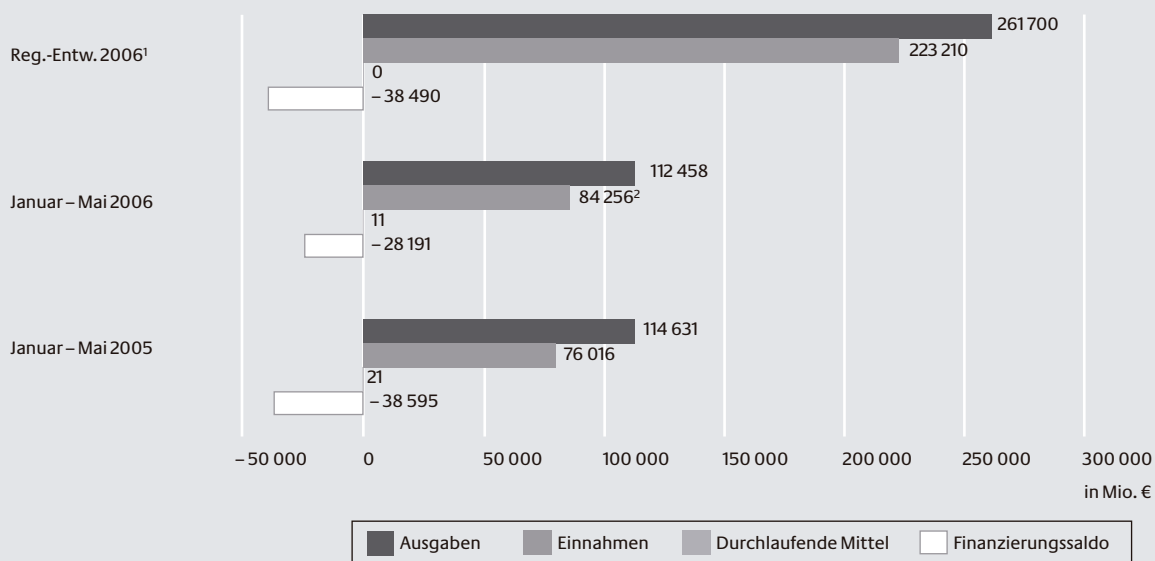
	Reg.-Entw. <sup>1</sup> 2006	Ist-Entwicklung <sup>2</sup> Januar bis Mai 2006
Ausgaben (Mrd. €)	261,7	112,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,7	– 1,9
Einnahmen (Mrd. €)	223,2	84,3 <sup>3</sup>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	– 2,3	10,8
Steuereinnahmen (Mrd. €)	192,5	71,3 <sup>3</sup>
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,2	8,0
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	– 38,5	– 28,2
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	–	– 7,9
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	– 0,2	– 0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	– 38,3	– 20,2

<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

<sup>2</sup> Buchungsergebnisse.

<sup>3</sup> Vorläufiges Ergebnis, da das Saarland aufgrund technischer Probleme noch keine Abrechnung der bis einschl. Mai abgelieferten Gemeinschaftsteuern vorgelegt hat.

## Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

<sup>2</sup> Vorläufiges Ergebnis, da das Saarland aufgrund technischer Probleme noch keine Abrechnung der bis einschl. Mai abgelieferten Gemeinschaftsteuern vorgelegt hat.

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich Mai belaufen sich auf 112,5 Mrd. €. Sie liegen damit nominal um 2,2 Mrd. € (– 1,9 %) unter dem Vorjahresergebnis. Die im Vergleich rückläufige Ausgabenentwicklung ist ausschließlich auf die im Jahr

2006 geringere Inanspruchnahme von Betriebsmitteldarlehen durch die Bundesagentur für Arbeit zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung dieses Faktors liegen die Ausgaben des Bundes um 2,4 Mrd. € (+ 2,2 %) über dem Vergleichswert des

## Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2005	Reg.-Entw. <sup>1</sup> 2006	Ist-Entwicklung Januar bis Mai 2006		Ist-Entwicklung Januar bis Mai 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 505	48 006	19 245	17,1	18 634	16,3	3,3
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 840	3 974	1 962	1,7	1 799	1,6	9,1
Verteidigung	27 768	27 712	10 848	9,6	10 466	9,1	3,6
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 866	7 672	3 423	3,0	3 440	3,0	– 0,5
Finanzverwaltung	2 899	3 390	1 142	1,0	1 194	1,0	– 4,4
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 444	12 445	4 209	3,7	4 194	3,7	0,4
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	925	317	0,3	297	0,3	6,7
BAföG	1 049	1 090	557	0,5	551	0,5	1,1
Forschung und Entwicklung	6 666	7 237	2 311	2,1	2 304	2,0	0,3
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	133 048	134 442	61 967	55,1	64 635	56,4	– 4,1
Sozialversicherung	75 898	74 772	36 291	32,3	36 516	31,9	– 0,6
Arbeitslosenversicherung	397	0	0	0,0	4 579	4,0	–
Grundsicherung für Arbeitsuchende	35 169	38 295	16 183	14,4	13 280	11,6	21,9
darunter: Arbeitslosengeld II	25 001	24 400	11 529	10,3	10 177	8,9	13,3
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 533	3 600	1 645	1,5	1 334	1,2	23,3
Wohngeld	1 085	1 000	253	0,2	359	0,3	– 29,5
Erziehungsgeld	2 873	2 830	1 184	1,1	1 204	1,1	– 1,7
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 118	2 865	1 250	1,1	1 412	1,2	– 11,5
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	912	914	299	0,3	322	0,3	– 7,1
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 788	1 650	492	0,4	702	0,6	– 29,9
Wohnungswesen	1 262	1 131	420	0,4	618	0,5	– 32,0
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 446	6 193	2 545	2,3	2 764	2,4	– 7,9
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 226	868	212	0,2	365	0,3	– 41,9
Kohlenbergbau	1 645	1 582	1 582	1,4	1 562	1,4	1,3
Gewährleistungen	1 355	1 400	197	0,2	326	0,3	– 39,6
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 119	10 854	2 978	2,6	2 932	2,6	1,6
Straßen (ohne GVFG)	6 241	5 870	1 512	1,3	1 295	1,1	16,8
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 465	9 438	2 705	2,4	2 542	2,2	6,4
Bundeseisenbahnvermögen	5 472	5 430	1 959	1,7	1 954	1,7	0,3
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 443	3 453	606	0,5	459	0,4	32,0
Allgemeine Finanzwirtschaft	38 122	37 759	18 017	16,0	17 907	15,6	0,6
Zinsausgaben	37 371	37 991	17 674	15,7	17 605	15,4	0,4
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>259 849</b>	<b>261 700</b>	<b>112 458</b>	<b>100,0</b>	<b>114 631</b>	<b>100,0</b>	<b>– 1,9</b>

<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

Vorjahres. Die Entwicklung der Arbeitsmarktausgaben insgesamt im Bundeshaushalt ist weiterhin mit Risiken behaftet.

Die positive Einnahmenentwicklung der letzten Monate setzt sich auch im Mai fort. Die Einnahmen des Bundes übertreffen das Vorjahresergebnis mit 84,3 Mrd. € um 8,2 Mrd. € (+ 10,8 %). Diese Entwicklung beruht sowohl auf der weiterhin insgesamt positiven Entwicklung der Steuereinnahmen (+ 8,0 %) als auch auf gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Verwaltungseinnahmen (+ 29,4 %). Die Steuereinnahmen profitieren weiterhin von der im Vorjahresvergleich fortgesetzt positiven Entwicklung der gewinnabhängigen Steuern sowie von geringeren EU-Abführungen. Das Ergebnis der Steuereinnahmen ist jedoch

noch vorläufig, da zum Monatsabschluss Mai des Bundes das Saarland die Abrechnung der Gemeinschaftsteuern für die Monate März bis Mai noch nicht vorgenommen hat. Bei den Verwaltungseinnahmen wirken sich in erster Linie Sondereffekte aus, so im Mai insbesondere die Abführung der zweiten Rate des Aussteuerungsbetrags der Bundesagentur für Arbeit nach § 46 SGB II an den Bund.

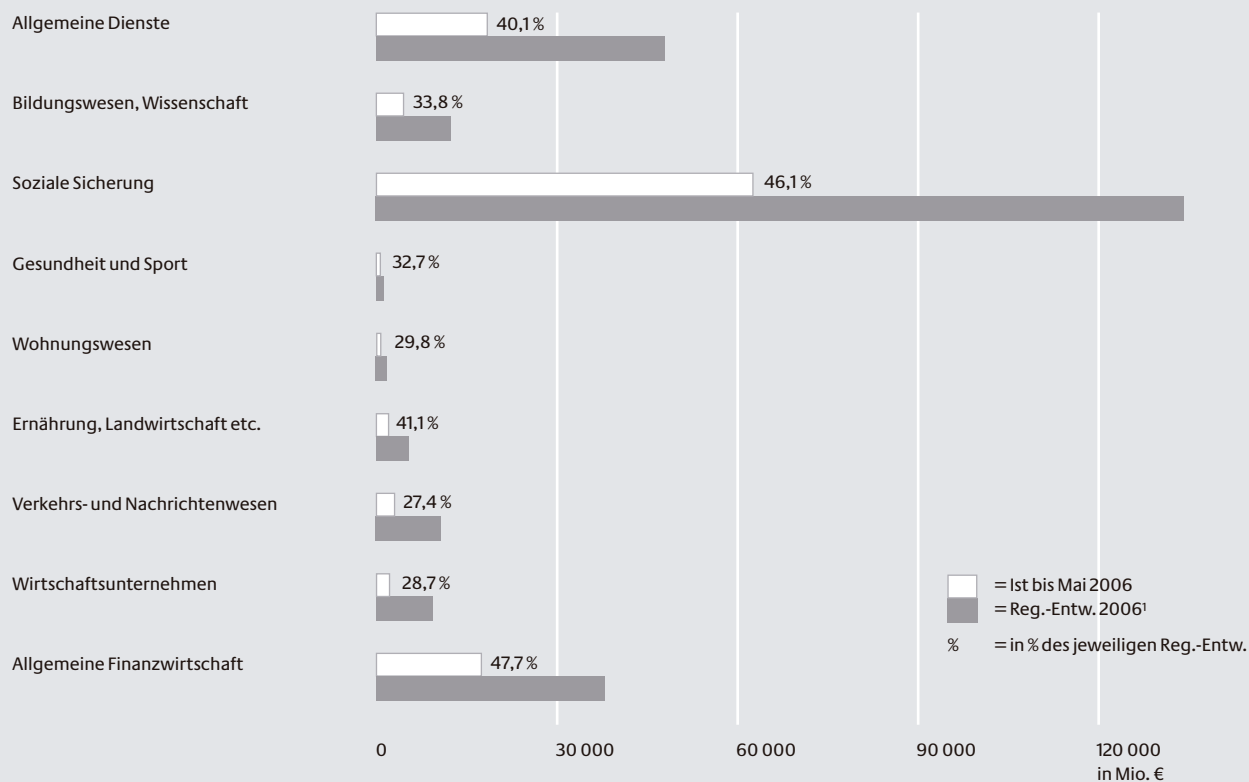
Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo in Höhe von 28,2 Mrd. € sowie den einzelnen Positionen der Finanzierungsübersicht lassen sich derzeit noch keine belastbaren Rückschlüsse auf das Jahresergebnis ziehen, zumal die bisherige Ausgabenentwicklung unter den Vorgaben der vorläufigen Haushaltsführung erfolgt ist.

## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2005	Reg.-Entw. <sup>1</sup> 2006	Ist-Entwicklung Januar bis Mai 2006		Ist-Entwicklung Januar bis Mai 2005		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>236 088</b>	<b>239 667</b>	<b>106 147</b>	<b>94,4</b>	<b>104 117</b>	<b>90,8</b>	<b>1,9</b>
Personalausgaben	26 372	26 245	11 226	10,0	11 252	9,8	- 0,2
Aktivbezüge	19 891	19 827	8 315	7,4	8 315	7,3	0,0
Versorgung	6 481	6 418	2 910	2,6	2 937	2,6	- 0,9
Laufender Sachaufwand	17 712	18 068	6 167	5,5	5 285	4,6	16,7
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 596	1 475	514	0,5	445	0,4	15,5
Militärische Beschaffungen	7 992	8 426	2 595	2,3	2 091	1,8	24,1
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 124	8 167	3 058	2,7	2 750	2,4	11,2
Zinsausgaben	37 371	37 991	17 674	15,7	17 605	15,4	0,4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	154 274	156 970	70 903	63,0	69 821	60,9	1,5
an Verwaltungen	13 921	13 764	5 348	4,8	5 232	4,6	2,2
an andere Bereiche	140 353	143 206	65 669	58,4	64 706	56,4	1,5
darunter:							
Unternehmen	13 474	16 716	5 697	5,1	5 360	4,7	6,3
Renten, Unterstützungen u.a.	32 747	30 386	14 173	12,6	14 575	12,7	- 2,8
Sozialversicherungen	90 219	92 089	44 251	39,3	43 183	37,7	2,5
Sonstige Vermögensübertragungen	360	394	177	0,2	154	0,1	14,9
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>23 761</b>	<b>23 216</b>	<b>6 311</b>	<b>5,6</b>	<b>10 514</b>	<b>9,2</b>	<b>- 40,0</b>
Finanzierungshilfen	16 516	16 249	4 639	4,1	9 040	7,9	- 48,7
Zuweisungen und Zuschüsse	12 617	12 748	3 425	3,0	3 266	2,8	4,9
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 340	2 913	768	0,7	5 316	4,6	- 85,6
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	559	588	446	0,4	458	0,4	- 2,6
Sachinvestitionen	7 246	6 967	1 672	1,5	1 474	1,3	13,4
Baumaßnahmen	5 779	5 495	1 272	1,1	1 123	1,0	13,3
Erwerb von beweglichen Sachen	961	936	242	0,2	236	0,2	2,5
Grunderwerb	506	536	157	0,1	115	0,1	36,5
<b>Globalansätze</b>	<b>0</b>	<b>- 1 183</b>	<b>0</b>		<b>0</b>		
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>259 849</b>	<b>261 700</b>	<b>112 458</b>	<b>100,0</b>	<b>114 631</b>	<b>100,0</b>	<b>- 1,9</b>

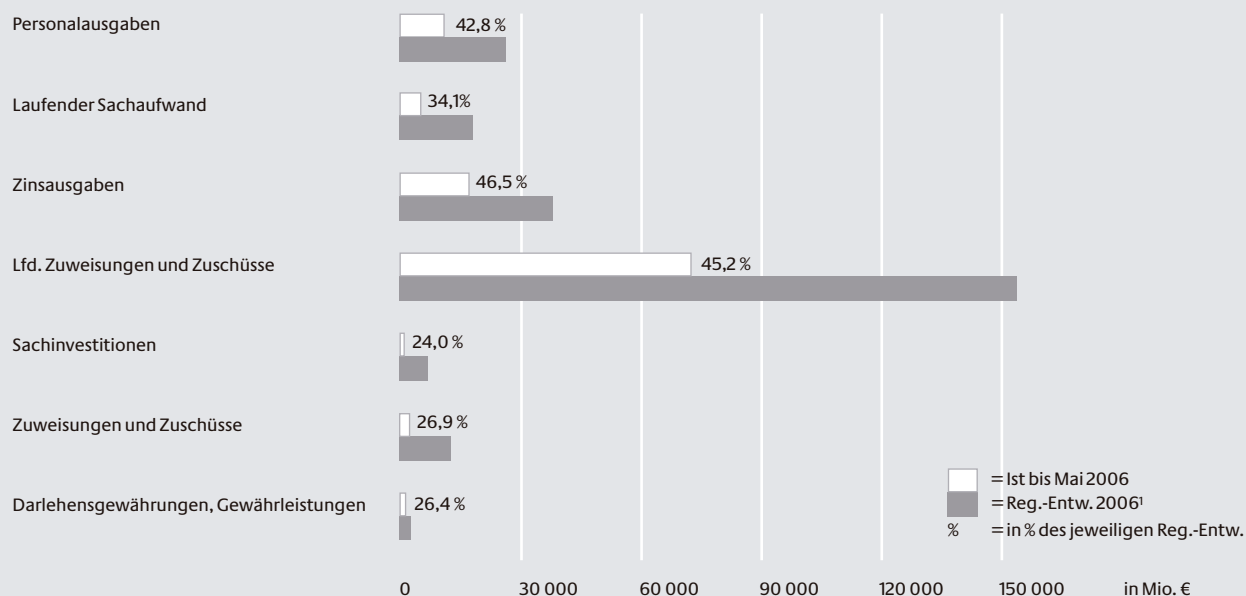
<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

## Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Mai 2006



<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

## Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Mai 2006



<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2005	Reg.-Entw. <sup>1</sup> 2006	Ist-Entwicklung Januar bis Mai 2006 <sup>2</sup>		Ist-Entwicklung Januar bis Mai 2005		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>I. Steuern</b>	<b>190 149</b>	<b>192 514</b>	<b>71 301</b>	<b>84,6</b>	<b>66 006</b>	<b>86,8</b>	<b>8,0</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	146 608	150 514	57 276	68,0	53 385	70,2	7,3
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	70 910	73 664	25 379	30,1	22 780	30,0	11,4
davon:							
Lohnsteuer	50 541	53 405	18 653	22,1	18 642	24,5	0,1
veranlagte Einkommensteuer	4 150	4 032	- 1 116	- 1,3	- 2 322	- 3,1	- 51,9
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	4 976	4 880	3 377	4,0	3 127	4,1	8,0
Zinsabschlag	3 076	3 072	1 841	2,2	1 750	2,3	5,2
Körperschaftsteuer	8 166	8 275	2 625	3,1	1 583	2,1	65,8
Steuern vom Umsatz	74 149	75 531	31 450	37,3	30 181	39,7	4,2
Gewerbesteuerumlage	1 549	1 319	447	0,5	425	0,6	5,2
Mineralölsteuer	40 101	39 983	11 070	13,1	11 010	14,5	0,5
Tabaksteuer	14 273	14 600	5 104	6,1	4 966	6,5	2,8
Solidaritätszuschlag	10 315	10 333	4 177	5,0	3 871	5,1	7,9
Versicherungsteuer	8 750	8 730	4 937	5,9	4 994	6,6	- 1,1
Stromsteuer	6 462	6 600	2 430	2,9	2 347	3,1	3,5
Branntweinabgaben	2 151	2 189	743	0,9	710	0,9	4,6
Kaffeesteuer	1 003	990	380	0,5	409	0,5	- 7,1
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 581	- 14 515	- 3 701	- 4,4	- 3 654	- 4,8	1,3
BNE-Eigenmittel der EU	- 15 075	- 16 600	- 6 742	- 8,0	- 7 687	- 10,1	- 12,3
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 258	- 3 600	- 1 552	- 1,8	- 1 573	- 2,1	- 1,3
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 7 159	- 2 983	- 3,5	- 2 939	- 3,9	1,5
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>38 260</b>	<b>30 696</b>	<b>12 955</b>	<b>15,4</b>	<b>10 010</b>	<b>13,2</b>	<b>29,4</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	1 411	3 845	2 923	3,5	775	1,0	277,2
Zinseinnahmen	400	348	169	0,2	150	0,2	12,7
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	20 400	11 178	3 142	3,7	3 507	4,6	- 10,4
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>228 409</b>	<b>223 210</b>	<b>84 256</b>	<b>100,0</b>	<b>76 016</b>	<b>100,0</b>	<b>10,8</b>

<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

<sup>2</sup> Vorläufiges Ergebnis, da das Saarland aufgrund technischer Probleme noch keine Abrechnung der bis einschl. Mai abgelieferten Gemeinschaftsteuern vorgelegt hat.

## Vorläufiger Bericht über die Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2006 (ohne Saarland)

Wegen der Nachwirkungen des Streiks bei den Finanzkassen und der Zentralen Datenverarbeitung Saar und zusätzlich dort aufgetretener Softwareprobleme kann, wie es bereits für den März und den April 2006 der Fall war, zurzeit kein vollständiger Bericht über die Steuereinnahmen des Monats Mai 2006 erstellt werden. Angesichts des geringen Anteils des Saarlands am Gesamtaufkommen wurde trotzdem wieder ein Monatsergebnis ohne die von den Landesbehörden des Saarlands verwalteten Steuern ermittelt, um so einen ersten Überblick über die Einnahmensituation zu ermöglichen.

Zur Entwicklung der Steuereinnahmen im Mai 2006 gegenüber Mai 2005 (jeweils ohne Saarland):

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im Mai 2006 um + 7,4 %.

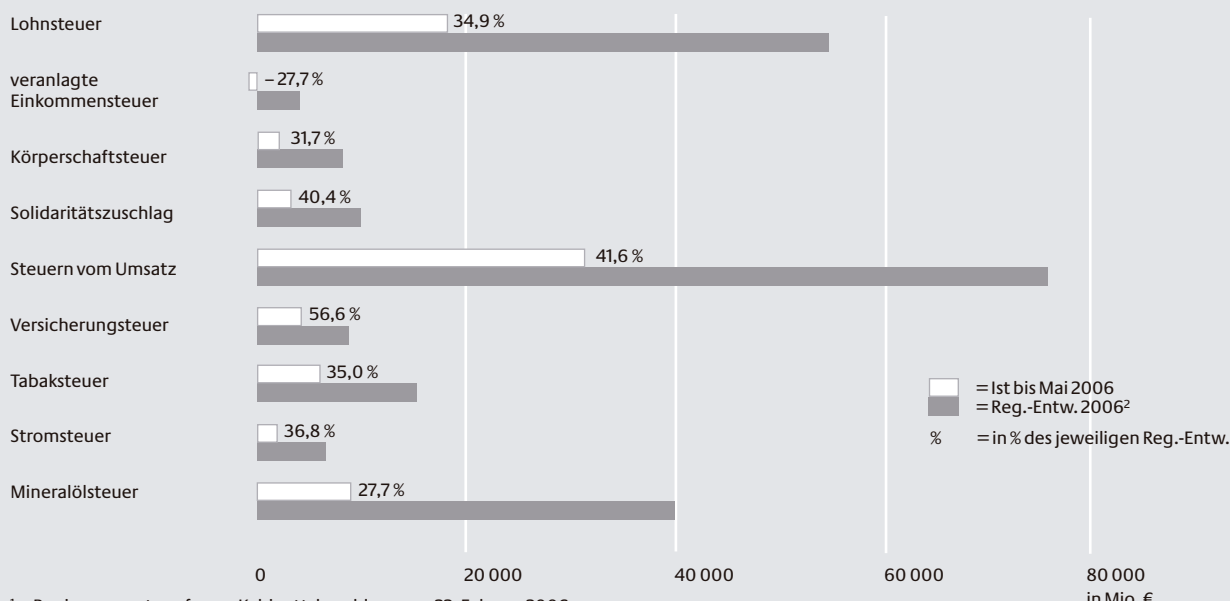
Während die gemeinschaftlichen Steuern um + 11,6 % zulegten, reduzierte sich das Aufkommen der Bundessteuern um – 0,5 % und der Ländersteuern um – 14,9 %. Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) stiegen im Mai gegenüber dem Vorjahr um + 9,3 %. Die kumulierte Veränderungsrate der Steuereinnahmen von Januar bis Mai 2006 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum beträgt + 7,3 %.

Bei der Lohnsteuer setzte sich die positive Entwicklung der Vormonate mit + 1,4 % weiter fort. Das ist umso bemerkenswerter, da die aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistende Altersvorsorgezulage infolge der hohen Zahl von Neuverträgen in 2005 im Mai 2006 auf gut 0,3 Mrd. € stieg und sich damit gegenüber dem Vorjahr mehr als vervierfachte.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer lag um gut + 0,4 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis, wobei rund die Hälfte des Zuwachses mit einem Rückgang bei den Arbeitnehmererstattungen und den Investitionszulagen erklärt werden kann.

Die anhaltend positive Entwicklung bei der Körperschaftsteuer spiegelt mit einem Plus von

### Die Steuereinnahmen<sup>1</sup> des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Mai 2006



<sup>1</sup> Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

<sup>2</sup> Vorläufiges Ergebnis, da das Saarland aufgrund technischer Probleme noch keine Abrechnung der bis einschl. Mai abgelieferten Gemeinschaftsteuern vorgelegt hat.



0,5 Mrd. € die weiterhin gute Gewinnsituation der Unternehmen wider. Ebenfalls zu dem guten Ergebnis beigetragen hat ein deutlicher Rückgang der ausgezahlten Investitionszulagen um gut 0,1 Mrd. €.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag schlugen sich die seit langem angekündigten hohen Gewinnausschüttungen von Großunternehmen mit kräftigen Mehreinnahmen (+ 38,7 %) im Aufkommen nieder.

Überrascht hat das ungewöhnlich gute Ergebnis beim Zinsabschlag (+ 42,5 %). Zwar zeigt der Trend bei den Zinsen für festverzinsliche Wertpapiere weiter klar nach oben, der zu verzeichnende Zuwachs kann allein damit aber nicht erklärt werden.

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz stieg im Mai 2006 um + 4,6 %. Bei näherer Betrachtung relativiert sich dieses Ergebnis allerdings, wenn man berücksichtigt, dass fast ausschließlich die schwache Basis im Mai 2005 zu dem guten Ergebnis bei der Umsatzsteuer (+ 7,7 %) geführt hat. Ein Erstattungsfall in der Größenordnung von 0,6 Mrd. € in einem Bundesland hatte hier das Ergebnis im Vorjahr für das gesamte Bundesgebiet nach unten verzerrt, so dass der Zuwachs im Mai 2006 lediglich eine Normalisierung bedeutet.

Nach den außerordentlich kräftigen Zuwächsen in den Vormonaten drehte die Einfuhrumsatzsteuer, die auf Importe aus Nicht-EU-Staaten erhoben wird, mit – 4,5 % ins Minus. Dieses Ergebnis steht aber nicht für einen starken Abfall der Importe, sondern spiegelt in erster Linie die starke Vorjahresbasis wider.

Bei den reinen Bundessteuern war im Mai ein Rückgang von – 0,5 % zu verzeichnen. Die größten Einbußen ergaben sich bei der Tabaksteuer (– 14,6 %). Diese könnten u. a. auf einen Rückgang der Steuerzeichenbezüge infolge der geringen Zahl an Arbeitstagen im April 2006 zurückzuführen sein. Eine negative Entwicklung ergab sich ebenfalls bei der Stromsteuer (– 6,4 %), und während das Aufkommen der Mineralölsteuer und der Versicherungssteuer stagnierte, lagen der Solidaritätszuschlag (+ 20,1 %) und die Branntweinsteuer (+ 12,7 %) klar im Plus.

Der deutliche Aufkommensrückgang bei den reinen Ländersteuern (– 14,9 %) geht fast ausschließlich auf kräftige Einbußen bei der Erbschaftsteuer (– 57,4 %) zurück. Die Zuwächse bei der Grunderwerbsteuer (+ 23,8 %), der Kraftfahrzeugsteuer (+ 3,8 %) und der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 5,6 %) konnten diese negative Entwicklung nur etwas abmildern.

## Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr (ohne Saarland) ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)<sup>1</sup>

2006	Mai	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>		
Lohnsteuer <sup>2</sup>	9 786,9	1,4
veranlagte Einkommensteuer	– 346,5	–
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	3 245,9	38,7
Zinsabschlag	560,4	42,5
Körperschaftsteuer	50,9	–
Steuern vom Umsatz	12 458,7	4,6
Gewerbesteuerumlage	311,0	9,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	196,8	18,9
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>26 264,0</b>	<b>11,6</b>
<b>Bundessteuern</b>		
Mineralölsteuer	3 429,3	– 0,2
Tabaksteuer	1 042,7	– 14,6
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	185,7	12,7
Versicherungsteuer	632,5	– 0,8
Stromsteuer	438,0	– 6,4
Solidaritätszuschlag	862,1	20,1
sonstige Bundessteuern	127,1	14,8
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>6 717,4</b>	<b>– 0,5</b>
<b>Ländersteuern</b>		
Erbschaftsteuer	316,1	– 57,5
Grunderwerbsteuer	442,2	23,8
Kraftfahrzeugsteuer	795,5	3,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	151,0	5,6
Biersteuer	63,4	– 3,5
sonstige Ländersteuern	21,0	– 26,6
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 789,2</b>	<b>– 14,9</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>		
Zölle	300,0	15,9
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	197,5	– 12,1
BNE-Eigenmittel	961,4	– 11,2
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>1 458,9</b>	<b>– 6,8</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>16 415,4</b>	<b>9,3</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>15 454,2</b>	<b>7,0</b>
<b>EU</b>	<b>1 458,9</b>	<b>– 6,8</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>1 742,0</b>	<b>6,9</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>35 070,5</b>	<b>7,4</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Mai leicht gesunken. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende April bei 3,98 % lag, notierte Ende Mai bei 3,90 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 2,85 % Ende April auf 2,93 % Ende Mai. Der Rat der Europäischen Zentralbank hat am 8. Juni 2006 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 15. Juni 2006 liegt der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte damit bei 2,75 %,

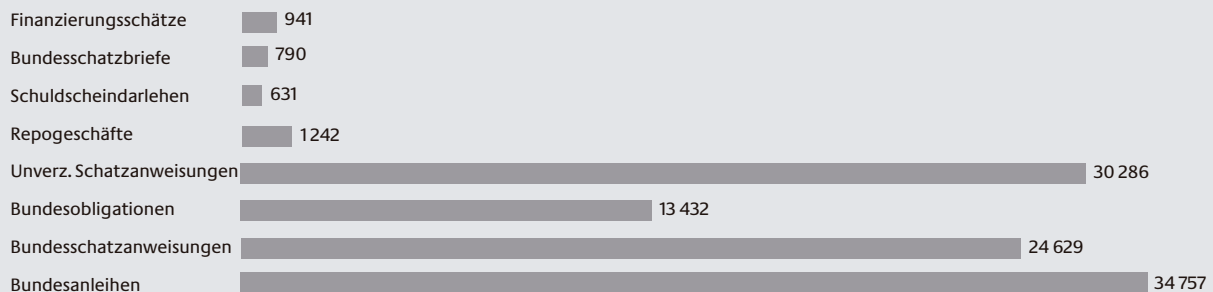
der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,75 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,75 %.

Die europäischen Aktienmärkte gaben im Mai nach; der Deutsche Aktienindex fiel von 6 010 auf 5 693 Punkte, der 50 Spitzenwerte des Euroraums umfassende Euro Stoxx 50 von 3 840 auf 3 637 Punkte (Monatsendstände).

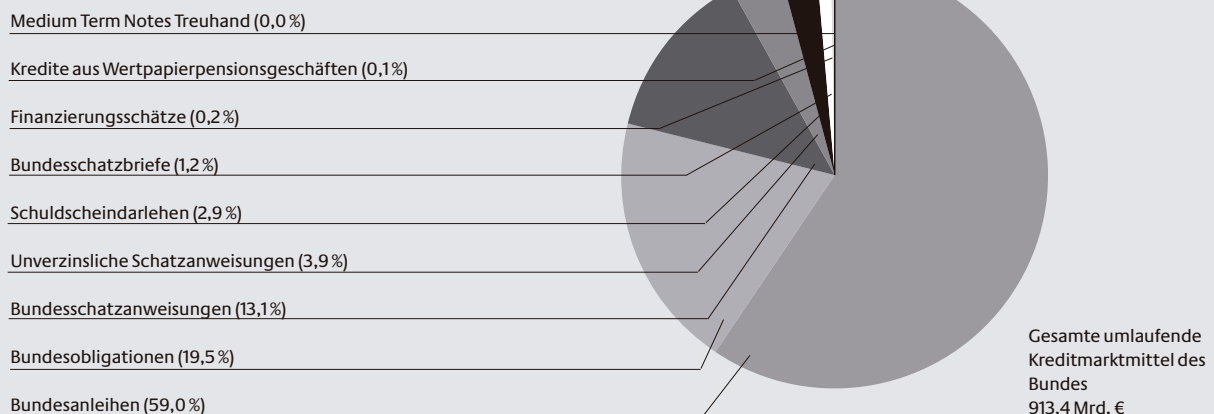
## Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet stieg im April auf 8,8 % (nach 8,5 % im März). Der Dreimonatsdurchschnitt

## Kreditaufnahme des Bundes bis Mai 2006 in Mio. €



## Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 31. Mai 2006



der Jahresraten von M3 für den Zeitraum Februar bis April 2006 erhöhte sich auf 8,4 % gegenüber dem Vergleichszeitraum von Januar bis März 2006 (8,1 %; Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor stieg im Euroraum von 11,5 % im März auf 11,8 % im April an. Das Wachstum der Kreditvergabe im Euroraum, insbesondere der Wohnungsbaukredite, ist damit nach wie vor kräftig. In Deutschland sank die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 4,5 % im März auf 4,2 % im April.

### Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug bis einschließlich Mai 2006 106,7 Mrd. €. Davon wurden 96,6 Mrd. € im Rahmen des angekündigten

Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme wurde durch Marktpflegeoperationen, im Privatkundengeschäft des Bundes, über Schuldscheindarlehen sowie für den Bund erstmals mit einer inflationsindexierten Anleihe über 5,5 Mrd. € realisiert.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2005 haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. Mai 2006 um 2,0 % auf 913,4 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 2. Quartal 2006 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2006“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 51 Mrd. € zu geben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätssituation des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben.

## Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes<sup>1</sup> und seiner Sondervermögen im 2. Quartal 2006 (in Mrd. €)

### Tilgungen

Kreditart	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	7,3	–	–	7,3
Bundesobligationen	–	–	–	–
Bundesschatzanweisungen	–	–	15,0	15,0
unverzinsliche Schatzanweisungen	5,9	5,9	5,9	17,8
Bundesschatzbriefe	0,5	0,0	0,6	1,2
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,2
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,0	0,3	0,6	0,9
MTN Treuhand	–	–	–	–
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen</b>	<b>13,8</b>	<b>6,3</b>	<b>22,2</b>	<b>42,3</b>

### Zinszahlungen

	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Zinszahlungen	2,3	0,1	1,3	3,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, einschl. Ausgleichsfonds Währungsumstellung sowie einschl. des ab 2005 eingegliederten Fonds Deutsche Einheit.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 2. Quartal 2006 auf rund 42,3 Mrd. €.

Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 2. Quartal 2006 auf rund 3,7 Mrd. €.

## Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2006

### Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137131 WKN 113 713	Aufstockung	19. April 2006	2 Jahre fällig 14. März 2008 Zinslaufbeginn: 10. März 2006 erster Zinstermin: 14. März 2007	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141489 WKN 114148	Aufstockung	26. April 2006	5 Jahre fällig 8. April 2011 Zinslaufbeginn: 24. März 2006 erster Zinstermin: 8. April 2007	6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135309 WKN 113 530	Neuemission	17. Mai 2006	10 Jahre fällig 4. Juli 2016 Zinslaufbeginn: 19. Mai 2006 erster Zinstermin: 4. Juli 2007	8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137149 WKN 113 714	Neuemission	21. Juni 2006	2 Jahre fällig 13. Juni 2008 Zinslaufbeginn: 13. Juni 2006 erster Zinstermin: 13. Juni 2007	ca. 7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141489 WKN 114 148	Aufstockung	28. Juni 2006	5 Jahre fällig 8. April 2011 Zinslaufbeginn: 24. März 2006 erster Zinstermin: 8. April 2007	ca. 5 Mrd. €
<b>2. Quartal 2006 insgesamt</b>				<b>ca. 33 Mrd. €</b>

### Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114908 WKN 111 490	Neuemission	10. April 2006	6 Monate fällig 18. Oktober 2006	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114916 WKN 111 491	Neuemission	15. Mai 2006	6 Monate fällig 15. November 2006	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114924 WKN 111 492	Neuemission	12. Juni 2006	6 Monate fällig 13. Dezember 2006	ca. 6 Mrd. €
<b>2. Quartal 2006 insgesamt</b>				<b>ca. 18 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

## Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Konjunkturindikatoren signalisieren guten Start ins 2. Quartal.
- Fußball-WM und Vorzieheffekte durch Umsatzsteuersatzerhöhung könnten neben witterungsbedingten Aufholeffekten konjunkturelle Grunddynamik allerdings überzeichnen.
- Stimmung in Unternehmen normalisiert sich nach Übersteigerung zu Jahresanfang.
- Rückgang der Arbeitslosigkeit spiegelt sich noch nicht in entsprechendem Anstieg der Erwerbstätigkeit wider.
- Entwicklung bestätigt Frühjahrsprojektion mit realem Wirtschaftswachstum von 1,6 % in 2006.

Nach dem guten Start in dieses Jahr mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um preis-, saison- und kalenderbereinigt 0,4 % gegenüber dem Vorquartal hat auch das 2. Quartal positiv begonnen und deutet auf eine Fortsetzung der konjunkturellen Belebung hin. Neben der weiterhin optimistischen Stimmung von Verbrauchern und Unternehmen setzen die meisten Konjunkturindikatoren ihre positive Grundtendenz, zum Teil sogar verstärkt, fort. Die bisherige Konjunkturentwicklung spricht dafür, dass der in der Frühjahrsprojektion erwartete Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von real 1,6 % in diesem Jahr erreicht wird. Der positive konjunkturelle Verlauf zeigt sich zunehmend auch in der Entwicklung der Steuereinnahmen.

Aus konjunkturanalytischer Sicht ist gleichwohl zu beachten, dass die Fußball-WM sowie auch die bevorstehende Umsatzsteuersatzerhöhung die konjunkturelle Grunddynamik derzeit etwas überzeichnen könnten. Für den Arbeitsmarkt, der stets erst mit gewisser Verzögerung reagiert, kann dies auch bedeuten, dass die Effekte zunächst noch eher vernachlässigbar bleiben, auch wenn positive Umfrageergebnisse unter den Einkaufsmanagern seit einigen Monaten Hoffnung machten. Trotz allem ist die Arbeitslosigkeit weiterhin hoch und

belastet die Sozialversicherungen und die öffentlichen Haushalte einerseits über hohe Ausgaben und andererseits über geringere Beitragseinnahmen und Einkommensteuern.

Wenngleich inzwischen auch die Inlandsnachfrage die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung mitzutragen beginnt, kommen die wesentlichen Impulse weiterhin aus dem Ausland. So hatte im 1. Quartal der Außenbeitrag mit 0,3 Prozentpunkten im Verlauf zu drei Vierteln zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts beigetragen. Im April hat sich die aufwärts gerichtete Entwicklung der Warenausfuhr und -einfuhr weiter beschleunigt. Dabei war der wertmäßige Zuwachs der Exporte erstmals seit Januar wieder stärker als der Importanstieg. Der Rückgang der Warenausfuhr vom Vormonat konnte mehr als aufgeholt werden, mit einem Plus von saisonbereinigt 0,9 % im Zweimonatsvergleich blieb der Zuwachs aber noch unter demjenigen der Warenimporte (+ 1,7 %). Dabei ist die Dynamik der Exporte in Drittländer, also Länder außerhalb der Europäischen Union, angesichts des günstigen weltwirtschaftlichen Umfelds weiterhin außerordentlich kräftig. Dies ist nicht zuletzt der hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu verdanken, aber auch der Ausgabebereitschaft der

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2005 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			3.Q.05	4.Q.05	1.Q.06	3.Q.05	4.Q.05	1.Q.06
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	2 140	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,1	+ 2,9
jeweilige Preise	2 247	+ 1,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 3,2
<b>Einkommen</b>								
Volkseinkommen	1 686	+ 1,7	- 0,9	+ 0,0	+ 2,2	+ 1,4	+ 1,9	+ 3,2
Arbeitnehmerentgelte	1 129	- 0,5	- 0,5	- 0,4	+ 0,9	- 0,6	- 0,7	+ 0,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	557	+ 6,3	- 1,8	+ 0,8	+ 4,6	+ 5,4	+ 8,7	+ 9,2
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 471	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 2,4	+ 0,9	+ 2,6
Bruttolöhne und -gehälter	909	- 0,3	- 0,4	- 0,3	+ 0,1	- 0,3	- 0,6	+ 0,2
Sparen der privaten Haushalte	159	+ 3,7	+ 0,6	+ 1,7	- 0,4	+ 4,2	+ 1,7	+ 1,8
<b>Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge/</b>	<b>2005 Mrd. € bzw. Index</b>	<b>ggü. Vorj. %</b>	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			2- Monats- durch- schnitt			2- Monats- durch- schnitt		
			Mrz 06	Apr 06		Mrz 06	Apr 06	
in jeweiligen Preisen								
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	786	+ 7,5	- 3,3	+ 4,3	+ 0,9	+ 18,0	+ 8,4	+ 13,2
Waren-Importe	626	+ 8,7	- 1,8	+ 2,5	+ 1,7	+ 28,1	+ 13,4	+ 20,5
<b>Umsätze im Produzierenden Gewerbe</b>								
Industrie (Index 2000 = 100) <sup>1,2</sup>	110,1	+ 4,4	-	-	-	-	-	-
Inland <sup>1,2</sup>	101,8	+ 2,6	-	-	-	-	-	-
Ausland <sup>1,2</sup>	123,6	+ 6,9	-	-	-	-	-	-
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	74	- 5,7	- 6,0	-	- 8,0	+ 7,3	-	+ 4,5
in konstanten Preisen von 2000								
<b>Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)<sup>1</sup></b>								
Industrie <sup>1,2</sup>	103,8	+ 2,9	- 1,7	+ 1,6	- 0,4	+ 4,6	+ 4,8	+ 4,7
Industrie <sup>1,2</sup>	106,4	+ 3,8	- 0,9	+ 0,9	- 0,1	+ 5,2	+ 5,0	+ 5,1
Bauhauptgewerbe <sup>1</sup>	76,1	- 5,3	- 12,8	+ 20,0	- 3,1	+ 0,2	+ 4,1	+ 2,3
<b>Auftragseingang (Index 2000 = 100)</b>								
Industrie <sup>1,2</sup>	108,7	+ 5,3	-	-	-	-	-	-
Inland <sup>1,2</sup>	98,2	+ 2,0	-	-	-	-	-	-
Ausland <sup>1,2</sup>	121,8	+ 8,8	-	-	-	-	-	-
Bauhauptgewerbe <sup>1</sup>	72,5	- 2,6	+ 0,1	-	- 4,0	+ 3,1	-	+ 7,5
<b>Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)</b>								
Einzelhandel								
(mit Kfz. und Tankstellen)	101,8	+ 0,6	- 1,0	+ 2,4	- 0,2	+ 3,0	- 2,7	+ 0,1
Großhandel (ohne Kfz.)	106,4	+ 2,8	+ 0,4	+ 1,9	+ 1,8	+ 6,8	- 1,6	+ 2,6
<b>Arbeitsmarkt</b>	<b>2005 Personen Mio.</b>	<b>ggü. Vorj. %</b>	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Mrz 06	Apr 06	Mai 06	Mrz 06	Apr 06	Mai 06
Erwerbstätige, Inland	38,78	- 0,2	- 13	+ 10	-	- 38	+ 6	-
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,86	+ 10,9	+ 29	- 42	- 93	- 289	- 262	- 349
<b>Preisindizes</b>	<b>2005 Index</b>	<b>ggü. Vorj. %</b>	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode			Vorjahresperiode		
			Mrz 06	Apr 06	Mai 06	Mrz 06	Apr 06	Mai 06
2000 = 100								
Importpreise	101,4	+ 4,3	+ 0,5	+ 1,3	-	+ 5,5	+ 6,9	-
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	110,7	+ 4,6	+ 0,5	+ 1,0	-	+ 5,9	+ 6,1	-
Verbraucherpreise	108,3	+ 2,0	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,9
<b>ifo-Geschäftsklima</b>	saisonbereinigte Salden							
<b>Gewerbliche Wirtschaft Deutschland (ohne Nahrungs- und Genussindustrie)</b>	<b>Okt 05</b>	<b>Nov 05</b>	<b>Dez 05</b>	<b>Jan 06</b>	<b>Feb 06</b>	<b>Mrz 06</b>	<b>Apr 06</b>	<b>Mai 06</b>
Klima	+ 7,9	+ 6,7	+ 10,1	+ 15,8	+ 17,1	+ 20,6	+ 22,5	+ 20,5
Geschäftslage	+ 6,6	+ 5,2	+ 7,9	+ 12,0	+ 14,4	+ 21,1	+ 26,2	+ 25,9
Geschäftserwartungen	+ 9,2	+ 8,2	+ 12,4	+ 19,7	+ 19,8	+ 20,1	+ 18,7	+ 15,2

<sup>1</sup> Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

<sup>2</sup> Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Erdöl exportierenden Länder, die ihre Mehreinnahmen zu einem großen Teil für deutsche Exportprodukte wie qualitativ hochwertige Erzeugnisse des Maschinenbaus verwenden. Eng mit den Ausfuhrzuwächsen ist auch die Aufwärtstendenz der Importe verbunden, da diese als Vorleistungsgüter in die Herstellung der Exportprodukte eingehen. Der Preisauftrieb der Energieträger, der sich deutlich in den Ausfuhr- und den Einfuhrpreisen bemerkbar macht, dürfte aber sowohl bei den Importen als auch bei den Exporten in realer Rechnung zu einer etwas gedämpfteren Entwicklung geführt haben. Die weiterhin auf sehr hohem Niveau befindlichen ifo-Exporterwartungen sowie die unveränderte Dynamik der ausländischen Auftragseingänge deuten darauf hin, dass der Außenhandel auch im 2. Quartal ein wichtiges Standbein der deutschen Konjunktur bleibt. Die Euro-Aufwertung, sollte sie Bestand haben bzw. sollte der Euro noch weiter gegenüber dem US-Dollar aufwerten, sowie eine mögliche Abflachung der konjunkturellen Dynamik der Weltwirtschaft könnten aber im weiteren Jahresverlauf die Exportentwicklung beeinträchtigen.

Von den ausländischen Aufträgen profitiert die heimische Industrie nach wie vor deutlich. Allerdings konnte die Industrieproduktion im April nur den Rückgang des Vormonats wettmachen, so dass sie im Zweimonatsdurchschnitt stagnierte (saisonbereinigt – 0,1 %). Da der Streik in der Metall- und Elektroindustrie bis in den April währte, könnte dieser eine stärkere Produktionsausweitung behindert haben. Während weniger Investitionsgüter produziert wurden (– 0,9 %), wurde die Herstellung von Vorleistungs- und Konsumgütern ausgeweitet (+ 0,3 % und + 0,5 %). Zu erwartende Vorzieheffekte im Vorfeld der Umsatzsteuersatzerhöhung könnten dabei die Produzenten zur recht kräftigen Ausweitung der Konsumgüterherstellung veranlasst haben. In welchem Umfang und bei welchen Gütergruppen der Absatz im Inland erfolgte, ist allerdings mangels Angaben zu den industriellen Umsätzen derzeit nicht einzuschätzen. Für die weiteren Aussichten sind ebenfalls streikbedingt keine detaillierten Angaben zu den Auftragseingängen vorhanden. Allerdings deutet der nach ersten Schätzungen erfolgte Anstieg der Auftragseingänge im Durchschnitt der Monate

Februar/März/April um preis-, kalender- und saisonbereinigt 1,5 % gegenüber November/Dezember/Januar nach einem Plus von 0,9 % im 1. Quartal 2006 darauf hin, dass sich die Nachfrage zu Beginn des 2. Quartals nochmals deutlich beschleunigt hat. Zwar wurden die Erwartungen der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe gemäß ifo-Konjunkturtest in den letzten Monaten etwas reduziert. Dies ist angesichts des immer noch hohen Niveaus allerdings eher als Normalisierung zu werten und signalisiert eine weiterhin aufwärts gerichtete Industrieproduktion.

Auch in der Baubranche sind die Aussichten so positiv wie schon lange nicht mehr. Zwar haben sich auch hier die Erwartungen leicht reduziert, bleiben aber immer noch äußerst günstig im Vergleich zu den letzten Jahren. Auch die harten Daten bestätigen die Erholung der krisengeschüttelten Branche, die auch von der verstärkten Nachfrage aufgrund der im letzten Jahr ausgelaufenen Eigenheimzulage sowie von Vorzieheffekten im Vorfeld der Mehrwertsteuersatzerhöhung unterstützt wird. Die Produktion im Bauhauptgewerbe holte den witterungsbedingten Einbruch vom 1. Quartal im April mit einem kalender- und saisonbereinigten Zuwachs von 20,0 % mehr als auf, im Zweimonatsdurchschnitt schwächte sich der Rückgang auf 3,1 % ab.

Selbst beim privaten Konsum, der bislang das Sorgenkind der Wirtschaftsentwicklung war, sind gewisse Erholungstendenzen erkennbar. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass sie vor dem Hintergrund der genannten Sondereffekte sowie einer bislang noch kaum am Arbeitsmarkt angekommenen konjunkturellen Belebung lediglich kurzfristiger Natur sind. Nach einem – gemessen an den schwachen Einzelhandelsumsätzen in den ersten drei Monaten des Jahres – überraschend starken Anstieg der preisbereinigten Privaten Konsumausgaben im 1. Quartal um kalender- und saisonbereinigt 0,6 % zeigten sich zu Beginn des 2. Quartals auch die Einzelhandelsumsätze (inklusive Kraftfahrzeuge und Tankstellen) mit einer Zunahme um preisbereinigt 2,4 % relativ kräftig. Im Verlauf betrachtet handelt es sich allerdings im Wesentlichen um eine Reaktion auf den schwachen Vormonat, so dass es im Zweimonatsvergleich zu einer Seitwärtsbewegung (– 0,2 %) kam. Die Stimmung der Verbraucher verbessert sich laut GfK-

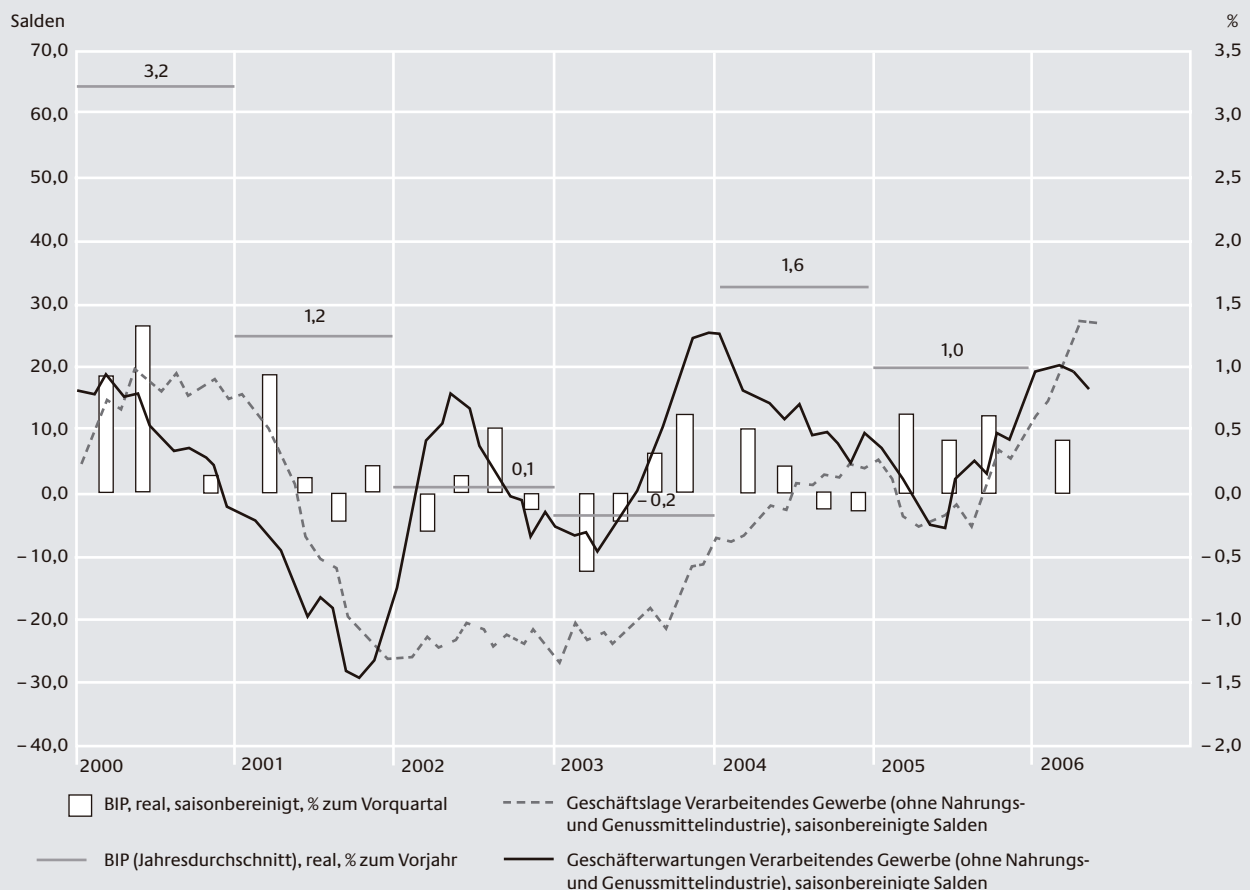


Konsumklimaindex – wenn auch nur allmählich – zwar weiter. Aber die seit etwa September 2005 bestehende Lücke zwischen steigender Anschaffungsneigung und eher gedämpften Einkommenserwartungen vergrößert sich zunehmend. Die Verbraucher wissen, dass die finanziellen Möglichkeiten, Anschaffungen zu tätigen, beschränkt bleiben dürften, wenn es keinen nachhaltigen Anstieg der Beschäftigung und damit der Einkommen gibt. Die Stimmung der Einzelhändler ist gemäß ifo-Geschäftsklimaindex allerdings weiterhin recht optimistisch.

Ob es zu einer wirklichen Belebung des privaten Konsums kommt, hängt somit nicht unwesentlich von der weiteren Entwicklung am Arbeitsmarkt ab. Die Lage dort ist zwar immer noch angespannt, aber die leichten Besserungstendenzen der vergangenen Monate haben sich fortgesetzt. So ist die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt und unter Berücksichtigung verschiedener Sondereffekte der Vormonate von November

bis Mai um durchschnittlich 30 000 Arbeitslose je Monat gesunken, die saisonbereinigte Arbeitslosenquote hat sich in diesem Zeitraum um einen halben Prozentpunkt auf 11,0 % reduziert. Auch der im Mai kräftig gestiegene Bestand an ungeforderten Stellenangeboten (saisonbereinigt + 29 000) zeigt eine gewisse Erholung an. Ein Beschäftigungsaufbau ist gleichwohl noch nicht zu beobachten: Zwar ist die Zahl der erwerbstätigen Personen im Inland im April saisonbereinigt um 10 000 Personen gestiegen, im Durchschnitt der letzten Monate kann allerdings höchstens von einer Stagnation gesprochen werden. Auch wenn der Abbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung allmählich auslaufen scheint, liegt deren Niveau nach wie vor deutlich unter dem Vorjahreswert. Die Diskrepanz zwischen dem Abbau der Arbeitslosigkeit und der eher seitwärts gerichteten Beschäftigungsentwicklung spricht für eine Verlagerung des Arbeitsangebots in die stille

## BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



Reserve. Die beschleunigte Fortsetzung des Expansionskurses der Investitionen im 1. Quartal könnte aber – sofern diese nicht hauptsächlich aus Rationalisierungsgründen getätigt wurden – Entlastungen auf dem Arbeitsmarkt nach sich ziehen.

Auch die weitere Preisentwicklung ist vor dem Hintergrund der gestiegenen Energiepreise für die Privaten Konsumausgaben maßgeblich. Bislang stellt die Energieverteuerung auf der Verbraucherpreisebene allerdings dank des ansonsten sehr moderaten Preisklimas kein Problem dar. Der Verbraucherpreisindex nahm im Mai um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr zu. Der überdurchschnittliche Anstieg der Energiepreise erklärt rein rechnerisch über die Hälfte der Preissteigerung gegenüber Mai 2005: Ohne Haushaltsenergie und Kraftstoffe hätte die

Teuerungsrate nur bei 0,7 % gelegen. Dagegen ist auf der Ebene der Importpreise ein nicht unwesentlicher Preisdruck zu erkennen: Der Importpreisindex erhöhte sich im April im Vergleich zum Vorjahr um 6,9 %, aber auch ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse ist die Jahresteuersatzrate mit 3,8 % recht hoch. Demgegenüber spiegelt sich in der Jahresteuersatzrate des Erzeugerpreisindex, die sich im April auf 6,1 % erhöhte, größtenteils die Energieverteuerung wider, da der Anstieg ohne Energie lediglich 1,8 % betrug. Da mit Zweitrundeneffekten – also lohnpolitischen Reaktionen auf die Energieverteuerung – in Anbetracht der schwierigen Arbeitsmarktsituation nicht zu rechnen ist, dürfte das Preisklima in Deutschland moderat bleiben. Deutschland bleibt der Stabilitätsanker im Euro-Währungsgebiet.

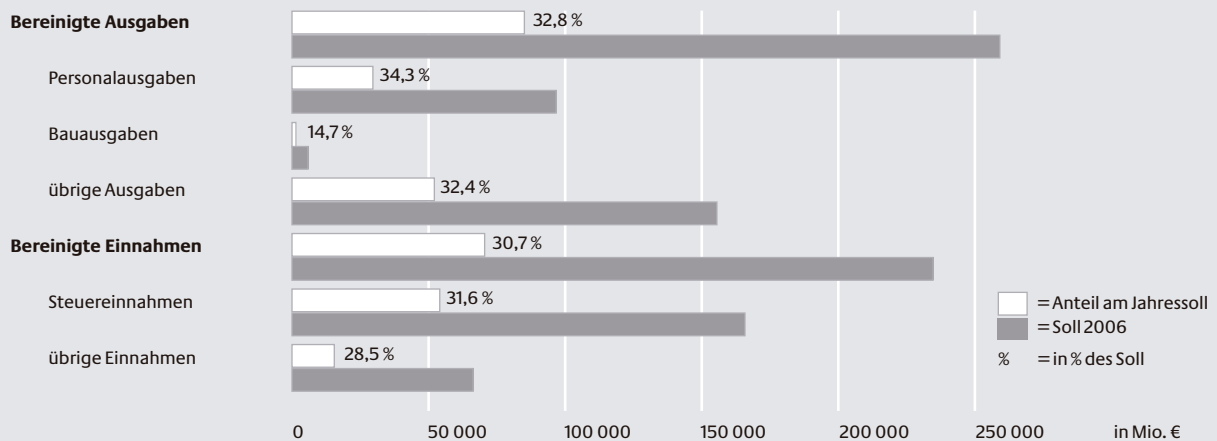
## Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2006

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich April 2006 vor.

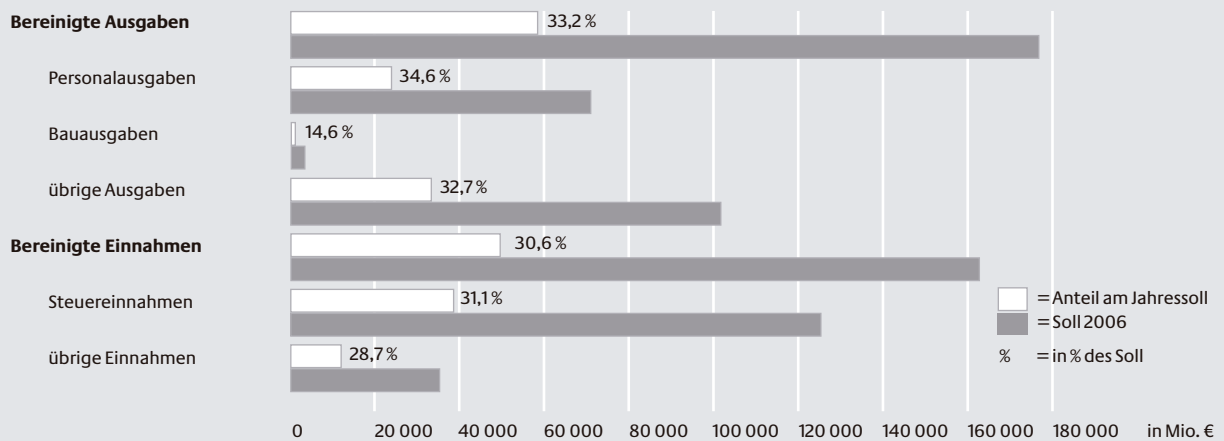
Die Haushaltsentwicklung in den ersten Monaten eines Jahres besitzt erfahrungsgemäß

nur eine geringe Aussagekraft über den tatsächlichen Haushaltsverlauf bis zum Ende des Jahres. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie die Gegenüberstellung zu den Haushaltsplanungen (s. S. 99 ff) haben daher lediglich informativen Charakter.

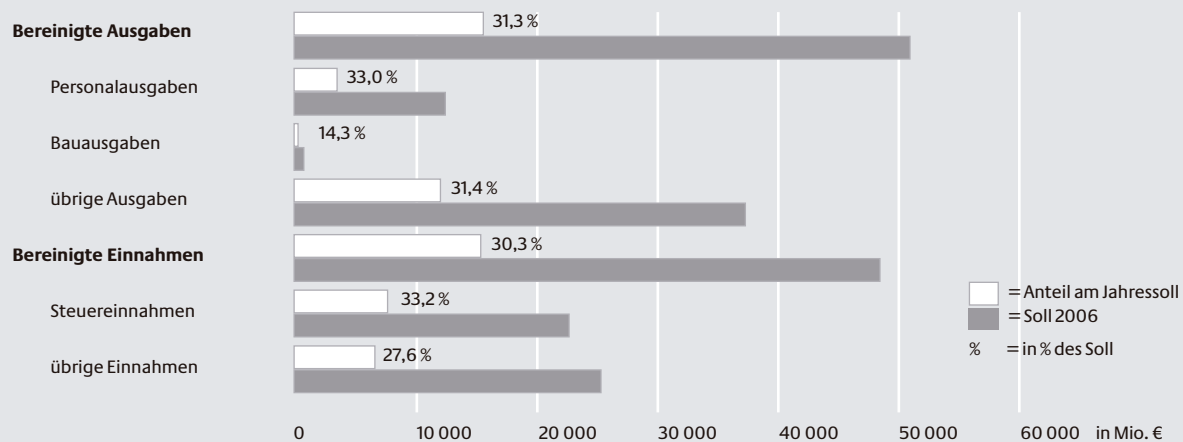
### Länder insgesamt<sup>1</sup>



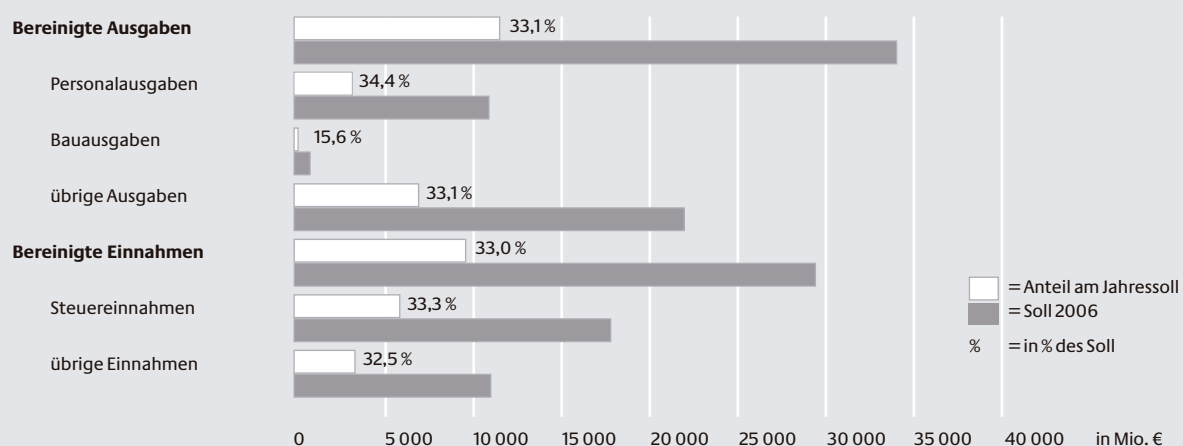
### Flächenländer West<sup>1</sup>



## Flächenländer Ost



## Stadtstaaten



# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

## Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 7. Juni 2006 in Luxemburg

### Unterrichtung zur Eurogruppe

Der Eurogruppenvorsitzende Premierminister Juncker unterrichtete den ECOFIN-Rat über die Ergebnisse der Tagung der Eurogruppe vom 6. Juni 2006:

- Michael Deppler vom Internationalen Währungsfonds (IWF) habe den Ministern das „Concluding Statement“ der Art.-IV-Konsultation des IWF zum Euroraum erläutert. Hiernach teile der IWF grundsätzlich die Erwartung von EU-Kommission und Europäischer Zentralbank (EZB) einer weiteren konjunkturellen Erholung des Euroraums, wobei Unsicherheit hinsichtlich der Ölpreisentwicklung sowie der Euro-Aufwertung gegenüber dem US-Dollar bestünde. Strukturelle Rigiditäten würden dabei Wachstumsdifferenzen zwischen den Euroländern bedingen.
- Auf Basis des Inflationsberichtes der EU-Kommission hätten die Minister die Inflationsentwicklung im Euro-Währungsraum erörtert. Die EU-Kommission prognostiziere für 2006 und 2007 eine unveränderte Inflation von 2,2 %. Bisher ließen sich keine Zweitrundeneffekte identifizieren. Hauptrisiko bleibe die Ölpreisentwicklung. Persistente Inflationsdifferenzen würden insbesondere durch überdurchschnittliche Preisanstiege im Dienstleistungssektor bedingt. Ursache seien eine Lohnentwicklung über dem Produktivitätswachstum, mangelnder Wettbewerb (hohe Regulierungsdichte) sowie ein geringer Produktivitätsfortschritt durch Einsatz von Informationstechnologie.
- Die Minister hätten zudem eine Debatte zur Haushaltsentwicklung im Euroraum geführt. Nach Einschätzung der EU-Kommission könne für 2006 ein Defizit der EU-12 von unverändert 2,4 %, für 2007 ein leichter Rückgang auf 2,3 % erwartet werden. Der Schuldenstand der EU-12 würde bis 2007 leicht von 70,5 % auf 70,1 % sinken. Die EU-Kommission würde angesichts der verbesserten konjunkturellen Lage eine stärkere Konsolidierung der öffentlichen Haushalte erwarten.

Der italienische Finanzminister Padoa-Schioppa habe den Ministern die haushaltspolitische Strategie der neuen Regierung erläutert.

- EU-Kommission und EZB hätten Konvergenzberichte zu Slowenien und Litauen vorgelegt. Die Beurteilung des Konvergenzstandes sei von den Ministern der Eurogruppe geteilt worden: Slowenien erfülle alle für den Eurobeitritt notwendigen Konvergenzkriterien des EG-Vertrages; Litauen verletze das Inflationskriterium. Die Konvergenzkriterien seien von Kommission und EZB korrekt im Sinne des EG-Vertrages angewendet worden.



### Erweiterung des Euroraums: Konvergenzberichte

Der ECOFIN-Rat führte eine Orientierungsdebatte zu den am 16. Mai von EU-Kommission und EZB vorgelegten Konvergenzberichten zu Slowenien und Litauen. Kommission und EZB gelangten zu der Einschätzung, dass Slowenien alle für den Eurobeitritt notwendigen Konvergenzkriterien des EG-Vertrages erfüllt. Die Kommission hat entsprechend den Vorschlag an den Rat gerichtet, die Ausnahmeregelung von Slowenien aufzuheben und die Euroeinführung zum 1. Januar 2007 zu beschließen. Im Fall von Litauen stellen Kommission und EZB die Verletzung des Inflationskriteriums fest. Neben der Verfehlung des Referenzwertes (Litauen: 2,7 %; Referenzwert: 2,6 %) wird insbesondere die unzureichende Nachhaltigkeit der Preisstabilität bemängelt. Die Kommission empfiehlt daher, den Status Litauens als ein Mitgliedstaat, für den eine Ausnahmeregelung gilt, beizubehalten. Litauen hat seinen

ursprünglich zum 1. Januar 2007 anvisierten Eurobeitritt inzwischen auf den 1. Januar 2009 verschoben.

Die Beurteilung von Kommission und EZB fand breite Zustimmung im ECOFIN-Rat. Seitens einiger neuer Mitgliedstaaten wurde die Anwendung des Inflationskriteriums als zu „mechanistisch“ kritisiert und eine Analyse zur Auslegung des Kriteriums gefordert. Kommissar Almunia und EZB-Vizepräsident Papademos unterstrichen, dass alle Konvergenzkriterien entsprechend den Vorgaben des EG-Vertrages und unter Einhaltung des Grundsatzes der Gleichbehandlung angewendet worden sind.

Minister Steinbrück unterstützte Kommission und EZB und sprach sich gegen eine Revision des Inflationskriteriums aus. Das Kriterium sei korrekt angewendet worden. Eine „Veränderung der Spielregeln während des Spiels“ sei nicht tragbar.

Der Ratsvorsitzende Grasser stellte Einvernehmen über ein Schreiben an den Rat der Staats- und Regierungschefs fest, in dem weitgehende Zustimmung des ECOFIN-Rates zu den Konvergenzberichten von Kommission und EZB zum Ausdruck gebracht wird. Slowenien sei zur Erfüllung der Voraussetzungen für den Eurobeitritt am 1. Januar 2007 zu gratulieren. EU-Kommission und EZB werden in Ergänzung zu den Konvergenzberichten detailliert darlegen, wie die Operationalisierung der Konvergenzkriterien vorgenommen wurde.

### EU-US-Dialog: Vorbereitung des Gipfels

Zur Vorbereitung des EU-US-Gipfels am 21. Juni 2006 führte der ECOFIN-Rat einen Meinungsaustausch mit Blick auf die Behandlung unterschiedlicher Fragen der Finanzmarktregulierung. Im Oktober 2005 hatten sich die Minister diesbezüglich für eine stärkere Einbindung des ECOFIN-Rates ausgesprochen. Im Vordergrund werden die gegenseitige Anerkennung der Rechnungslegungsstandards IFRS (International Financial Reporting Standard) und US-GAAP (US-Generally Accepted Accounting Principles) sowie die Vereinfachung der Deregistrierung europäischer Emittenten an US-Börsen stehen. Kommissar McCreevy unterrichtete die Minister über den aktuellen Stand des informellen EU-US-

Dialogs zu Finanzmarktfragen. Er griff die Anregung des ECOFIN-Rats auf, den Dialog um die Themen „Transparenzanforderungen für Hedge Fonds“ und „Anlegerschutz“ zu erweitern.

### Steuern

#### – Mehrwertsteuer-Paket

Nach einer ersten Orientierungsdebatte im Mai 2006 lag den Ministern das überarbeitete „Mehrwertsteuer-Paket“ der österreichischen Präsidentschaft zur politischen Einigung vor. Im Paket enthalten sind insbesondere ein:

- Richtlinienvorschlag zur Änderung des Orts der Dienstleistung für „Business-to-Business“- und „Business-to-Consumers“-Umsätze. Vorgesehen ist der Übergang vom Ursprungs- zum Bestimmungslandprinzip;
- Richtlinienvorschlag zur Schaffung einer „Einzigsten Anlaufstelle“ (one-stop-shop). Im Konzept der „Einzigsten Anlaufstelle“ ist eine Erklärungsspflicht für alle EU-Umsätze von EU-Unternehmen im jeweiligen Sitzstaat (bzw. von Nicht-EU-Unternehmen im Identifizierungsmitgliedstaat) vorgesehen, der diese an die betroffenen Verbrauchsmitgliedstaaten weiterleitet;
- Vorschlag für die Verlängerung der umsatzsteuerlichen Regelungen zum elektronischen Geschäftsverkehr ab 1. Juli 2006. Die bisherige Regelung zur Besteuerung von Anbietern aus Drittstaaten läuft am 30. Juni aus.

Die Debatte gab erneut kein einheitliches Meinungsbild. Minister Steinbrück machte deutlich, dass der Übergang zum Bestimmungsland-Prinzip beim Ort der Dienstleistung ein Paradigmenwechsel mit erheblichen Auswirkungen auf den Binnenmarkt sei. Grundsätzlich komme die Zustimmung Deutschlands in Betracht, wenn Deutschland gleichzeitig die europarechtliche Möglichkeit zur Einführung des „Reverse-Charge-Verfahrens“ zur Bekämpfung des MwSt-Betrugs eingeräumt werde. Deutschland sei mit ca. 17 Mrd. € Einnahmeverlusten pro Jahr am stärksten betroffen.

Der ECOFIN-Rat einigte sich auf die Verlängerung der Richtlinie für den elektronischen

Geschäftsverkehr um sechs Monate bis zum 31. Dezember 2006. Die verbleibenden Elemente des „Mehrwertsteuer-Pakets“ werden unter finnischer Ratspräsidentschaft weiter verhandelt.

#### – Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs

Der ECOFIN-Rat nahm Schlussfolgerungen zum Kommissions-Bericht über die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs an. In den Schlussfolgerungen wird die Notwendigkeit einer EU-Strategie zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs bekräftigt und die Fortsetzung der Kommissionsarbeit am „Reverse-Charge-Verfahrens“ (d. h. Umkehrung der Steuerschuldnerschaft) begrüßt.

Die Präsidentschaft forderte die Kommission auf, so bald wie möglich einen Richtlinien-vorschlag vorzulegen, der den Mitgliedstaaten eine Option zur Einführung des „Reverse-Charge-Verfahrens“ eröffnet.

#### – Konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage

Die Kommission stellte ihren Fortschrittsbericht zu den technischen Arbeiten an der gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage vor. Eine konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage ermöglicht einer in mehreren EU-Mitgliedstaaten ansässigen Unternehmensgruppe die Anwendung einer einheitlichen Steuergesetzgebung. Der Rat nahm den Bericht zur Kenntnis. In der Debatte wurde ein breites Meinungsspektrum deutlich. Die Kommission wird ihre Arbeiten fortsetzen und dem Rat Ende 2006 erneut berichten.

#### – Code of Conduct zur Unternehmensbesteuerung

Der ECOFIN-Rat nahm Schlussfolgerungen zum Bericht der „Gruppe Verhaltenskodex“ an. In den Schlussfolgerungen sind die Fortsetzung der Arbeiten sowie eine erneute Berichterstattung an den Rat unter finnischer Präsidentschaft vorgesehen. Im Code of Conduct zur Unternehmensbesteuerung verpflichten sich die Mitgliedstaaten, unfaire steuerliche Maßnahmen zurückzunehmen bzw. keine neuen unfairen Maßnahmen einzuführen.

## EU-Statistik

Der niederländische Finanzminister Zalm erläuterte den ECOFIN-Ministern sein Anliegen, die Verwaltungsbelastung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit Blick auf die Berichtspflichten im Bereich der EU-Statistik (z. B. Außenhandelsstatistik) zu reduzieren. Konkret schlug er die Einführung des „Einstrom-Verfahrens“ (Erfassung von Exporten oder Importen bei Ermittlung des gegenläufigen Warenstroms aus den Statistiken der anderen Mitgliedstaaten) vor. Das Thema wird vom ECOFIN-Rat im November erneut aufgegriffen.



## Finanzierung des International Accounting Standards Board

Kommissar Mc Creevy unterrichtete die Minister über Modelle zur Finanzierung des „International Accounting Standards Board“ (IASB). Das IASB befasst sich mit der Vereinheitlichung von Rechnungslegungsstandards für börsennotierte Unternehmen in Europa. Nach Auslaufen einiger – vornehmlich privater – Finanzierungszusagen in 2005 ist die künftige Finanzierung des IASB zurzeit noch offen. Der Finanzierungsanteil seitens der EU liegt bei ca. 6,2 von insgesamt 23 Mio. € jährlich.

Nach Klärung noch offener Fragen im Wirtschafts- und Finanzausschuss der EU wird der ECOFIN-Rat im Juli 2006 erneut befasst.

## Termine

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

10./11. Juli 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

### Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen  
– Referat Bürgerangelegenheiten –  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

telefonisch: 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)  
per Telefax: 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder  
<http://www.bmf.bund.de>

### Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2006	Juli	Juni 2006	20. Juli 2006
	August	Juli 2006	21. August 2006
	September	August 2006	21. September 2006
	Oktober	September 2006	20. Oktober 2006
	November	Oktober 2006	20. November 2006
	Dezember	November 2006	21. Dezember 2006



## Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2006

- bis Mitte Februar 2006 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 16. Februar 2006 – Finanzplanungsrat
- 22. Februar 2006 – Kabinettsbeschluss
- 17. März 2006 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 28. bis 31. März 2006 – 1. Lesung Bundestag
- 7. April 2006 – 1. Beratung Bundesrat
- 5. April bis 31. Mai 2006 – Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages
- 9. bis 11. Mai 2006 – Steuerschätzung
- 1. Juni 2006 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 20. bis 23. Juni 2006 – 2./3. Lesung Bundestag
- 7. Juli 2006 – 2. Beratung Bundesrat
- Mitte/Ende Juli 2006 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

## Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2007

- bis 23. Juni 2006 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 29. Juni 2006 – Finanzplanungsrat
- 30. Juni 2006 – Zuleitung an Kabinett
- 5. Juli 2006 – Kabinettsbeschluss
- 11. August 2006 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 5. bis 8. September 2006 – 1. Lesung Bundestag
- 22. September 2006 – 1. Beratung Bundesrat
- 20. September bis
- 8. November 2006 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- Anfang November 2006 – Steuerschätzung
- 9. November 2006 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 21. bis 24. November 2006 – 2./3. Lesung Bundestag
- 15. Dezember 2006 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2006 – Verkündung im Bundesgesetzblatt





## Analysen und Berichte

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2006 .....	37
Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen: Langfristige Trends und aktuelle Entwicklungen unter Einbeziehung der mittelfristigen Steuerschätzung .....	41
Bundespolitik und Kommunalfinanzen .....	49
Die wirtschafts- und finanzpolitische Lage der neuen Mitgliedstaaten sowie der Beitritts- und Kandidatenländer der EU Ende 2005/Anfang 2006 .....	57
Bündnisse gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung .....	65



# Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder<sup>1</sup> im 1. Quartal 2006

(ERGEBNISSE FÜR DAS SAARLAND AUF VORJAHRESBASIS HOCHGERECHNET)

1	Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. Quartal 2006 .....	37
2	Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 1. Quartals 2006 .....	39
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen .....	40

## Vorbemerkung

Aufgrund eines Streiks bei den Finanzkassen und der Zentralen Datenverarbeitung Saar konnten für den Monat März keine Aufkommenszahlen für das Saarland ermittelt werden. Um trotzdem ein aussagefähiges Bild zu erhalten, wurden die Einnahmen für das Saarland auf der Basis seiner Vorjahreszahlen und der Entwicklung in den anderen Bundesländern im März 2006 hochgerechnet. Dieses Verfahren wurde für alle Ländersteuern sowie den Solidaritätszuschlag und die Versicherungssteuer, beides Bundessteuern, die von den Länderfinanzbehörden verwaltet werden, angewandt. Alle im folgenden Text zum 1. Quartal 2006 bzw. zum Monat März 2006 gemachten Angaben beziehen sich auf die hochgerechneten Werte, ohne dass in den entsprechenden Passagen nochmals gesondert auf diesen Umstand hingewiesen wird.

## 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. Quartal 2006

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. Quartal 2006 96 007 Mio. €, das sind + 5 604 Mio. € bzw. + 6,2 % mehr als im 1. Quartal 2005.

Die Steuereinnahmen im 1. Quartal 2006 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in Tabelle 1 dargestellt.

Das Aufkommen der **gemeinschaftlichen Steuern** nahm im 1. Quartal 2006 um + 5,0 % zu. Das positive Bild wurde lediglich durch einen allerdings deutlichen Rückgang bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (– 16,6 %) getrübt.

Die Einnahmen aus der **Lohnsteuer** stiegen gegenüber dem Vorjahresquartal um + 1,0 %.

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. Quartal 2006

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	1. Quartal – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2006	2005	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	72 908	69 456	3 452	5,0
Reine Bundessteuern	15 912	15 207	705	4,6
Reine Ländersteuern	6 271	5 005	1 266	25,3
Zölle	916	736	180	24,5
<b>Steuereinnahmen insges. (ohne reine Gemeindesteuern)</b>	<b>96 007</b>	<b>90 403</b>	<b>5 604</b>	<b>6,2</b>

<sup>1</sup> Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

Dieser auf den ersten Blick nur leichte Anstieg relativiert sich, wenn man bedenkt, dass sich im Januar 2006 letztmals die Tarifsenkung zum 1. Januar 2005 auswirkte, da im Januar die Lohnsteuer für die Dezemberlöhne abgeführt wird. Hinzu kommt die starke Basis im Februar 2005: Die Senkung des Einkommensteuertarifs hatte seinerzeit zu einer Verlagerung flexibler Lohnbestandteile von 2004 nach 2005 geführt.

Die Aufkommenssituation der **veranlagten Einkommensteuer** verbesserte sich im 1. Quartal 2006 im Vergleich zum Vorjahr um rund + 1,7 Mrd. €, was in erster Linie auf die positive Entwicklung bei den Unternehmensgewinnen und rückläufige Auszahlungen bei der Eigenheimzulage (– 0,6 Mrd. €) zurückzuführen ist. Hier wirkt sich aus, dass in 2006 der sehr starke Baujahrgang 1998 nicht mehr gefördert wird und die Jahrgänge ab 2004 aufgrund der Kürzung der Grundzulage volumenmäßig deutlich kleiner sind.

Auch die Einnahmen aus der **Körperschaftsteuer** legten in den ersten drei Monaten mit einem Plus von 17,8 % kräftig zu. Wie bei der Einkommensteuer kann dies als Indiz für die anhaltend gute Gewinnsituation der Unternehmen gewertet werden.

Der im 2. Halbjahr 2005 begonnene positive Trend beim **Zinsabschlag** setzte sich im 1. Quartal 2006 mit einem Zugewinn von + 2,1 % fort, was angesichts der ebenfalls nach oben gerichteten Entwicklung bei der Durchschnittsverzinsung der festverzinslichen Wertpapiere nicht überraschte.

Das Aufkommen der **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** ist nach wie vor starken Schwankungen unterworfen. Nach einem Zwischenhoch im Dezember 2005 (+ 251 %) lagen die ersten drei Monate 2006 sämtlich im Minus, was für das 1. Quartal 2006 ein Ergebnis von – 16,6 % bedeutet. Allerdings zeichnet sich hier vor dem Hintergrund der angekündigten Ausschüttungen der großen Dax-Konzerne eine Ergebnisverbesserung im weiteren Verlauf des Jahres ab.

Die Einnahmen aus den **Steuern vom Umsatz** nahmen im 1. Quartal 2006 um + 2,9 % zu. Dabei zeigte sich bei den beiden Teilaggregaten eine gegenläufige Entwicklung. Während die

Umsatzsteuer um – 1,7 % nachgab, stieg die Einfuhrumsatzsteuer, die auf Importe aus Nicht-EU-Staaten erhoben wird, ausgesprochen kräftig um + 21,6 %. Allerdings sind diese beiden Entwicklungsverläufe nicht unabhängig voneinander, sondern verfahrensmäßig miteinander verknüpft. Dabei hat der durch den starken, u. a. auch ölpreisbedingten Anstieg der Importe aus Nicht-EU-Staaten bedingte Zuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer über deren Vorsteuerabzug eine negative Rückwirkung bei der Umsatzsteuer. Das dadurch stark verzerrte Umsatzergebnis kann so für sich genommen keinen weiteren Aufschluss zur Entwicklung der Inlandsumsätze geben.

Die **reinen Bundessteuern** lagen nach den ersten drei Monaten um + 4,6 % über dem Vorjahresergebnis. Getragen wurde diese Entwicklung in erster Linie von starken Zugewinnen bei Stromsteuer (+ 24,3 %) und Tabaksteuer (+ 11,5 %). Letzterer dürfte in erster Linie das Ergebnis der Steuersatzerhöhung im September 2005 sein. Das leichte Plus bei der Mineralölsteuer (+ 1,7 %) resultierte ausschließlich aus einem Mehraufkommen beim Erdgas, während sich bei Benzin- und Dieselmotorkraftstoffen ein preisinduzierter Rückgang der Einnahmen ergab. Zugewinne ergaben sich ebenfalls bei der Branntweinsteuer (+ 19,2 %), dem Solidaritätszuschlag (+ 3,8 %) und der Schaumweinsteuer (+ 2,0 %). Einbußen waren bei der Versicherungssteuer (– 1,5 %) und der Kaffeesteuer (– 19,7 %) festzustellen.

Die **reinen Ländersteuern** verzeichneten im 1. Quartal mit + 25,3 % einen kräftigen Anstieg, der in erster Linie auf zwei Sonderfaktoren zurückzuführen ist. Zum einen ließ die Einbeziehung bisher steuerbefreiter Pkw in die Besteuerung zum 1. Januar 2006 das Kraftfahrzeugsteueraufkommen im Januar 2006 (+ 70,2 %) und damit des 1. Quartals 2006 (+ 26,8 %) stark ansteigen. Zum anderen legte das Aufkommen der Grunderwerbsteuer in Folge der Abschaffung der Eigenheimzulage und der daraus resultierenden vorgezogenen Immobilienerwerbe in 2005 sprunghaft zu (+ 40,7 %). Auch die restlichen Ländersteuern lagen im Plus, wobei insbesondere die Erbschaftsteuer mit + 16,0 % zu nennen ist.

## 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 1. Quartals 2006

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im **Januar 2006** um + 6,6 % gegenüber dem Vorjahr. Dabei lagen die gemeinschaftlichen Steuern mit 4,2 % deutlich im Plus, wozu alle Gemeinschaftsteuern bis auf die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (– 5,2 %) beitrugen. Während bei der Lohnsteuer nur ein leichtes Plus (+ 0,9 %) zu verzeichnen war, legten veranlagte Einkommensteuer (+ 0,2 Mrd. €) und besonders die Körperschaftsteuer (+ 0,3 Mrd. €) kräftig zu. Auch bei den Steuern vom Umsatz zeigte die Entwicklung nach oben (+ 3,4 %). Die Bundessteuern lagen im traditionell schwachen Aufkommensmonat Januar mit 4,5 % im Plus. Die Ländersteuern verzeichneten aufgrund der oben genannten Sondereffekte einen sprunghaften Anstieg um + 40,6 %.

Im **Februar 2006** stiegen die Steuereinnahmen um + 4,1 % im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahresmonat. Das Plus bei den gemeinschaftlichen Steuern (+ 4,0 %) ging in erster Linie auf die Zuwächse bei veranlagter Einkommensteuer und Körperschaftsteuer von jeweils rund + 0,3 Mrd. € zurück. Lohnsteuer (+ 0,8 %), Steuern vom Umsatz (+ 3,6 %) und die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (– 35,9 %) zeigten die gleiche Entwicklungsrichtung wie im Januar 2006. Die Bundessteuern legten im Vorjahresvergleich leicht um + 0,4 % zu, während bei den Ländersteuern hauptsächlich der fortwirkende Sondereffekt bei der Grunderwerbsteuer wieder für einen kräftigen Zuwachs von + 15,3 % sorgte.

Das Steueraufkommen im **März 2006** lag um + 8,0 % über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Der kräftige Zuwachs bei den Gemeinschaftsteuern (+ 6,8 %) ging in erster Linie auf ein Plus bei der veranlagten Einkommensteuer (+ 1,2 Mrd. €) zurück, was wiederum unter anderem eine Folge der geringeren Auszahlungen bei der Eigenheimzulage (– 0,6 Mrd. €) war. Während die Einnahmen aus der Lohnsteuer (+ 1,5 %), den Steuern vom Umsatz (+ 1,5 %), der Körperschaftsteuer (+ 3,0 %) und dem Zinsabschlag (+ 15,7 %) ebenfalls stiegen, ging das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag deutlich

zurück (– 14,6 %). Bei den Bundessteuern (+ 8,7 %) entwickelte sich lediglich die Alkopopsteuer mit – 67,8 % entgegen dem positiven Trend, während bei den Ländersteuern wieder in der Hauptsache ein starkes Grunderwerbsteuerergebnis (+ 43,8 %) für eine deutliche Aufwärtsentwicklung (+ 19,3 %) sorgte.



### 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. Quartal 2006 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der nachstehenden Tabelle dargestellt (siehe Tabelle 2).

Der Bund hat im Vergleich zu den Ländern und Gemeinden stärker von den Mehreinnahmen im 1. Quartal 2006 profitiert, was auf die geringeren Abführungen an EU-Eigenmitteln gegenüber dem Vorjahr (– 1 Mrd. €) zurückzuführen

ist. Dies wird voraussichtlich im weiteren Verlauf des Jahres durch entsprechend höhere Abführungen wieder ausgeglichen werden. Die Einnahmen der EU sind ausweislich der Tabelle 2 aber nicht im gleichen Ausmaß gesunken, ein Fakt, der dem in erster Linie ölpreisbedingten Aufkommenszuwachs bei den Zöllen (+ 0,2 Mrd. €) geschuldet ist.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. Quartal 2006 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter <http://www.bundesfinanzministerium.de>.

**Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen**

	1. Quartal – in Mio. € –		Änderung gegenüber Vorjahr	
	2006	2005	in Mio. €	in %
Bund	39 821	36 584	3 237	8,8
EU	6 892	7 708	– 816	– 10,6
Länder	44 261	41 397	2 864	6,9
Gemeinden <sup>1</sup>	5 033	4 713	320	6,8
<b>Steuereinnahmen insges. (ohne reine Gemeindesteuern)</b>	<b>96 007</b>	<b>90 403</b>	<b>5 604</b>	<b>6,2</b>

<sup>1</sup> Lediglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz.



# Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen

## Langfristige Trends und aktuelle Entwicklungen unter Einbeziehung der mittelfristigen Steuerschätzung

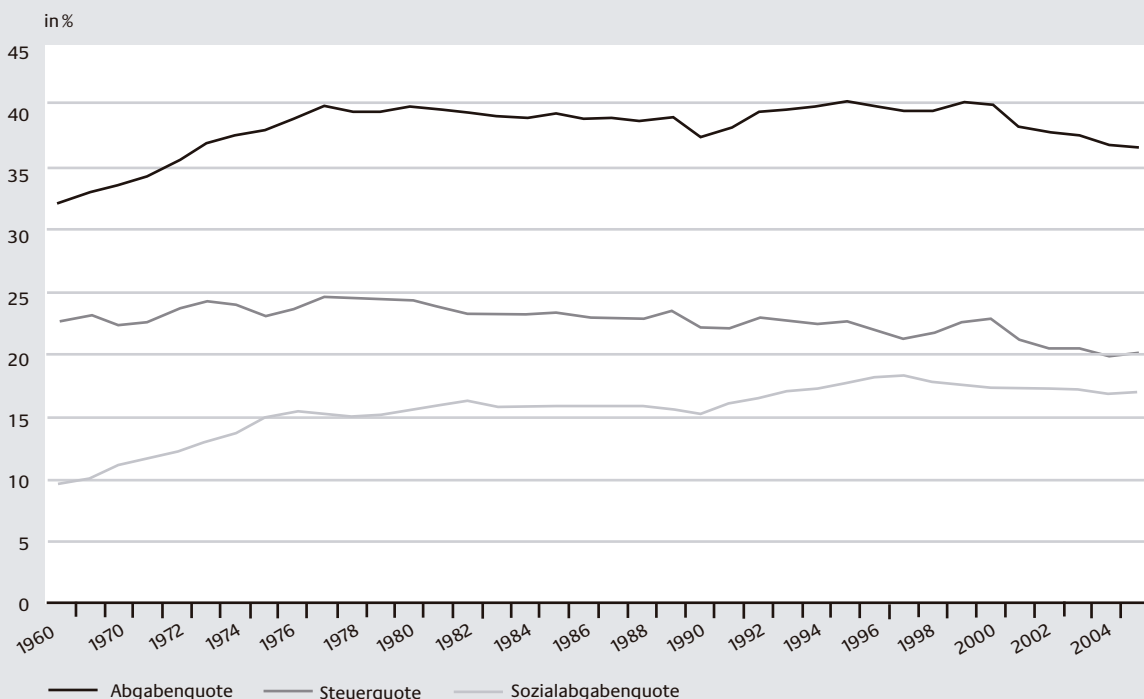
1	Entwicklung der Steuerquote und der Abgabenquote .....	41
2	Struktur des Steueraufkommens .....	43
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften .....	44
4	Internationaler Kontext .....	45

In der Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2006 wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2006 bis 2010 prognostiziert. Dabei wurde die Erhöhung der Umsatzsteuer und der Versicherungsteuer zum 1. Januar 2007 bereits einbezogen. Nachfolgend soll untersucht werden, wie sich die Steuerstruktur und die Verteilung der Steuereinnahmen in den kommenden Jahren voraussichtlich ändern werden und wie sich diese Veränderungen in die langfristige Entwicklung einpassen.

### 1 Entwicklung der Steuerquote und der Abgabenquote

Die Steuereinnahmen werden sich im Jahr 2006 voraussichtlich um 13,4 Mrd. € auf 465,5 Mrd. € erhöhen, was einer Steigerung um 3,0 % entspricht. Für das Jahr 2007 ist insbesondere aufgrund der Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes ein weiterer Anstieg um 28,5 Mrd. € bzw. 6,1 % auf 494,0 Mrd. € zu erwarten. Damit steigen die Steuereinnahmen seit dem Jahr 2003

Abbildung 1: Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten in Deutschland



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

insgesamt wieder an. Zuvor war ein zweijähriger Einnahmenrückgang zu verzeichnen, der primär durch die umfangreichen Steuerrechtsänderungen (Steuersatzsenkungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer; Systemwechsel Körperschaftsteuer) in Verbindung mit einem Konjunkturereinbruch verursacht worden war. Bund, Länder und Gemeinden werden insgesamt im Jahr 2006 wieder nahezu die Höhe der Steuereinnahmen aus dem Jahr 2000 erreichen.

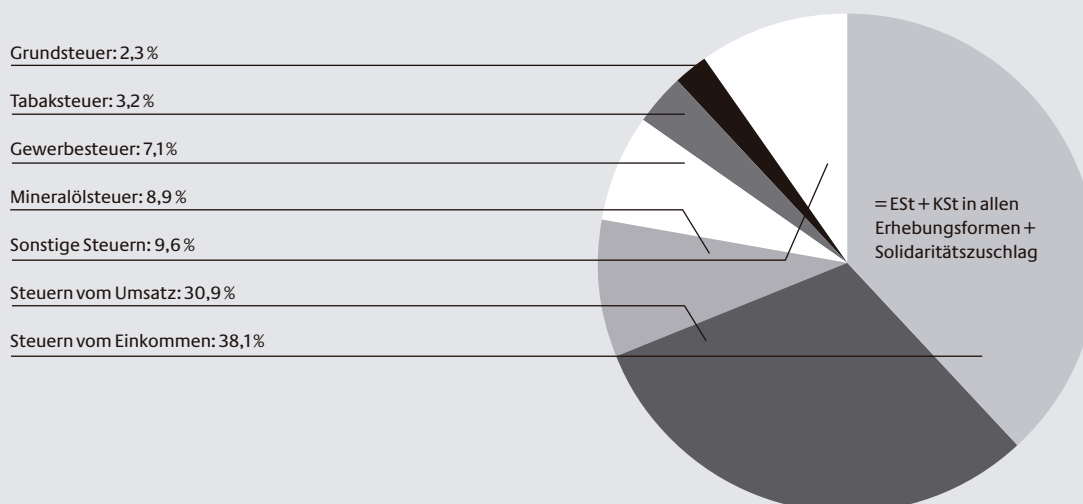
Die volkswirtschaftliche Steuerquote, d. h. das Verhältnis von kassenmäßigen Steuereinnahmen zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, wird im Jahr 2006 bei 20,3 % und damit wie im Vorjahr (20,1 %) nur wenig über dem niedrigsten Wert in der Geschichte der Bundesrepublik aus dem Jahre 2004 (20,0 %) liegen. Die Aufkommenselastizität (relative Veränderung der Steuereinnahmen im Verhältnis zur relativen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts) liegt seit 2005 mittelfristig wieder nahe bei 1. Zuvor waren fünf Jahre deutlich niedrigere Werte zu verzeichnen, weil die Steuereinnahmen sich schwächer als das Wirtschaftswachstum entwickelt haben. Damit ist der Abwärtstrend der Steuerquote gestoppt.

In der langfristigen Entwicklung ist die Steuerquote relativ stabil, seit 2001 aber auf einem

sehr niedrigen Niveau: Der langfristige Durchschnittswert beträgt 22,9 %; innerhalb der letzten fünf Jahre betrug die Steuerquote durchschnittlich nur 20,5 % (vgl. Abbildung 1, S. 41).

Unter Einbeziehung der Beiträge zur Sozialversicherung lässt sich die Abgabenquote berechnen, d. h. das Verhältnis von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. In der langfristigen Betrachtung hat sich die Abgabenquote (in der Abgrenzung der Finanzstatistik) trotz sinkender Steuerquote wegen der gestiegenen Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme – aufgrund der wirtschaftlichen und demografischen Lage sowie der deutschen Einheit – spürbar erhöht: Sie stieg von 32,2 % im Jahr 1960 auf 36,6 % im Jahr 2005 (vgl. Abbildung 1, S. 41).

Abbildung 2: Anteil einzelner Steuerarten am Steueraufkommen 2005



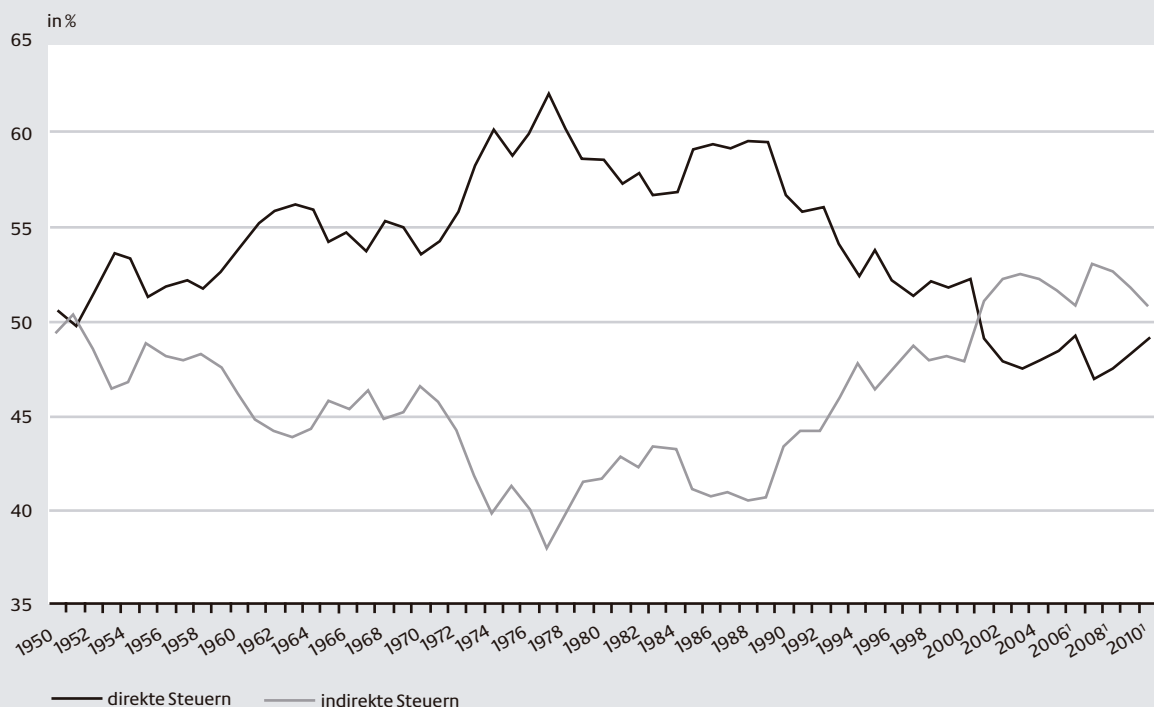
## 2 Struktur des Steuer- aufkommens

Die Analyse von Steuer- und Abgabenquoten liefert keine Aufschlüsse über die Struktur unseres Steuersystems. Notwendig sind daher Betrachtungen des Aufkommens und der Entwicklung einzelner Steuerarten. So machen im Jahr 2005 allein die Steuern vom Einkommen (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag) und die Steuern vom Umsatz 69 % der gesamten Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden aus. Zusammen mit der Mineralölsteuer und der Gewerbesteuer steigt dieser Anteil auf 85 %. Werden noch die Tabaksteuer und die Grundsteuer hinzugezählt, dann entfallen gut 90 % auf die acht größten Steuern (vgl. Abbildung 2, S. 42). Bis zum Jahr 2010 ergeben sich einige markante Veränderungen: So erhöht sich beispielsweise der Anteil der Steuern vom Umsatz von 30,9 % auf 33,2 %, während die Tabaksteuer von 3,2 % auf 2,8 % an Gewicht verliert. Bei der Mineralölsteuer ist sowohl das Aufkommen als auch der Anteil am Steueraufkommen mittelfristig deutlich rückläufig.

Der Anteil der indirekten Steuern am Steueraufkommen liegt seit 2001 – nach zuletzt 1951 – über dem Anteil der direkten Steuern (vgl. Abbildung 3). Wesentliche Gründe für die Entwicklung bis zum Jahr 2006 sind die Umsatzsteuererhöhungen in den 90er Jahren, die Mineralölsteuererhöhungen sowie die Einführung der Stromsteuer (ökologische Steuerreform). Im Gegenzug sind bei den direkten Steuern neben der schwachen Konjunktur wiederum die entlastenden Auswirkungen der Steuerreform 2000 – Erhöhung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer und Senkung des Steuertarifs bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer – abzulesen.

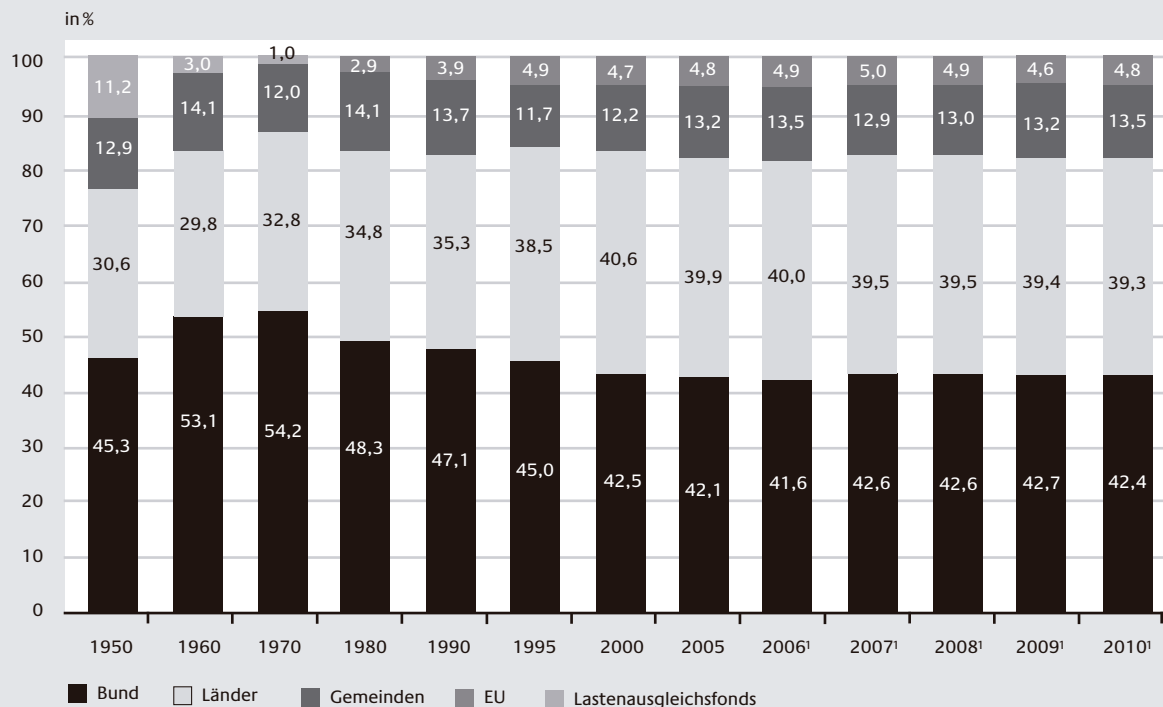
Die Erhöhung des allgemeinen Umsatzsteuersatzes im Jahr 2007 wird den leicht überwiegenden Anteil der indirekten Steuern am Steueraufkommen von 51,6 % im Jahr 2005 mittelfristig verfestigen. Hier kommt es allerdings auch auf die Entwicklung im Bereich der direkten Besteuerung an (Verbreiterung der Bemessungsgrundlage durch Subventionsabbau und Auswirkungen einer Unternehmensteuerreform).

**Abbildung 3: Entwicklung des Anteils der direkten und indirekten Steuern am Steueraufkommen**



<sup>1</sup> Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2006.

Abbildung 4: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften (Anteil am Steueraufkommen)



<sup>1</sup> Steuerschätzung vom 8. bis 11. Mai 2006.

### 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften

Im Jahr 2005 beträgt der Anteil des Bundes am Steueraufkommen 42,1 %; damit ist dieser Anteil im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren deutlich gesunken (vgl. Abbildung 4). Die Länder partizipieren in diesem Jahr in Höhe von 39,9 % am Steueraufkommen; hier ist ein Anstieg im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren zu beobachten. Beide Entwicklungen sind u. a. Folge der deutschen Einheit, in deren Zusammenhang der Anteil der Umsatzsteuer stark zu Gunsten der Länder erhöht wurde. Der Bundesanteil mindert sich zudem spiegelbildlich zur Erhöhung des der EU zufließenden Anteils. Der Anteil

der Gemeinden am Steueraufkommen erhöhte sich auf 13,2 %: Insbesondere aufgrund der dynamischen Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen in Verbindung mit der Senkung der Gewerbesteuerumlage ab dem Jahr 2004 haben damit die Gemeinden – im Gegensatz zu Bund und Ländern – in absoluten Beträgen wieder mehr Steuereinnahmen zur Verfügung als im Jahr 2000.

Bei der Interpretation dieser Zahlen sind die unterschiedlichen Aufgabenzuweisungen und damit die Ausgabenseite zu berücksichtigen. So ergeben sich insbesondere durch das neue Arbeitslosengeld II beim Bund ab dem Jahr 2005 enorme Mehrbelastungen, denen keine höheren Anteile an den Steuereinnahmen gegenüberstehen.

## 4 Internationaler Kontext

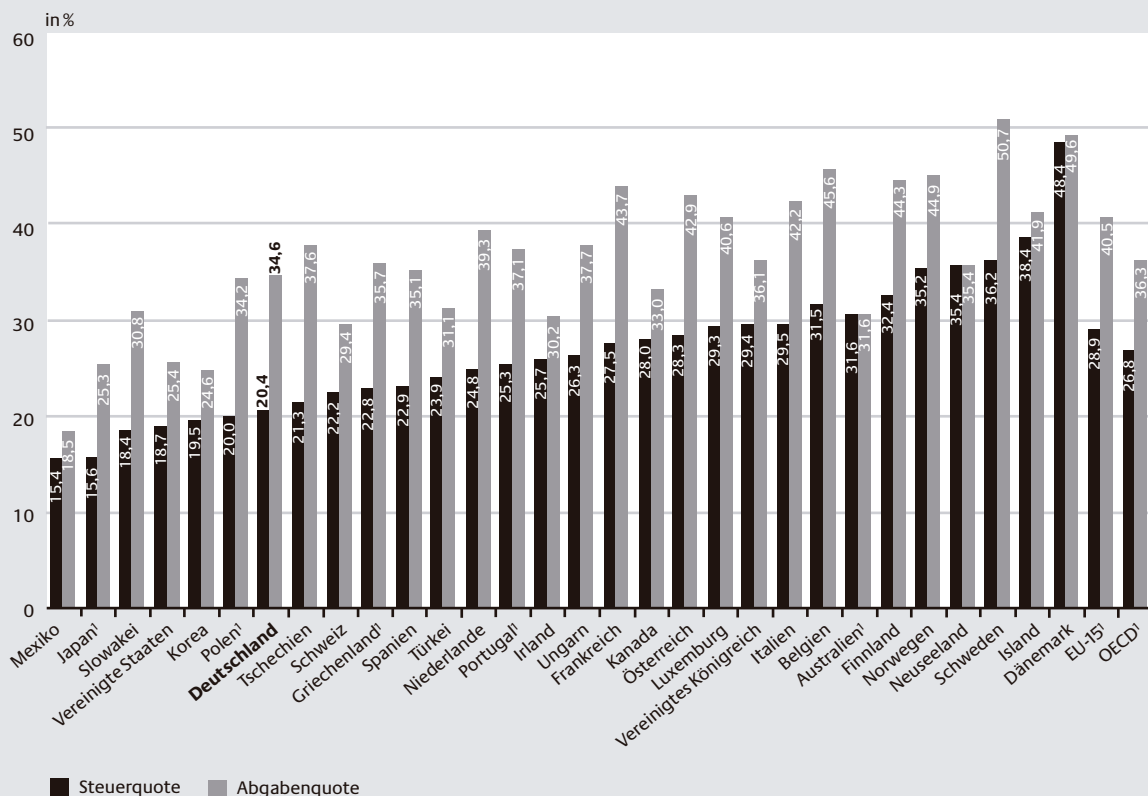
Im internationalen Vergleich für 2004 hat Deutschland nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD mit 20,4 % eine der niedrigsten Steuerquoten (vgl. Abbildung 5). Von den EU-Staaten in der OECD weisen nur die Slowakei mit 18,4% und Polen mit 20,0% (Wert für 2003) niedrigere Werte auf. Mit einer Abgabenquote von 34,6 % liegt Deutschland auch 2004 auf einem international mittleren Niveau, noch unter den Durchschnittswerten der EU-15- und der OECD-Staaten auf Platz vier.

Auch nach den Abgrenzungsmerkmalen von

Eurostat hat Deutschland mit 22,2 % (Platz sieben) im europäischen Vergleich für 2004 eine der niedrigsten Steuerquoten (vgl. Abbildung 6, S. 46). Mit einer Abgabenquote von 38,7 % liegt Deutschland auch hiernach im Mittelfeld und noch unter den Durchschnittswerten der EU-15 und EU-25.

Wird die Struktur des Gesamtaufkommens aus Steuern und Sozialabgaben im EU-Vergleich betrachtet, ist die Position Deutschlands im Jahr 2004 gekennzeichnet durch einen sehr niedrigen Anteil der direkten Steuern, den – nach Belgien – zweitniedrigsten Anteil der indirekten Steuern und den höchsten Anteil der Sozialabgaben (vgl. Abbildung 7, S. 47).

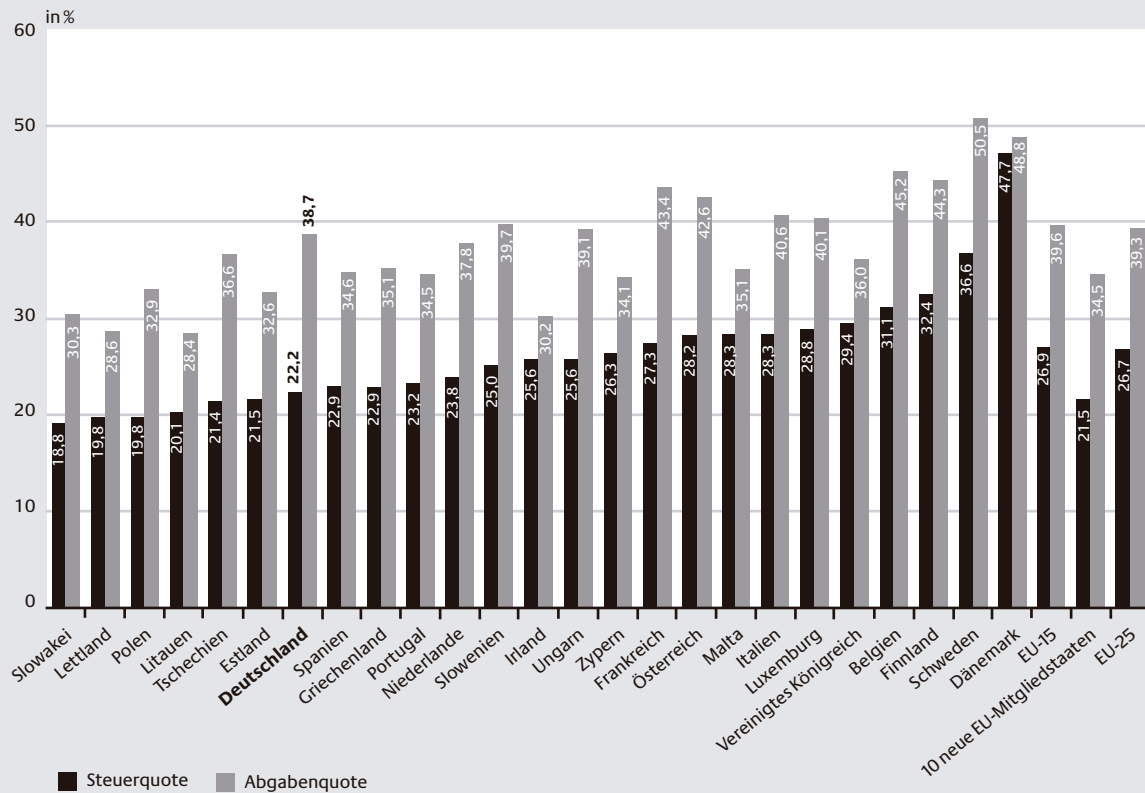
Abbildung 5: Steuer- und Abgabenquote im internationalen Vergleich (OECD, 2004)



<sup>1</sup> Werte für 2003.

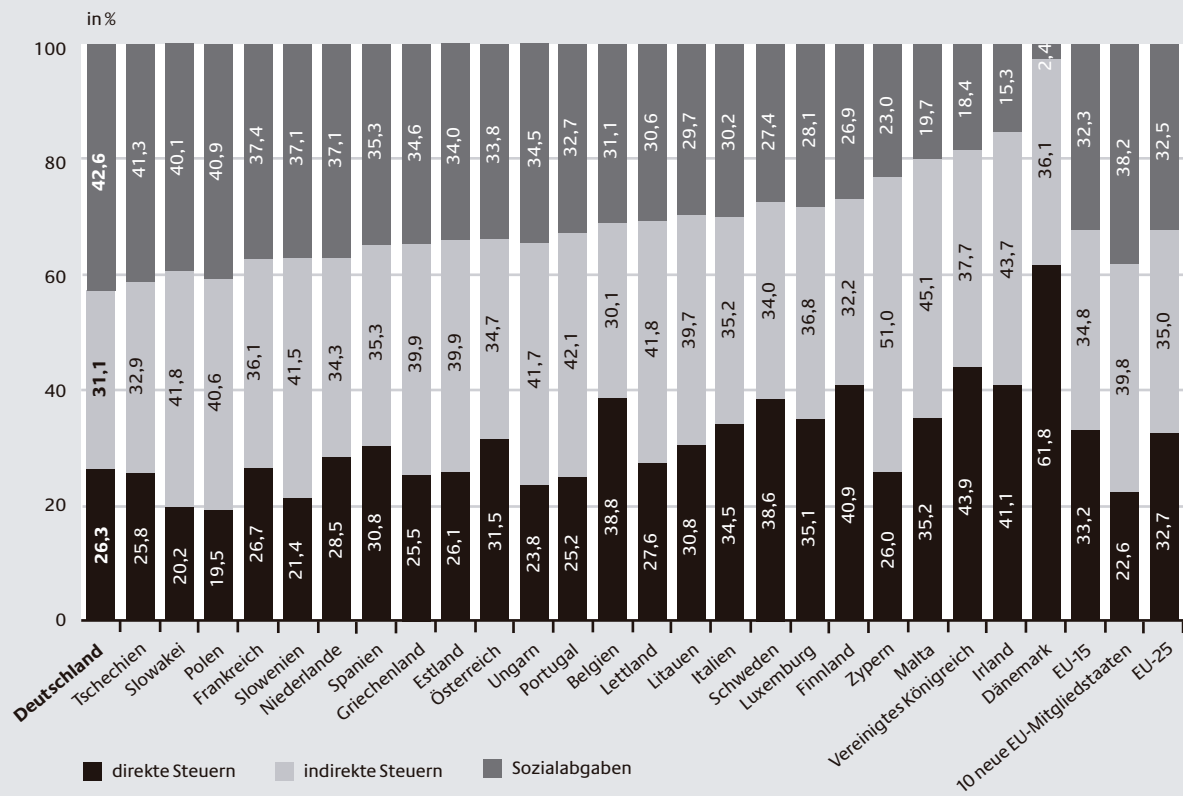
Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965 – 2004, Paris 2005.

Abbildung 6: Steuer- und Abgabenquote im internationalen Vergleich (EU, 2004)



Quelle: Eurostat/EU-Kommission, Structures of the taxation systems in the EU: 1995 – 2004, 2006.

Abbildung 7: Anteil der direkten und indirekten Steuern sowie der Sozialabgaben am Gesamtaufkommen aus Steuern und Sozialabgaben (EU, 2004)







# Bundespolitik und Kommunalfinanzen

1	Zusammenfassung .....	49
2	Kommunale Finanzsituation 2005 (ohne Stadtstaaten) .....	50
3	Beitrag des Bundes zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte .....	53
4	Familienförderung: Unterstützung der Kommunen in der Kinderbetreuung .....	55
5	Föderalismusreform: „Großer und grundlegender Schritt“ .....	55
6	Ausblick: Weiterer Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen .....	56

## 1 Zusammenfassung

Durch die positive Entwicklung der Steuereinnahmen haben sich im Jahr 2005 die Defizite in den Kommunalhaushalten weiter verringert. Die Gewerbesteuererinnahmen (netto) der Kommunen – ohne Stadtstaaten – erreichten mit 23,4 Mrd. € erneut einen Rekordstand. Die kommunalen Steuereinnahmen entwickelten sich weiterhin deutlich dynamischer als jene von Bund und Ländern. Auch nach den Ergebnissen der Steuerschätzung werden sich diese in den Jahren 2006 und 2008 bis 2010 besser entwickeln als die Steuereinnahmen von Bund und Ländern.

Das insgesamt positive Bild wurde im letzten Jahr durch den weiteren Anstieg der Kassenkredite getrübt. Diese Entwicklung spiegelt die schwierige finanzielle Situation einiger strukturschwacher Kommunen wider, die die eigentlich kurzfristigen Kassenverstärkungskredite fortwährend zur Finanzierung laufender Ausgaben in Anspruch nehmen.

Die Länder – zuständig für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen – werden zu einem erheblichen Teil Nutznießer der Erhöhung der Umsatzsteuer sein, was ihnen neue Spielräume auch im kommunalen Finanzausgleich eröffnet. Die Kommunen profitieren auch unmittelbar von Maßnahmen im Steuerrecht, die die Einnahmen der öffentlichen Hand strukturell verbessern. Gleichzeitig verbessert die Ausrichtung auf Stabilisierung und Stärkung der Wachstumskräfte die wirtschaftliche und damit die steuerliche Basis von Bund, Ländern und Kommunen.

Mit der Eröffnung zusätzlicher Finanzierungsspielräume von jährlich 1,5 Mrd. € für die Tagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren und dem Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ unterstützt der Bund die Kommunen nachhaltig.

Nach der beabsichtigten Föderalismusreform wird der Bund den Gemeinden und Gemeindeverbänden unmittelbar keine Aufgaben mehr übertragen können, wodurch die in den Landesverfassungen verankerten Konnexitätsregelungen künftig uneingeschränkt greifen. Die Kommunen sind über ihre Spitzenverbände mit außergewöhnlichen Beteiligungsrechten in die Föderalismusreform eingebunden.

## 2 Kommunale Finanzsituation 2005 (ohne Stadtstaaten)

Die finanzielle Situation der Kommunen hat sich im Jahr 2005 weiter verbessert. Das Finanzierungsdefizit der Kommunen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr erneut und sank um 1,5 Mrd. € auf 2,3 Mrd. €.

Die Einnahmen der Kommunen stiegen in 2005 um 3,9 % auf 151,1 Mrd. €. Unter den Steuereinnahmen hat die Gewerbesteuer mit rund 23,4 Mrd. € (netto) einen neuen Rekordstand erreicht. Darüber hinaus sind zusätzliche Leistungen des Bundes und der Länder an die Kommunen im Rahmen von Hartz IV in Höhe von rund 4,3 Mrd. € ursächlich für die Einnahmeverbesserung. Diese dienen den Kommunen zur teilweisen Abdeckung kommunaler Ausgaben für Unterkunft und Heizung für Arbeitsuchende und zur Sicherstellung der Entlastung der Kommunen infolge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in Höhe von jährlich 2,5 Mrd. €.

Die kommunalen Steuereinnahmen erhöhten sich 2005 gegenüber dem Vorjahr um 6,1 %.

Sie entwickelten sich damit erneut dynamischer als die Steuereinnahmen von Bund und Ländern (+ 1,7 % bzw. + 0,3 %). Nach Ländern entwickelten sich die Steuereinnahmen der Kommunen differenziert: Die Veränderungsraten lagen zwischen + 2 % in Baden-Württemberg und + 17,5 % in Brandenburg.

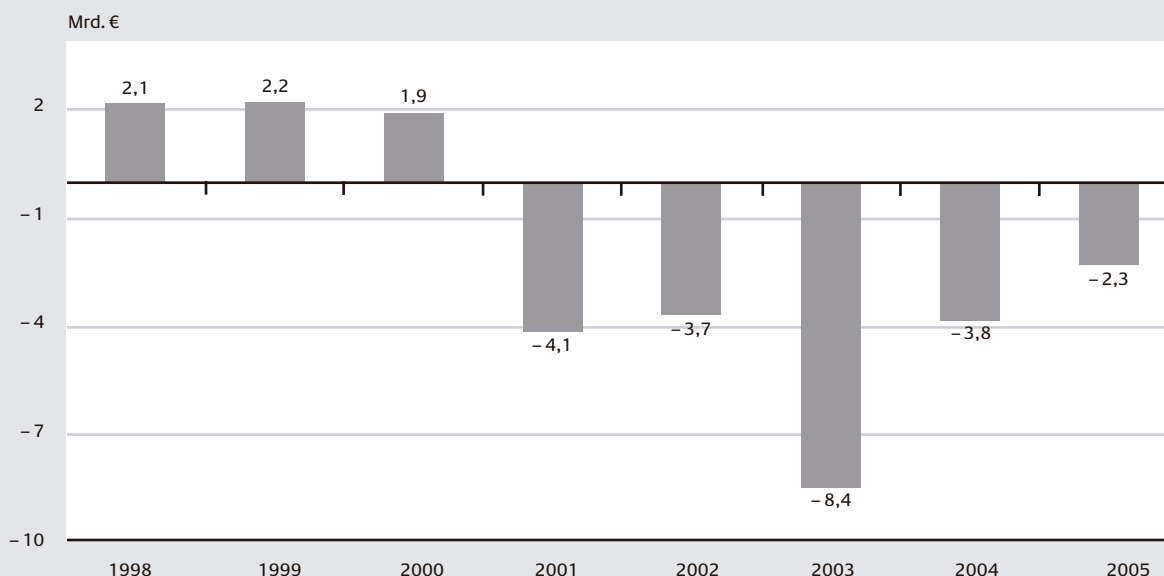
Bei den Gewerbesteuereinnahmen (netto) erzielten die Kommunen in allen Ländern mit Ausnahme von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zweistellige Zuwachsraten von bis zu 30,1 %. Hierzu trug die konjunkturelle Belebung bei, aber auch die vom Bund im Jahr 2003 ergriffenen Maßnahmen (Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und Absenkung der Gewerbesteuerumlage) zeigen somit weiterhin Wirkung.

Die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stagnierten. Zugelegt haben die Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer (+ 1,6 %) und aus den Grundsteuern (+ 3,2).<sup>1</sup>

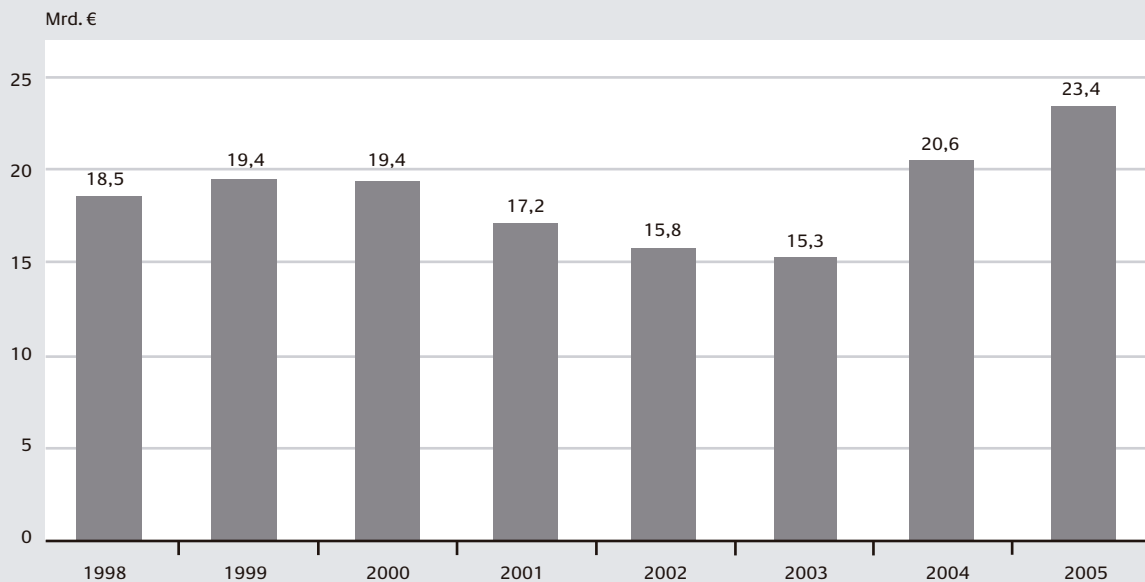
Die Einnahmen aus Gebühren und Schlüsselzuweisungen waren rückläufig. Letzteres lässt sich insbesondere auf einen – durch perioden-

<sup>1</sup> Zur Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen vgl. auch Monatsbericht des BMF, April 2006, S. 57 ff.

**Abbildung 1: Finanzierungssalden der Gemeinden/Gemeindeverbände (insgesamt, ohne Stadtstaaten)**



**Abbildung 2: Einnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände (insgesamt) aus der Gewerbesteuer (netto, ohne Stadtstaaten)**



übergreifende Abrechnung bedingten – Rückgang der Schlüsselzuweisungen in Nordrhein-Westfalen zurückführen. Die Investitionszuweisungen für westdeutsche Kommunen stiegen dagegen wieder an, der leichte Rückgang insgesamt ging auf die ostdeutschen Länder zurück.

Die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände stiegen um 2,8% auf rund 153,3 Mrd. €, was insbesondere auf einen deutlichen Anstieg der Sozialleistungen um 11% zurückzuführen ist. Diese Zunahme muss jedoch vor dem Hinter-

grund der Auswirkungen von Hartz IV gesehen werden: Zahlreiche Arbeitsuchende erhalten seit 1. Januar 2005 anstatt Sozialhilfe das neu eingeführte Arbeitslosengeld II, das aus dem Bundeshaushalt getragen wird. Für die kommunalen Haushalte ergibt sich daraus eine erhebliche Entlastung. Im Gegenzug tragen diese insbesondere die Leistungen für Unterkunft und Heizung an Arbeitsuchende, was insgesamt zu einer Zunahme der Ausgaben für Sozialleistungen geführt hat. Der Mitfinanzierungsanteil des

**Tabelle 1: Entwicklung der Einnahmen im Jahr 2005 (ohne Stadtstaaten), Veränderungen der wesentlichen Einnahmen gegenüber 2004 in %**

Einnahmen	Kommunen alte Länder	Kommunen neue Länder	Kommunen insgesamt
Steuern	+ 5,4	+ 13,3	+ 6,1
Schlüsselzuweisungen <sup>1</sup>	- 4,6	- 5,0	- 4,7
Gebühren	- 1,1	- 1,2	- 1,1
Investitionszuweisungen vom Land	+ 4,8	- 9,8	- 1,2
Einnahmen insgesamt	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,9

<sup>1</sup> Nicht zweckgebundene Zuweisungen der Länder an die Kommunen.

Bundes – in 2005 und 2006 29,1 % der Leistungen für Unterkunft und Heizung – und die Finanzierungsanteile der Länder im Zusammenhang mit Hartz IV werden jedoch in den kommunalen Haushalten auf der Einnahmeseite gebucht, so dass auf Einnahmen- und Ausgabenseite eine Zunahme, per saldo jedoch eine Entlastung zu verzeichnen ist.

Im Gegensatz zum Vorjahr stiegen die Personalausgaben wieder leicht an (um rund 0,4 Mrd. € auf 40,9 Mrd. €), wobei der Anstieg auch vor dem Hintergrund der Verwaltungsstrukturreform in Baden-Württemberg zu sehen ist. Der laufende Sachaufwand erhöhte sich um 4,2 % auf 30,3 Mrd. €, v. a. aufgrund überproportionaler Zuwachsraten in Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen. Bei den Sachinvestitionen, insbesondere den Baumaßnahmen, hat sich der Rückgang fortgesetzt: Die Sachinvestitionen betrugen 18,6 Mrd. € nach 19,7 Mrd. € im Vorjahr, wobei der Rückgang teilweise auf Ausgliederungen zuvor im Haushalt veranschlagter kommunaler Betriebe zurückzuführen ist.

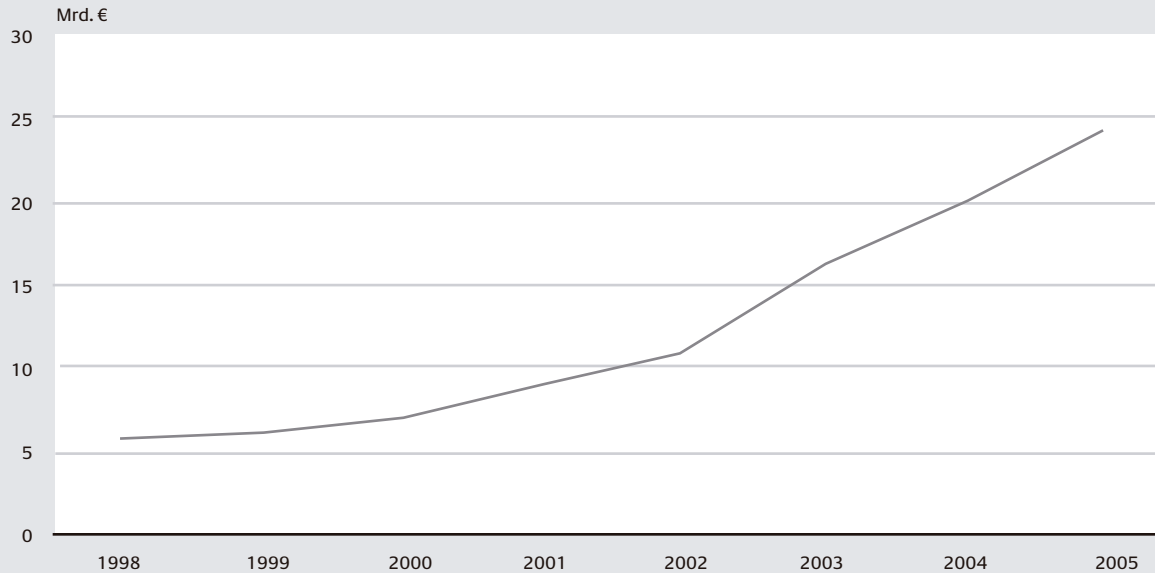
Der Bestand an Kassenkrediten nahm erneut zu. Er stieg um 4,0 Mrd. € auf 23,9 Mrd. € und damit in etwa um den gleichen Betrag wie im Vorjahr (2004: + 3,9 Mrd. €). Durch diese dauerhafte Inanspruchnahme von Kassenkrediten wird der Grundsatz, wonach Kredite grundsätzlich nur für investive Zwecke und Kassenkredite lediglich zur Finanzierung kurzzeitiger Liquiditätsengpässe verwendet werden dürfen, immer stärker durchbrochen.

In den alten Ländern beliefen sich die Kassenkredite in 2005 durchschnittlich auf 347 € je Einwohner, in den neuen Ländern auf 150 € je Einwohner (siehe Tabelle 3, S. 54). Die kommunalen Kassenkredite bezogen auf die Einwohnerzahl stiegen damit in den neuen Ländern (+ 32 %) schneller als in den alten Ländern (+ 19 %). Wie bereits in den Vorjahren war der Kassenkreditbestand durch eine starke Streuung gekennzeichnet: Während die Kassenkredite in Sachsen, Bayern, Baden-Württemberg und Thüringen lediglich rund 30 € je Einwohner betrugen, lagen sie in den Ländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland bei Werten zwischen 504 € und 976 € pro Kopf. Jedoch sind auch innerhalb von Ländern mit hohen Werten die Belastungen unterschiedlich verteilt: So entfielen beispielsweise Ende 2004 in Nordrhein-Westfalen 77 % des Kassenkreditbestandes auf die Gemeindegruppe der einwohnerstarken 23 kreisfreien Städte. Der Rückgang des Finanzierungsdefizits bei weiter steigenden Kassenkrediten verstärkt die Vermutung einer größer werdenden Kluft zwischen strukturschwachen und -starken Gemeinden.

**Tabelle 2: Entwicklung der Ausgaben im Jahr 2005 (ohne Stadtstaaten),  
Veränderungen der wesentlichen Ausgaben gegenüber 2004 in %**

Ausgaben	Kommunen alte Länder	Kommunen neue Länder	Kommunen insgesamt
Personal	+ 2,0	– 3,3	+ 1,1
Sachaufwand	+ 4,9	+ 0,5	+ 4,2
Soziale Leistungen	+ 8,5	+ 26,4	+ 11,0
Zinsen	– 0,5	– 3,2	– 0,9
Sachinvestitionen	– 3,5	– 12,9	– 5,6
(darunter: Baumaßnahmen)	(– 4,5)	(– 14,0)	(– 6,9)
Ausgaben insgesamt	+ 3,1	+ 1,5	+ 2,8

**Abbildung 3: Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände  
(insgesamt, ohne Stadtstaaten)**



### 3 Beitrag des Bundes zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte

Die grundsätzlich positive Entwicklung der kommunalen Haushalte ist auch auf Entscheidungen des Bundesgesetzgebers zurückzuführen. Nicht zuletzt die Umsetzung der Ergebnisse der Gemeindefinanzreformkommission hat die Situation der Gemeindefinzen dauerhaft verbessert: Die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer wurde verbreitert, die Gewerbesteuerumlage abgesenkt und die Belastung der Kommunen aus Sozialleistungen im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum einheitlichen Arbeitslosengeld II um jährlich 2,5 Mrd. € verringert. An diesem Ziel wird unverändert festgehalten. Dadurch, dass 2005 und 2006 die Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten von Langzeitarbeitslosen bei 29,1 % belassen wurde, wird diese Zusage aus der Koalitionsvereinbarung nach Auffassung des Bundes sogar übertroffen. Voraussetzung ist, dass die Länder zu einer vollen Weitergabe ihrer Entlastungen an die Kommunen stehen. Ab dem Jahr 2007 muss die Bundesbeteiligung gesetzlich neu geregelt werden.

Mit Blick auf die Gesamtheit der öffentlichen Haushalte weist auch die Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom März 2006 darauf hin, „dass für den starken Defizitanstieg nach dem Jahr 2000 zwar auch konjunkturelle Einflüsse eine Rolle gespielt haben. Ausschlaggebend war aber der Rückgang der strukturellen Einnahmenquote ...“. Ohne die bereits beschlossene Erhöhung der Umsatzsteuer, die unter allen Alternativen die am wenigsten schädliche ist, wird dieses strukturelle Problem der Einnahmenseite öffentlicher Haushalte nicht gelöst werden können. Von der Streichung steuerlicher Ausnahmetatbestände, dem Abbau von Steuersubventionen im Einkommensteuerrecht und der Abschaffung der Eigenheimzulage profitieren auch die kommunalen Einnahmen.

Eine solide Haushaltsführung ist Voraussetzung für mehr Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Umgekehrt sind die öffentlichen Haushalte nur mit mehr Wachstum, mehr Beschäftigung sowie stabilen sozialen Sicherungssystemen zu konsolidieren. Dem trägt die wirtschafts- und finanzpolitische Strategie der Bundesregierung Rechnung. Mit der Finanzpolitik der „doppelten Tonlage“ wird die Haushaltskonsolidierung vorangebracht und gleichzeitig wer-

**Tabelle 3: Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände  
(ohne Stadtstaaten)**

2005	Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände in den alten Ländern								
	Bayern	Baden-Württemberg	Schleswig-Holstein	alte Länder durchschnittlich <sup>1</sup>	Hessen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
in € je Einwohner	29	32	98	347	422	504	583	690	976
Veränderung ggü. Vorjahr in € je Einwohner	+ 6	+ 8	- 56	+ 56	+ 72	+ 62	+ 115	+ 117	+ 51

2005	Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände in den alten Ländern								
	Schleswig-Holstein	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Hessen	Rheinland-Pfalz	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	alte Länder insgesamt <sup>1</sup>
in Mio. €	278	346	364	1 027	2 568	2 802	4 032	10 526	21 943

2005	Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände in den neuen Ländern					
	Sachsen	Thüringen	neue Länder durchschnittlich <sup>1</sup>	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt
in € je Einwohner	27	32	150	204	258	322
Veränderung ggü. Vorjahr in € je Einwohner	+ 2	- 1	+ 37	+ 75	+ 38	+ 104

2005	Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände in den neuen Ländern					
	Thüringen	Sachsen	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	neue Länder insgesamt <sup>1</sup>
in Mio. €	75	115	350	661	801	2 002

Quelle: Statistisches Bundesamt; Schulden der öffentlichen Haushalte, für 2005 Kassenstatistik.  
<sup>1</sup> Ohne Stadtstaaten.

den gezielte Impulse gesetzt, um die Weichen für Wachstum und Beschäftigung zu stellen. Dazu gehören als wichtige Pfeiler das Impulsprogramm

der Bundesregierung sowie die Entlastung von Lohnnebenkosten, die aus Teilen der Erhöhung der Umsatzsteuer finanziert werden sollen.

## 4 Familienförderung: Unterstützung der Kommunen in der Kinderbetreuung

Zu einer fairen Verteilung von Chancen und Möglichkeiten gehört ein funktionierendes Bildungs- und Betreuungssystem. In der Kinderbetreuung haben die Kommunen – nach den Eltern – mit Kinderkrippen, Kindergärten und Horten die erste Zuständigkeit.

Für Kinder im Alter unter drei Jahren ist gemäß Achtem Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vorzuhalten. Plätze sind mindestens für Kinder vorzuhalten, deren beide Elternteile oder allein erziehender Elternteil erwerbstätig sind, sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme befinden oder weil ansonsten eine ihrem Wohl entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist. Die zur Erfüllung dieser Verpflichtung notwendige Einrichtung von 230 000 zusätzlichen Betreuungsplätzen ist gemäß Tagesbetreuungsausbaugesetz und Koalitionsvereinbarung bis zum Jahr 2010 umzusetzen. Der Bund unterstützt die Kommunen dabei nachhaltig: Für den Ausbau der Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder stehen jährlich 1,5 Mrd. € aus der Entlastung der Kommunen durch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Verfügung.

Für Schulkinder ist laut SGB VIII – wie für Kinder im Alter unter drei Jahren – ein bedarfsgerechtes Angebot vorzuhalten, wobei allerdings keine Mindeststandards vorgegeben sind. Der Bund unterstützt den Bau von Ganztagschulen mit dem Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“. Die hierfür geplanten Bundesmittel in Höhe von rund 4 Mrd. € sollen bis zum Ende der Legislaturperiode abrufbar bleiben.

## 5 Föderalismusreform: „Großer und grundlegender Schritt“

Der Gesetzentwurf zur Föderalismusreform basiert in weiten Teilen auf der Arbeit der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung, in der auch die kommunalen Spitzenverbände eingebunden waren. Durch Bundesgesetze, die die Länder als eigene Angelegenheit ausführen, sollen Gemeinden und Gemeindeverbänden künftig unmittelbar keine Aufgaben mehr übertragen werden dürfen (Art. 84 Abs. 1 GG neu). Dasselbe soll gemäß Art. 85 Abs. 1 GG (neu) auch für Gesetze im Bereich der Bundesauftragsverwaltung gelten. Diese für die Kommunen wichtige Änderung bewirkt, dass die in den Landesverfassungen verankerten Konnexitätsregelungen zwischen Ländern und Kommunen zukünftig uneingeschränkt greifen.

Neben diesem „großen und grundlegenden Schritt“ (Deutscher Landkreistag) werden Länder und Kommunen davon profitieren, dass die angestrebte Föderalismusreform den Ländern zusätzlichen Gestaltungsspielraum zukommen lässt. Dieser gewährt ihnen bei der Anpassung an landesspezifische Notwendigkeiten weitere Flexibilität, um ihrer gestärkten Erstverantwortung für Städte und Gemeinden gerecht zu werden. Die Länder sind es, die für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen zuständig sind und mit dem kommunalen Finanzausgleich über das geeignete Instrument zur Berücksichtigung finanzieller Schieflagen einzelner Gemeinden verfügen. Auch sind sie die richtigen Adressaten für Forderungen kommunaler Vertreter nach einem höheren Anteil an den aus den Maßnahmen der Koalition resultierenden Steuermehreinnahmen.

In der Anhörung von Bundestag und Bundesrat zu den Gesetzentwürfen und Anträgen zur Föderalismusreform waren die Kommunen mit außerordentlichen Befugnissen vertreten. Die drei kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Landkreistag waren nicht nur als Sachverständige anwesend. Ihnen wurde das Recht eingeräumt, sich ebenso wie Bund und Länder an der Anhörung mit einem Fragerecht an die Sachverständigen aktiv zu beteiligen.

## 6 Ausblick: Weiterer Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen

Die kommunalen Steuereinnahmen werden sich nach den Ergebnissen der aktuellen Steuerschätzung im Jahr 2006 und in den Jahren 2008 bis 2010 – ausgehend vom hohen Niveau des Jahres 2005 – jeweils besser entwickeln als die Steuereinnahmen von Bund und Ländern (vgl. Tabelle 4). Insbesondere die Gewerbesteuer trägt durch ihre dynamische Entwicklung hierzu bei. Im Jahr 2006 werden die Kommunen bei der Gewerbesteuer im dritten Jahr in Folge Rekorderlöse erzielen.

Im Jahr 2007 wird der Zuwachs der kommunalen Steuereinnahmen voraussichtlich geringer sein als bei Bund und Ländern – u. a. aufgrund der verbesserten Abschreibungsbedingungen und der Mehrwertsteuererhöhung, die wegen ihrer nur teilweisen Überwälzbarkeit die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer mindert. Neben eigenen Steuereinnahmen partizipieren die Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich mittelbar auch an den Einnahmen der Länder aus der Mehrwertsteuererhöhung.

**Tabelle 4: Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften in den Jahren 2005 bis 2010**  
Ergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ (8. bis 11. Mai 2006)  
– in Mrd. € –

Gebietskörperschaft	IST	Schätzung				
	2005	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Bund</b>	<b>190,2</b>	<b>193,9</b>	<b>210,2</b>	<b>216,3</b>	<b>222,7</b>	<b>227,8</b>
Veränderung ggü. dem Vorjahr – in % –	1,7	1,9	8,5	2,9	2,9	2,3
<b>Länder</b>	<b>180,4</b>	<b>186,0</b>	<b>195,3</b>	<b>200,5</b>	<b>205,5</b>	<b>211,2</b>
Veränderung ggü. dem Vorjahr – in % –	0,3	3,1	5,0	2,7	2,5	2,8
<b>Gemeinden<sup>1</sup></b>	<b>59,8</b>	<b>62,9</b>	<b>63,8</b>	<b>65,8</b>	<b>69,0</b>	<b>72,6</b>
Veränderung ggü. dem Vorjahr – in % –	6,0	5,2	1,5	3,1	4,8	5,2
dar.: <b>Gewerbesteuer (netto)</b>	<b>25,9</b>	<b>28,1</b>	<b>27,8</b>	<b>28,5</b>	<b>30,5</b>	<b>32,8</b>
Veränderung ggü. dem Vorjahr – in % –	14,1	8,4	– 1,0	2,5	6,9	7,7
<b>EU</b>	<b>21,7</b>	<b>22,8</b>	<b>24,6</b>	<b>24,7</b>	<b>24,2</b>	<b>25,9</b>
Veränderung ggü. dem Vorjahr – in % –	10,5	4,8	8,1	0,4	– 2,0	7,0
<b>Steuereinnahmen insgesamt</b>	<b>452,1</b>	<b>465,5</b>	<b>494,0</b>	<b>507,4</b>	<b>521,3</b>	<b>537,5</b>
Veränderung ggü. dem Vorjahr – in % –	2,1	3,0	6,1	2,7	2,7	3,1

<sup>1</sup>Einschl. Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.



# Die wirtschafts- und finanzpolitische Lage der neuen Mitgliedstaaten sowie der Beitritts- und Kandidatenländer der EU Ende 2005/Anfang 2006

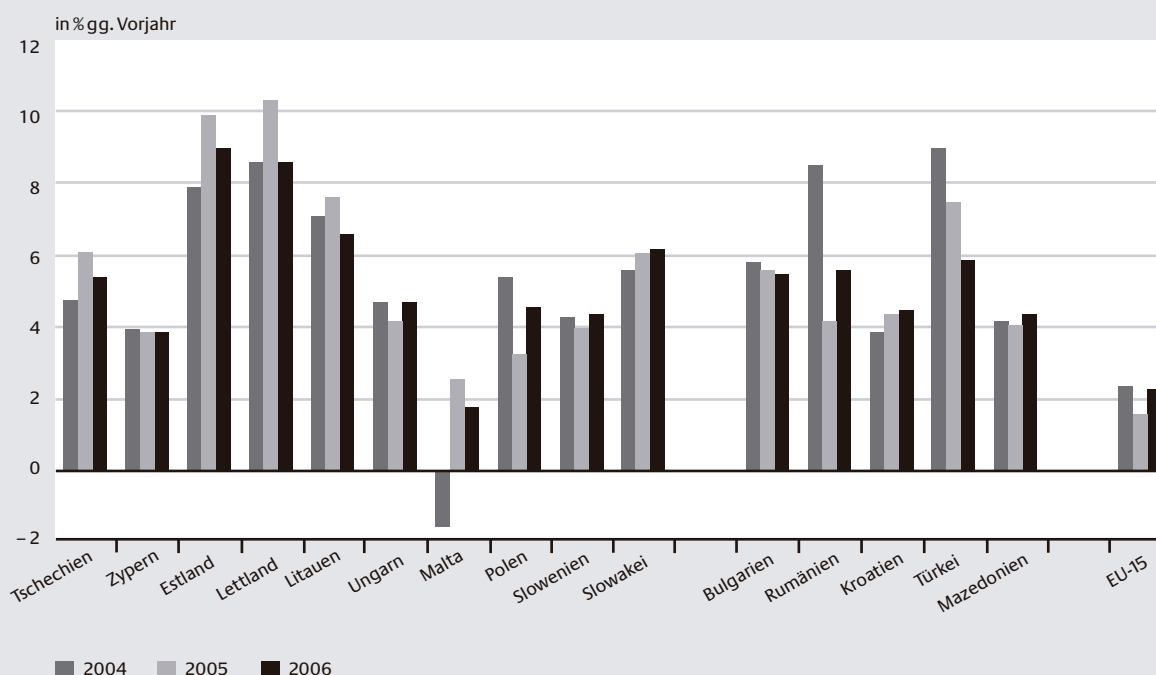
1	Beeindruckende Wirtschaftsentwicklung .....	57
2	Differenzierte Entwicklung der außenwirtschaftlichen Salden .....	59
3	Preisentwicklung und Euroeinführung .....	60
4	Erfolgreiche finanzpolitische Entwicklung .....	62

## 1 Beeindruckende Wirtschaftsentwicklung

Die zehn neuen Mitgliedstaaten der EU haben sich im globalen Wettbewerb gut positioniert und weisen weiterhin eine überdurchschnittliche Wachstumsdynamik auf. Im Jahr 2005 verzeichneten sie ein durchschnittliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 4,6 % und übertrafen damit die Ergebnisse von 2004. Die höchsten Wachstumsraten verbuchten wiederholt die baltischen Staaten mit Werten zwischen

7,5 % (Litauen) und 10,2 % (Lettland). Polen als größte Volkswirtschaft der neuen Mitgliedstaaten wuchs dagegen mit 3,3 % moderater (gegenüber 5,3 % in 2004). Das Wachstum der neuen Mitgliedstaaten basierte auf breiter Basis: Wichtiger Wachstumsträger war die Außenwirtschaft. Die Inlandsnachfrage entwickelte sich etwas verhaltener, jedoch wuchsen die Bruttoanlageinvestitionen mit durchschnittlich 6,7 % wiederholt schneller als das BIP, wobei die öffentliche Investitionsdynamik durch notwendige Budgetkonsolidierungen gedämpft war. Der private

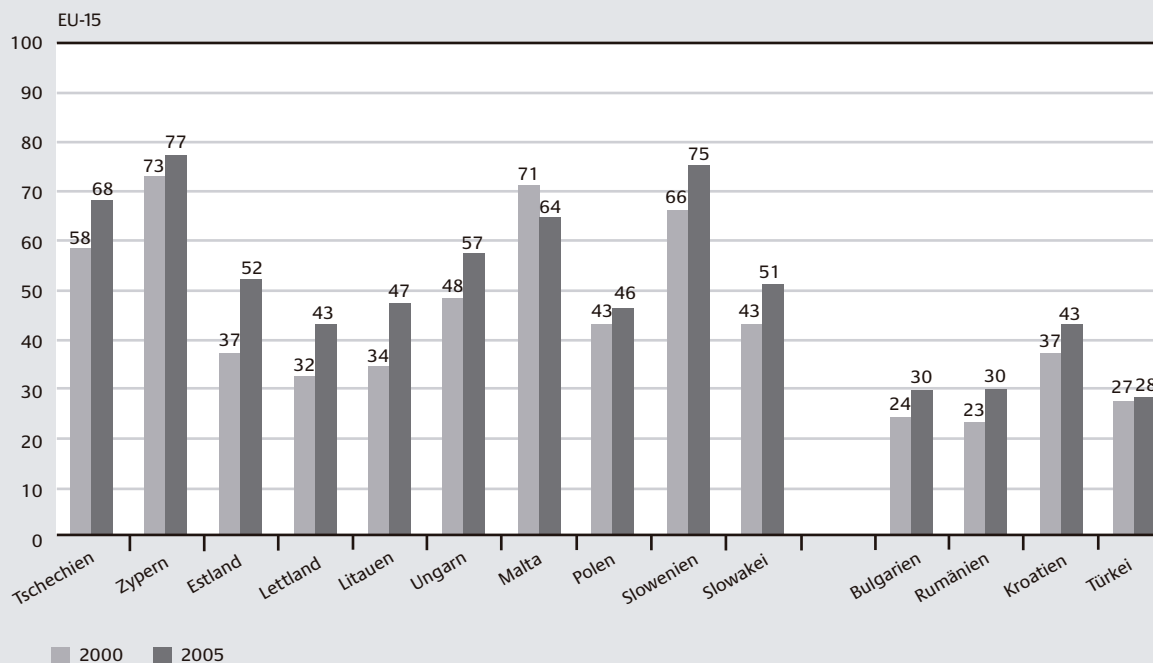
Abbildung 1: Wachstum des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose 8. Mai 2006

## Abbildung 2: Entwicklung des Wohlstandsniveaus

– BIP pro Kopf in % des EU-15-Durchschnitts gemessen in Kaufkraftstandards –



Quelle: Eurostat

Konsum legte um durchschnittlich 3,3% zu. Eine Ausnahme bildeten die baltischen Staaten, in denen die Inlandsnachfrage und die Importe durch die hohe Kreditexpansion und die gestiegene Beschäftigung unterstützt wurden. Auch mittelfristig werden die Volkswirtschaften der neuen Mitgliedstaaten überdurchschnittlich wachsen: In diesem Jahr wird von einem BIP-Zuwachs von durchschnittlich 5% ausgegangen, in 2007 von 4,8%, wobei für die baltischen Staaten auch weiterhin die höchste Wachstumsdynamik erwartet wird.

Auch die Beitrittsländer Rumänien und Bulgarien wiesen im Vorjahr mit 4,1% und 5,5% vergleichsweise hohe BIP-Zuwächse auf, jedoch verzeichnete Rumänien gegenüber 2004 eine Halbierung seiner Wachstumsrate. Damit haben sich die hohen Erwartungen, die mit der Einführung des 16%igen Einheitssteuersatzes (Flat-Tax) im Jahre 2005 verbunden waren, nicht in erhofftem Umfang erfüllt. Aber auch für Rumänien wird wie für Bulgarien mittelfristig von deutlich über 5% Wachstum ausgegangen.

Von den Kandidatenländern wies die Türkei

mit 7,4% 2005 das höchste Wachstum auf, was vor allem von den umfangreichen Investitionen der Unternehmen und der damit verbundenen Nachfrage nach Investitionsgütern getragen wurde. Kroatien und Mazedonien lagen bei 4,3% bzw. 4%. Die Aussichten für diese Ländergruppe bleiben günstig und lassen auch mittelfristig BIP-Zuwächse zwischen 4% und 6% erwarten.

Die seit Jahren gegenüber den 15 alten EU-Mitgliedstaaten (EU-15) deutlich höheren Wachstumsraten in den zehn neuen Mitgliedstaaten und in den Beitritts- und Kandidatenländern haben zu Erfolgen im Prozess der realen Konvergenz geführt und den Aufholprozess beschleunigt. Dazu beigetragen haben neben der Diversifizierung der Exportstruktur, die neben arbeitsintensiven Produkten inzwischen deutliche Zuwächse im mittleren Technologiebereich (u.a. Maschinen- und Fahrzeugbau, Metallverarbeitung) aufweist, auch die Erschließung weiterer und die Rückbesinnung auf angestammte Absatzmärkte. Die Verbesserung der Exportbasis wurde unterstützt durch den hohen Zufluss ausländischer Direktinvestitionen, die in den neuen

Mitgliedstaaten kumuliert ca. 40 % des BIP ausmachen. Lag das BIP pro Kopf der zehn neuen Mitgliedstaaten im Jahr 2000 noch bei 45 % des EU-15-Durchschnitts, so ist es in den letzten fünf Jahren um sieben Prozentpunkte gestiegen und erreichte im Jahr 2005 52 % des Wohlstandsniveaus der Altmitglieder. Die höchsten Steigerungen verzeichneten dabei die baltischen Staaten und Slowenien.

Die Beitrittsländer Rumänien und Bulgarien konnten ihr Pro-Kopf-Einkommen auf 30 % des EU 15-Niveaus erhöhen. Der Türkei gelang im gleichen Zeitraum aufgrund der zu überwindenden Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2000/2001 nur eine Zunahme um einen Prozentpunkt auf 28 % des EU-15-Niveaus.

Die anhaltend gute Konjunktur spiegelt sich in Erfolgen am Arbeitsmarkt wider. In fast allen neuen Mitgliedstaaten und in den Beitrittsländern ist die Beschäftigung gestiegen und die Arbeitslosigkeit zum Teil erheblich zurückgegangen. Besonders deutlich ist dies wiederum in den baltischen Staaten sichtbar. In Polen bleibt – trotz erster Fortschritte – die Arbeitslosigkeit, die sich derzeit mit knapp 17 % auf einem EU-weiten Rekordniveau befindet, eine zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung der neuen Regierung. Auch in der Slowakei ist sie mit ca. 16 % weiterhin vergleichsweise hoch. Insgesamt dürfte sich die positive Entwicklung der Arbeitsmärkte in den nächsten zwei Jahren aber fortsetzen und zu einer weiteren Reduzierung der Arbeitslosigkeit in den neuen Mitgliedstaaten von durchschnittlich 12,5 % in 2005 auf 11,2 % in 2007 führen.

## 2 Differenzierte Entwicklung der außenwirtschaftlichen Salden

Aufgrund der guten Exportentwicklung mit durchschnittlich 15%igen Exportzuwächsen haben sich die Handelsbilanzdefizite in den meisten neuen Mitgliedstaaten im Vorjahr verringert und zu einer Reduzierung der Leistungsbilanzsalden geführt. Im Durchschnitt der zehn neuen Mitgliedstaaten lag das Leistungsbilanzdefizit in 2005 bei 3,8 % des BIP. In Estland und Lettland bleibt es jedoch trotz leichter Reduzierungen mit Werten über 10 % des BIP sehr hoch. Hier hielt die starke Konsum- und Investitionsgüternachfrage das Importwachstum auf hohem Niveau. In Ungarn hat sich gemeinsam mit dem fiskalischen Defizit ein so genanntes Zwillingsdefizit aufgebaut. Einen Sonderfall bildet die Slowakei: Das Leistungsbilanzdefizit hat sich zwar aufgrund hoher Ausrüstungsimporte für die Autoindustrie volumenmäßig mehr als verdoppelt und einen Anteil am BIP von 8,5 % erreicht. Doch die Produktionsaufnahme in den neuen Automobilwerken in diesem Jahr und die damit zu erwartende Erhöhung der Exportkapazität werden zur Verringerung der außenwirtschaftlichen Defizite in diesem und in den nächsten Jahren beitragen.

In den ersten Monaten des Jahres 2006 setzte sich die hohe Dynamik des Außenhandels in den zehn neuen Mitgliedstaaten fort. Diese Tendenz dürfte auch im weiteren Jahresverlauf aufgrund der stärkeren Konjunktur in der EU und der zunehmenden Exportkapazitäten u. a. im Fahrzeugbau anhalten. Doch auch die Importe werden aufgrund anhaltender Investitionen hoch bleiben. Für das laufende Jahr ist insgesamt von einer leichten Erhöhung der außenwirtschaftlichen Defizite auszugehen, das durchschnittliche Leistungsbilanzdefizit dürfte bei etwas über 4 % des BIP liegen.

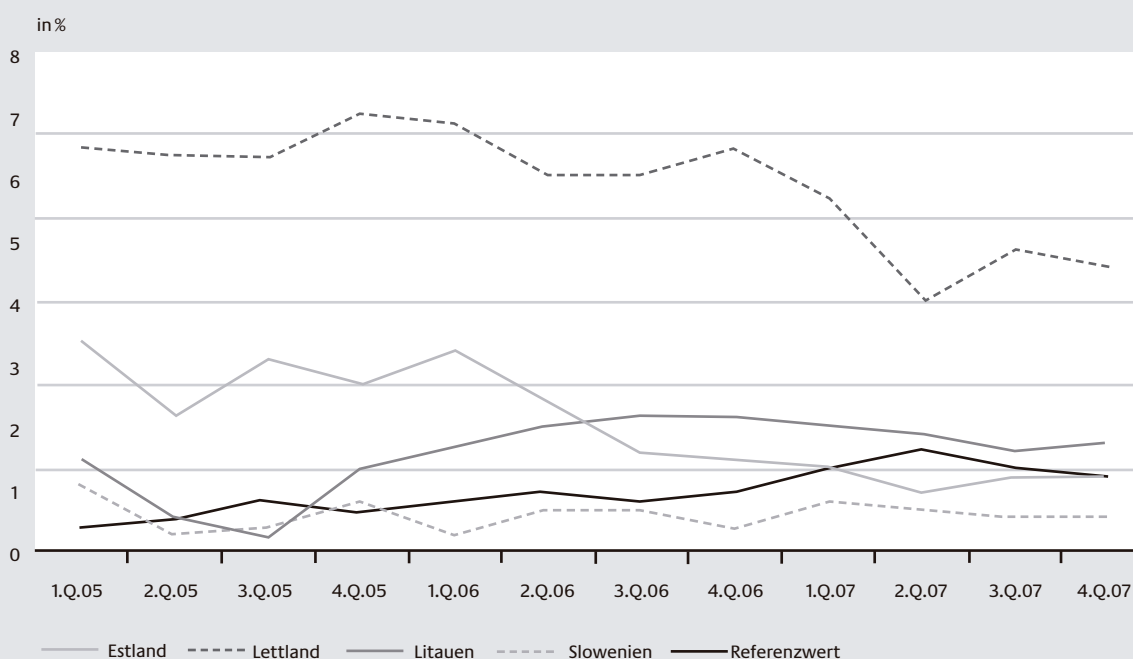
In den Beitritts- und Kandidatenländern haben sich die Handels- und Leistungsbilanzsalden in 2005 aufgrund des konsum- und investitionsgetriebenen Wachstums zum Teil deutlich ausgeweitet. Insbesondere in Bulgarien hat sich das Leistungsbilanzdefizit aufgrund hoher Importe im Vorjahr volumenmäßig mehr als ver-

doppelt und 11,8 % des BIP erreicht. Auch in Rumänien erhöhte sich das Leistungsbilanzdefizit in 2005 auf 8,7 % des BIP. Für beide Länder wird mittelfristig eine weitere Verschärfung der externen Ungleichgewichte erwartet. Kroatien und die Türkei verzeichneten dagegen mit jeweils 6,3 % etwas geringere Leistungsbilanzdefizite, jedoch besteht auch hier die Gefahr einer weiteren Erhöhung. Da der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen zur Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite nicht ausreichte, wurde ein Teil über Kapitalaufnahme im Ausland gedeckt. In Kroatien erreicht die private und öffentliche Auslandsverschuldung inzwischen insgesamt 83 % des BIP.

### 3 Preisentwicklung und Euroeinführung

In den zehn neuen Mitgliedstaaten blieb das Inflationsumfeld trotz hoher Ölpreise, starker Binnennachfrage, rapiden Kreditwachstums und administrativer Preisanpassungen günstig. Der durchschnittliche Verbraucherpreisanstieg lag im Jahr 2005 bei 2,5 % und soll in diesem Jahr auf 2,1 % zurückgehen. Im bisherigen Jahresverlauf blieb der Preisauftrieb gedämpft; ein Risiko birgt die Ölpreisentwicklung. Im April 2006 gehörte Polen mit 1,4 % zu den drei preisstabilsten EU-Ländern. In Ungarn hat die Mehrwertsteuerreduzierung zu Jahresbeginn preisdämpfend gewirkt (3,1%). Von besonderer Wichtigkeit ist die Inflationsentwicklung für die Länder, die eine baldige Euroeinführung planen. Dazu gehören Slowenien und die baltischen Staaten. Slowenien haben die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank im Mai 2006 die Erfüllung der Konvergenzkriterien Haushaltsdefizit (und öffentliche Verschuldung), langfristige Zinsen, Wechselkursstabilität und Preisstabilität bestätigt. Die EU-Kommission hat dem

Abbildung 3: Preisentwicklung in den Euro-Einführungsländern



Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose 8. Mai 2006

Rat entsprechend die Euroeinführung zum 1. Januar 2007 vorgeschlagen. Mit 2,3 % lag die Inflation in den zwölf Monaten bis April 2006 unter dem Referenzwert von 2,7 %. Allerdings wird Slowenien wachsam bleiben müssen, um seine geringe Inflation zu halten. Neben einer vorsichtigen Preis- und einer angemessenen Geldpolitik der Zentralbank hofft die Regierung auch, mit der ab 1. März 2006 geltenden dualen Preisauszeichnung im Handel inflationären Tendenzen entgegenwirken zu können.

Die baltischen Staaten sehen sich mit einem nachfrageinduzierten Inflationsdruck konfrontiert. Die Entwicklung der Verbraucherpreise zeigte in Litauen sowohl im Vorjahr wie im bisherigen Jahresverlauf weiter nach oben, im April 2006 lag der gleitende Zwölfmonatsdurchschnitt bei 2,7 %. Preisdruck geht auch von der Anhebung der Gaspreise durch den Erdgaslieferanten Gasprom und vom anhaltenden Lohnwachstum aus. Die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank kamen zu dem Schluss, dass Litauen den Referenzwert für das Inflationskriterium nicht nachhaltig erfüllt und auf mittlere Sicht die Entwicklung der Inflation mit Aufwärtsrisiken behaftet ist. Die EU-Kommission geht für 2006 von 3,5 % Inflation aus. Damit wird die Euroeinführung nicht wie ursprünglich geplant zu Beginn nächsten Jahres stattfinden. Die litauische Regierung will nun den Beitritt des Landes zum Euroraum erst in 2009 anstreben.

In Estland führten der starke Anstieg der Ölpreise und die gute Konjunktur zu einer erheblichen Inflationsbeschleunigung, die die Regierung veranlasst hat, den ursprünglich zum 1. Januar 2007 geplanten Euro-Beitritts termin per Kabinettsbeschluss um ein Jahr zu verschieben. Die Verbraucherpreissteigerung lag im April 2006 mit jahresdurchschnittlich 4,1 % über dem Preisstabilitätskriterium. Mit Nachlassen des ölpreisbedingten Preisauftriebs und Lohnzuwächsen, die im Einklang mit der Produktivität stehen, dürfte die Inflation in diesem Jahr zwar tendenziell abnehmen. Ein nachhaltiger Inflationsabbau ist jedoch aufgrund der sich andeutenden Überhitzungstendenzen vorerst nicht zu erwarten.

Lettland verzeichnet nach wie vor die höchste Inflation in der EU: Im April 2006 lag der

Verbraucherpreisindex bei 6,9 %. Die Nationalbank versucht, dem anhaltenden Inflationsdruck mit restriktiven geldpolitischen Maßnahmen zu begegnen. Die Preissteigerungen dürften aber auch in diesem Jahr angesichts weiterer Energiepreis- und Verbrauchsteueranpassungen bei insgesamt mehr als 6 % liegen. Deshalb erwägt auch die lettische Regierung eine Verschiebung des zum 1. Januar 2008 geplanten Euroeinführungstermins.

In den Beitrittsländern Bulgarien und Rumänien fielen die Preissteigerungsraten mit 5 % bzw. 9,1 % im Vorjahr höher als erwartet aus. Ursache dafür war u. a. die Hochwasserkatastrophe vom Sommer 2005. In Bulgarien war im bisherigen Jahresverlauf u. a. durch Verbrauchsteuererhöhungen eine weitere Inflationsbeschleunigung auf 6,4 % im April 2006 zu verzeichnen, für das Gesamtjahr 2006 wird von 7 % ausgegangen. Bulgarien beabsichtigt, nach dem für den 1. Januar 2007 vorgesehenen EU-Beitritt im Jahre 2009 den Euro einzuführen. In Rumänien soll eine restriktive Geldpolitik den weiteren Disinflationsprozess und eine Reduzierung des expansiven privaten Konsums unterstützen: Ende Februar 2006 wurden u. a. die Leitzinsen um 100 Basispunkte auf 8,5 % erhöht.

In Kroatien liegen die diesjährigen Inflationsprognosen mit 3,7 % aufgrund administrativer Preisanpassungen über dem Vorjahresergebnis. In der Türkei sollen die fortgesetzte restriktive Geldpolitik und die starke Währung in diesem Jahr zu weiteren Erfolgen im Disinflationsprozess beitragen, die Prognosen für die Preissteigerung liegen bei ca. 7 %.

## 4 Erfolgreiche finanzpolitische Entwicklung

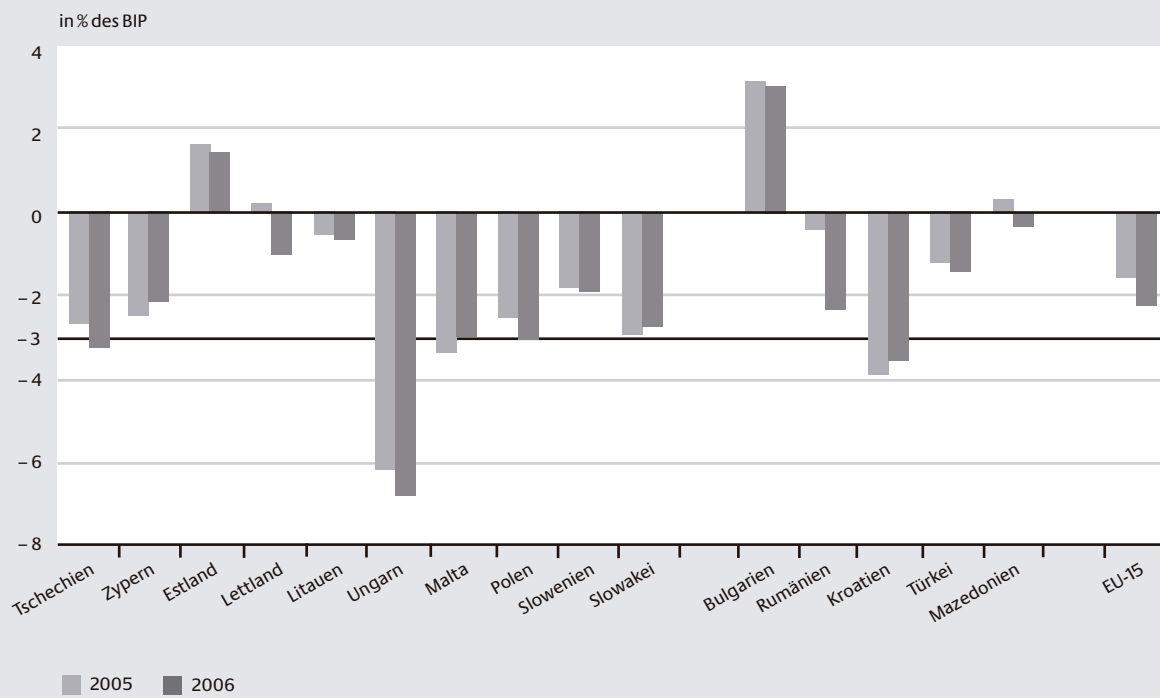
Die Budgetkonsolidierung ist im Vorjahr in den neuen Mitgliedstaaten vorangekommen. Mit Ausnahme von Ungarn und Malta weisen alle Länder ein Defizit von unter 3 % des BIP auf, in Estland und Lettland konnte ein Budgetüberschuss erzielt werden. In Polen und der Slowakei wurde das positive Ergebnis allerdings nur unter Berücksichtigung der Übergangsregel zur defizitmindernden Verbuchung der Rentenreformkosten erreicht, die im Frühjahr 2007 ausläuft. Im Durchschnitt verzeichneten die neuen Mitgliedstaaten in 2005 einen Budgetsaldo von – 2,9 % des BIP. Eine Ausnahme bildet allerdings Ungarn: Das Haushaltsziel wurde im Vorjahr zum wiederholten Male nicht eingehalten und musste mehrfach auf schließlich – 6,1 % des BIP korrigiert werden. Dies führte innerhalb des vorigen Jahres zur zweimaligen Verschärfung des Defizitverfahrens (Anwendung von Art. 104 Abs. 8 EU-V). Das Konvergenzprogramm wurde von der EU-Kommission nicht angenommen, der ECOFIN-Rat hat eine Überarbeitung bis zum 1. September 2006 gefordert. Inzwischen hat die im April 2006 wiedergewählte Mitte-Links-Regierung ihr neues Regierungsprogramm vorgestellt. Es enthält eine Reihe von Stabilisierungsmaßnahmen, die kurzfristige Einschränkungen (u. a. Steuererhöhungen, Subventionsabbau) und langfristige Reformen (u. a. in der öffentlichen Verwaltung und im Gesundheitswesen) vorsehen. Die EU-Kommission geht für 2006 und 2007 von jährlichen Defiziten in Höhe von 6,7 % bzw. 7 % des BIP aus.

Für das laufende Jahr erwartet die EU-Frühjahrsprognose eine leichte Verschlechterung der Budgetsalden der zehn neuen Mitgliedstaaten auf durchschnittlich – 3,3 % des BIP, u. a. wegen Unsicherheiten bei den geplanten Budgetansätzen (Auswirkungen von Steuerreformen etc.). Die Bruttoschuldenstände der neuen Mitgliedstaaten liegen außer in Malta und Zypern unter dem Referenzwert von 60 % des BIP; in Ungarn wäre jedoch ohne grundlegende Konsolidierung in den nächsten Jahren mit einer Überschreitung der Grenze zu rechnen.

Die Haushaltssituation in den Beitrittsländern Bulgarien und Rumänien entwickelt sich

derzeit differenziert: Während in Bulgarien aufgrund der guten Konjunktur und konservativer Einnahmenschätzungen auch in den nächsten Jahren mit Budgetüberschüssen zu rechnen ist, wird in Rumänien bis 2007 ein Anstieg des Budgetdefizits auf – 5,4 % des BIP erwartet (2005: – 0,4 %). Ursächlich dafür ist neben Unsicherheiten über die Umsetzung geplanter Ausgaben- und Lohnbeschränkungen die Einrichtung eines Entschädigungsfonds für konfisziertes Eigentum während der kommunistischen Periode. Die Bruttoschuldenstände bleiben in beiden Ländern auch in den kommenden zwei Jahren unter 30 % des BIP. In der Türkei haben das gesunkene Zinsniveau und eine umsichtige Budgetpolitik dazu beigetragen, dass das öffentliche Defizit auf 1,2 % des BIP reduziert werden konnte. Bei Fortführung der Konsolidierungsmaßnahmen dürfte es weiter sinken, der Bruttoschuldenstand soll in 2007 nur noch leicht über der Grenze von 60 % des BIP liegen.

Abbildung 4: Budgetsalden



Quelle: EU-Kommission, Frühjahrsprognose 8. Mai 2006





# Bündnisse gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung

1	Einleitung .....	65
2	Ausmaß der Schwarzarbeit bzw. Schattenwirtschaft .....	66
3	Vorstellung der einzelnen Bündnisse .....	69
4	Inhalte der Bündniserklärungen .....	70
5	Umsetzung der Bündniserklärungen und Ausblick .....	71

## 1 Einleitung

Mit dem neuen Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz vom 1. August 2004<sup>1</sup> wurden unter anderem der Schwarzarbeitsbegriff erstmals klar definiert, Vorschriften aus verschiedenen Gesetzen zusammengeführt, Prüfungsbefugnisse der Behörden erweitert und bestehende Gesetzeslücken geschlossen. Zum 1. Januar 2004 waren bereits die Aufgaben der Bekämpfung der Schwarzarbeit, die vorher von der Zollverwaltung und der damaligen Bundesanstalt für Arbeit wahrgenommen wurden, bei der Zollverwaltung gebündelt worden. Mit einer Strategie aus Prävention und erhöhtem Verfolgungsdruck sind heute rund 6 200 Arbeitskräfte der Zollverwaltung gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung im Einsatz, um die Schwarzarbeit intensiver zu bekämpfen. Die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung ist jedoch nicht alleinige Aufgabe des Staates. Schwarzarbeit schädigt durch Milliardenausfälle nicht nur die Sozialkassen und die öffentlichen Haushalte, sondern auch die gesetzestreuen Unternehmer und Arbeitnehmer, die durch die illegale Konkurrenz keine faire Chance im Wettbewerb mehr haben. Dagegen müssen sich auch Wirtschaft und Gewerkschaften wehren. Gegen die Verbreitung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung hilft nur breit angelegtes bürgerschaftliches Engagement. Mit dieser Zielsetzung hat das Bundesministerium der Finanzen

bereits mit Verbänden und Gewerkschaften von zwei besonders von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung betroffenen Wirtschaftsbranchen „Aktionsbündnisse gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung“ geschlossen. So gehen bereits seit September 2004 die Verbände des Baugewerbes und die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) gemeinsam mit dem Bundesministerium der Finanzen im Bündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung in der Bauwirtschaft vor. Diesem Beispiel folgend, schlossen sich in einigen Bundesländern regionale Bündnisse zusammen. Zuletzt begründeten das Bundesministerium der Finanzen sowie das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am 13. April 2006 mit den Arbeitgeber-Spitzenverbänden und der Gewerkschaft ver.di ein Aktionsbündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung im Speditions-, Transport- und Logistikgewerbe. Zentraler Bestandteil der Bündnisse ist eine Erklärung, in der die Partner ihre gemeinsamen Überzeugungen, Maßnahmen und Zielsetzungen für die Öffentlichkeit erkennbar niedergelegt haben.

<sup>1</sup> Gesetz zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung vom 23. Juli 2004, BGBl. I 2004, S. 1842 ff.

## 2 Ausmaß der Schwarzarbeit bzw. Schattenwirtschaft

Die Bündnispartner gehen in ihren gemeinsamen Erklärungen davon aus, dass die Schwarzarbeit in Deutschland in vielen Branchen ein alarmierendes Niveau erreicht hat. Dabei liegt es in der Natur der Schwarzarbeit, dass Umfang und Entwicklung der Schwarzarbeit nicht genau errechnet und mit absoluten Zahlen belegt werden können. Die Unsicherheit spiegelt sich auch in großen Schätzunterschieden aktuell vorliegender empirischer Studien wider.

### Ergebnisse einer Studie der Forschungsabteilung der Rockwool-Foundation

Eine oft zitierte empirische Studie der Forschungsabteilung der Rockwool-Foundation<sup>2</sup> kommt auf Basis wiederholter Befragungen zu dem Ergebnis, dass die Schwarzarbeit in Deutschland von 2001 bis 2004 um rund 25 % zurückgegangen ist. Weitere wesentliche Ergebnisse:

- Der Anteil schwarz geleisteter Arbeitsstunden an allen Arbeitsstunden liegt 2004 bei 3,1 %, nach 4,1 % in 2001. Bei angenommener gleicher Stundenproduktivität von schwarzer und legaler Arbeit entsprechen diese Angaben zugleich dem Wertschöpfungsanteil der Schwarzarbeit.
- Gemessen in Vollarbeitsplätzen entsprach die Schwarzarbeit 1,63 Mio. Beschäftigten in 2001 bzw. 1,26 Mio. Beschäftigten in 2004. Die Forscher gehen allerdings davon aus, dass sich bei Wegfall der Schwarzarbeit nur rd. ein Drittel in reguläre Beschäftigung umwandeln ließe.
- Das relative Ausmaß bzw. die Verteilung der Schwarzarbeit kann auch dargestellt werden, indem man die gearbeiteten Schwarzarbeitsstunden als Verhältnis zu den regulär gearbeiteten Stunden jeder Branche ausdrückt. Im Jahr 2001 fand sich mit 15,8 % der größte Wert im primären Sektor, gefolgt von 12,9 % im Bausektor sowie 8,6 % im Hotel- und Gaststättengewerbe. Im Bereich von Transport und Telekommuni-

kation lag der Wert bei 3,2 %. 2004 betrug das Verhältnis der geleisteten Schwarzarbeitsstunden gemessen an den regulären Arbeitsstunden im primären Sektor 2,4 %. Der entsprechende Wert im Baugewerbe betrug nunmehr 19,3 %, im Hotel- und Gaststättengewerbe 4,8 %, während er im Bereich Transport und Telekommunikation nunmehr 5,4 % erreichte.

### Untersuchungsergebnisse des IAW Tübingen und von Prof. Friedrich Schneider

Gegenstand von makroökonomischen Untersuchungen des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) Tübingen und von Prof. Friedrich Schneider ist das Volumen der Schattenwirtschaft; dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Schattenwirtschaft gegenüber der Schwarzarbeit breiter abgegrenzt ist. Der Umfang der Schattenwirtschaft wird für das Jahr 2006 auf rund 345 Mrd. € geschätzt und liegt damit mit 14,9 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erstmals seit 1999 wieder unter 15 %.<sup>3</sup>

**Tabelle 1: Entwicklung der Schattenwirtschaft in Deutschland**

Jahr	Volumen der Schattenwirtschaft in Mrd. €	in % des BIP
2003	370,0	17,1
2004	356,1	16,2
2005	346,2	15,6
2006	345,5	14,9

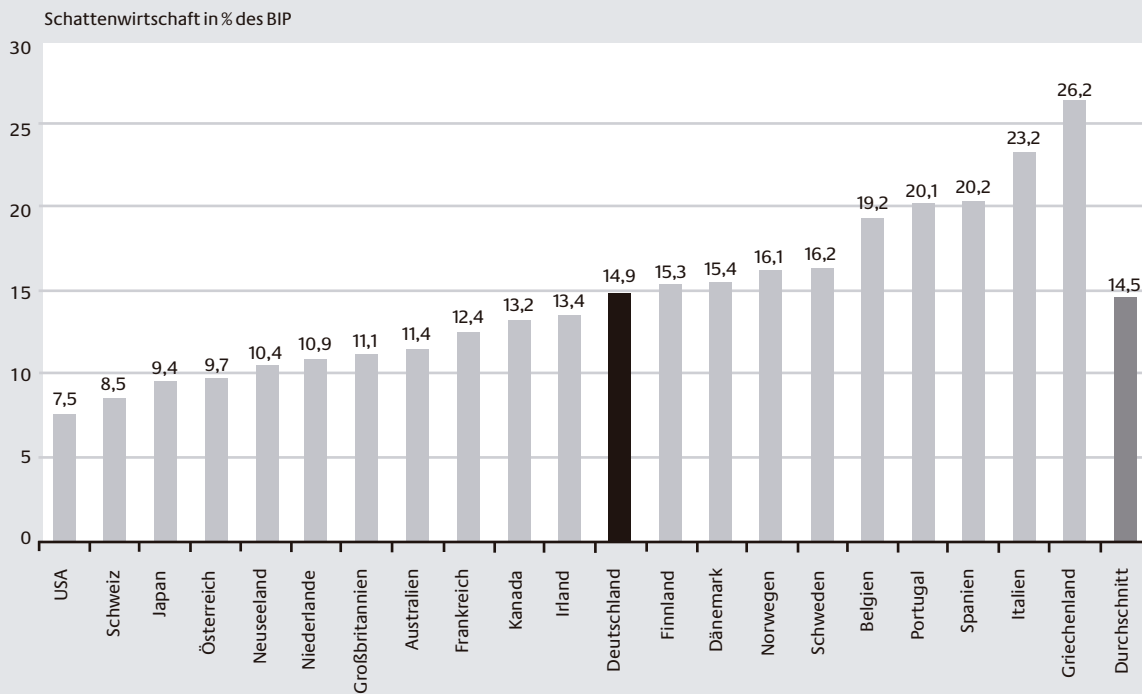
Quelle: Schätzung des IAW und von Prof. Friedrich Schneider.

Im internationalen Vergleich liegt Deutschland mit einem prognostizierten Anteil der Schattenwirtschaft von 14,9 % des offiziellen Bruttoinlandsprodukts weiterhin im Mittelfeld von 21 OECD-Ländern.

<sup>2</sup> Lars P. Feld / Claus Larsen, Black Activities in Germany in 2001 and in 2004, A Comparison Based on Survey Data, Study No. 12, The Rockwool Foundation Research Unit, Copenhagen 2005.

<sup>3</sup> Pressemitteilung des IAW Tübingen vom 24. Januar 2006.

**Abbildung 1: Die Größe der Schattenwirtschaft in 21 OECD-Ländern unter Verwendung des Bargeldnachfrageansatzes und des DYMIMIC-Verfahrens – 2006**



Quelle: Pressemitteilung des IAW Tübingen vom 24. Januar 2006

Die Prognose beinhaltet auch eine Verteilung der Schattenwirtschaft auf die einzelnen Wirtschaftszweige. Danach werden 2006 im Baugewerbe und im Handwerk (inkl. Reparaturen) mit 131,4 Mrd. € rund 38 % des schattenwirtschaftlichen Volumens in Deutschland erwirtschaftet. Andere Gewerbe- und Industriebetriebe (Kfz, Maschinen) sowie das Hotel- und Gaststättengewerbe steuern dazu jeweils 58,7 Mrd. € (je 17 %) bei. Sonstige Dienstleistungen, wie z. B. Nachhilfeunterricht, Friseur oder Babysitten, folgen mit 51,8 Mrd. € (15 %).

Sieht man von Unterschieden in der definitiven Abgrenzung ab, so sind die Abweichungen der verschiedenen Studien im Wesentlichen methodisch bedingt. Makroökonomische Ansätze wie die sog. Bargeldmethode von Professor

Friedrich Schneider neigen nach der Auffassung der meisten Experten zu Überschätzungen, Befragungen (Rockwool-Studie) dagegen zu Unterschätzungen der Schwarzarbeit. Für das genaue Ausmaß der Schwarzarbeit besteht damit eine beträchtliche Unsicherheitsmarge.<sup>4</sup>

Sowohl die Forscher der Rockwool-Foundation als auch das IAW und Professor Friedrich Schneider stellen unabhängig voneinander und nach alternativ angewandten Methoden gleichermaßen einen deutlichen Rückgang der Schwarzarbeit bzw. Schattenwirtschaft fest.

<sup>4</sup> Mit dem methodischen Hintergrund der bei verschiedenen Untersuchungen zu verzeichnenden, teils erheblichen Divergenzen hat sich auch Prof. Walter A. S. Koch in seinem Beitrag „Das Schwarzarbeits-Änigma“ in Heft 11/2005 des HWWA-Wirtschaftsdiensts befasst. Er hat damit eine lebhafte wissenschaftliche Diskussion ausgelöst, die in Beiträgen von Prof. Friedrich Schneider (mit Dominik H. Enste) und einem weiteren Beitrag von Prof. Koch im Wirtschaftsdienst 3/2006 Niederschlag gefunden hat.

## Umfrageergebnisse des Instituts für Angewandte Sozialforschung Allensbach

Auch die Einstellung der Deutschen zur Schwarzarbeit scheint sich in den vergangenen Jahren verändert zu haben. Die Mehrheit der Bevölkerung (55 %) hält 2006 eine härtere Bestrafung der Schwarzarbeit für notwendig.<sup>5</sup> Nur rund ein Drittel (34 %) sieht das Problem eher harmlos und hält Schwarzarbeit für nicht so schlimm. 2002 hatten nur 50 % der Befragten gefunden, dass Schwarzarbeit härter bestraft werden müsse, während sie bei 40 % der Interviewten auf Akzeptanz stieß.

Die von den verschiedenen Studien belegten Trends können als Erfolg der Politik der Bundesregierung auf dem Feld der Schwarzarbeitsbekämpfung insgesamt gewertet werden. Die genannten Studien zeigen aber auch, dass sich die Schwarzarbeit in Deutschland immer noch auf einem beachtlichen Niveau befindet. Auch die

Akzeptanz von Schwarzarbeit in breiten Kreisen der Bevölkerung ist immer noch zu hoch.

## Eckzahlen der Jahresergebnisse der Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung (FKS)

Die Eckzahlen der Jahresergebnisse 2004 und 2005 der FKS vermitteln einen Eindruck von deren effektiven Prüf- und Ermittlungstätigkeit.

Im Einzelnen wurden die in Tabelle 2 dargestellten Ergebnisse erzielt.

Neben der erfolgreichen repressiven Arbeit kommt dem Präventionsgedanken erhebliche Bedeutung zu. Durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird den Bürgerinnen und Bürgern verdeutlicht, dass Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung keine Kavaliersdelikte sind. Notwendig ist die Schaffung eines neuen Unrechtsbewusstseins. Auch dazu wollen die Bündnispartner mit den Bündnissen gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung ihren Beitrag leisten.

<sup>5</sup> Institut für Demoskopie Allensbach, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 9. April 2006.

**Tabelle 2: Jahresergebnisse des Arbeitsbereiches Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung 2004 und 2005 im Vergleich**

	2004	2005	Veränderung ggü. Vorjahr in %
Anzahl der Personenbefragungen	264 500	355 900	35
Schadenssumme (Mio. €) <sup>1</sup>	475,6	562,8	18
Eingeleitete Strafverfahren	91 400	81 300	- 11 <sup>2</sup>
Abgeschlossene Strafverfahren <sup>3</sup>	56 900	81 290	43
Freiheitsstrafen (Jahre)	472	995	111
Geldstrafen (Mio. €)	8,9	21,2	138
Eingeleitete Bußgeldverfahren	51 800	60 100	16
Abgeschlossene Bußgeldverfahren <sup>3</sup>	49 926	53 852	8
Festgesetzte Bußgelder (Mio. €)	32,8	67,0	104

<sup>1</sup> Die im Ermittlungsverfahren nachweisbaren und quantifizierbaren Schäden, die im Schlussbericht an die Staatsanwaltschaft/Verwaltungsbehörde ausgewiesen sind. Mögliche Schäden: Nicht gezahlte Steuern, Sozialversicherungsabgaben, Mindestlöhne, Urlaubskassenbeiträge, erschlichene Sozialleistungen u. a.

<sup>2</sup> Die rückläufige Zahl der eingeleiteten Strafverfahren hängt im Wesentlichen mit Bearbeitung größerer und damit zeit- und ermittlungintensiver Verfahren zusammen. Bringt man dies in Zusammenhang mit den übrigen erzielten Arbeitsergebnissen, z. B. Schadenssummen, zeigt sich, dass die Tätigkeit der FKS nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ verbessert wurde.

<sup>3</sup> Die Zahl der abgeschlossenen Straf- und Bußgeldverfahren bezieht sich nicht ausschließlich auf Verfahren, die 2005 eingeleitet wurden.

### 3 Vorstellung der einzelnen Bündnisse

#### Aktionsbündnis mit der Bauwirtschaft

Bereits am 13. September 2004 wurde das Bündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung in der Bauwirtschaft geschlossen.<sup>6</sup> Als Bündnispartner stehen dem Bundesministerium der Finanzen dabei der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB), der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) zur Seite.

#### Regionale Bündnisse mit der Bauwirtschaft

Dem bundesweiten Vorbild folgten in der Bauwirtschaft einige regionale Bündnisse, um die Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Bauwirtschaft und der FKS vor Ort weiter zu verbessern. Als Vorreiter machte das „Berliner Bündnis für Regeln am Bau“ bereits am 6. Juli 2004 den Auftakt. Bündnisse in Brandenburg („Brandenburger Bündnis für Regeln am Bau“ vom 17. August 2004), Bayern („Bayerisches Aktionsbündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung in der Bauwirtschaft“ vom 27. Oktober 2004) und Rheinland-Pfalz („Rheinland-Pfälzisches Bündnis gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung“ vom 25. Mai 2005) konnten in der Folgezeit geschlossen werden. In Schleswig-Holstein verständigte man sich auf die gemeinsame Herausgabe eines Flyers unter dem Motto „Wir in Schleswig-Holstein – gemeinsam gegen Schwarzarbeit und Lohndumping“. In anderen Bundesländern werden zurzeit intensive Gespräche zum Abschluss von förmlichen Bündniserklärungen geführt. Sehr positiv ist, dass sich auch die jeweiligen Landesregierungen teilweise mit in die Bündnisse einbringen.

### Aktionsbündnis im Speditions-, Transport- und Logistikgewerbe

Am 13. April 2006 konnte das Bundesministerium der Finanzen gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ein bundesweites Aktionsbündnis im Speditions-, Transport- und Logistikgewerbe schließen.<sup>7</sup> Auf Arbeitgeberseite wirken der Bundesverband Möbelspedition (AMÖ), der Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL) sowie der Deutsche Speditions- und Logistikverband (DSLIV) mit. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) vertritt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Branche. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ist im Hinblick auf seine Fachaufsicht über das Bundesamt für Güterverkehr (BAG) in das Aktionsbündnis eingetreten.

#### Gespräche über ein Aktionsbündnis im Hotel- und Gaststättengewerbe

Das Bundesministerium der Finanzen steht im Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes im konstruktiven Dialog mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) sowie dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA). Bislang wurde jedoch kein formelles und öffentlichkeitswirksames Bündnis eingegangen.

<sup>6</sup> Text der Bündniserklärung unter [www.zoll.de](http://www.zoll.de).

<sup>7</sup> Text der Bündniserklärung unter [www.zoll.de](http://www.zoll.de).

## 4 Inhalte der Bündnis- erklärungen

Wesentlicher Bestandteil der Aktionsbündnisse ist eine Erklärung, mit der die Partner ihre gemeinsamen Grundüberzeugungen, konkrete Maßnahmen und Zielsetzungen schriftlich niedergelegt haben. Die Bündniserklärungen sind zum Teil Ergebnis mehrmonatiger langwieriger Verhandlungen unter Leitung des Bundesministeriums der Finanzen.

Die Bündniserklärungen bestehen aus einer Präambel sowie der Beschreibung der gemeinsamen Ziele und Maßnahmen.

Es wird auf das alarmierende Niveau, das Schwarzarbeit in Deutschland in vielen Branchen erreicht hat, verwiesen. Die Folgen für die Arbeitsplätze und die Wettbewerbsbedingungen der Betriebe werden benannt: Verlust von Arbeitsplätzen, weil Unternehmen und Betriebe, die sich an Recht und Gesetz halten, gegenüber der illegalen Konkurrenz keine faire Chance im Wettbewerb mehr haben, sowie nicht weiter hinnehmbare Einnahmeausfälle bei den Sozialversicherungsträgern und dem Fiskus.

Gemeinsame Ziele der Bündnispartner:

- Schaffung eines allgemeinen Bewusstseins für die negativen Folgen von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung,
- fairer Wettbewerb unter gleichen Bedingungen statt ruinöse Preiskonkurrenz durch illegale Praktiken,
- ordnungsgemäße Entrichtung der Steuern und der Beiträge zur Sozialversicherung durch alle Unternehmen der jeweiligen Branche,
- konsequenter Gesetzesvollzug gegenüber Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Auftraggebern bei der Bekämpfung der gewerbsmäßigen Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung,
- Einhaltung gesetzlich vorgegebener sozialer Standards und Arbeitsbedingungen.

Die Bündnispartner versichern sich in den Bündniserklärungen die enge Zusammenarbeit und wollen deshalb insbesondere:

- öffentlich gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung antreten,
- die Information der Öffentlichkeit über die schädlichen Folgen von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung sowie über die Folgen von Gesetzesverstößen verstärken,
- den Informationsfluss zwischen den Verbänden und der Finanzkontrolle Schwarzarbeit vor Ort weiter verbessern,
- unter Leitung des Bundesministeriums der Finanzen einen Arbeitskreis auf Bundesebene einrichten, der praktische Ansätze zur verbesserten Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung in den jeweiligen Branchen erarbeitet und dazu auch die Wirksamkeit der geltenden gesetzlichen Regelungen erörtert.

Auch auf die Rolle der FKS gehen die Bündniserklärungen ein: Die FKS wird weitere intensive Prüfmaßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung durchführen. Dabei werden insbesondere folgende Schwerpunkte im Vordergrund stehen: Regelmäßige Kontrollen auf Baustellen, auf der Straße und auf Betriebsgeländen auch außerhalb allgemein üblicher Arbeitszeiten sowie am Wochenende. Darüber hinaus sollen die Kontrollen verstärkt auch auf aktuelle Verschleierungsformen gewerbsmäßiger Schwarzarbeit wie z.B. Scheinselbstständigkeit ausgerichtet werden.



## 5 Umsetzung der Bündnis- erklärungen und Ausblick

Alle Bündnispartner verbreiten die Bündniserklärung als Ausdruck gemeinsamen Handelns in der Öffentlichkeit. Die notwendige Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften wird durch die Bündnisse verstärkt. In den unter Leitung des Bundesministeriums der Finanzen tagenden Arbeitskreisen findet ein regelmäßiger Dialog statt. Nach den ersten Arbeitskreissitzungen mit der Bauwirtschaft konnten bereits konkrete Maßnahmen realisiert werden. So wird von den Bündnispartnern ein gemeinsames Merkblatt herausgegeben, welches die Kontrollen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung einerseits erleichtern, aber auch ihre Durchführung effektiver gestalten soll. Die erste Sitzung des Arbeitskreises mit dem Speditions-, Transport- und Logistikgewerbe findet in Kürze statt.

Durch die Aktivitäten der Aktionsbündnisse wird die Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung in der Öffentlichkeit nicht nur als hoheitliche, vom Staat und der Verwaltung zu erfüllende Aufgabe erkannt. Die Mitarbeit von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden erhöht die Akzeptanz der vielfältigen staatlichen Maßnahmen zur Intensivierung der Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung. Damit sind die Bündnisse ein wesentlicher Beitrag zu einem Bewusstseins-

wandel, Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung nicht als Kavaliersdelikte einzuordnen.

Das Bundesministerium der Finanzen wird innerhalb der Aktionsbündnisse den regelmäßigen Dialog fortsetzen. Mit weiteren, von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung besonders betroffenen Branchen wird es die Diskussion über den Abschluss von formellen Bündnissen aufnehmen.









## Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	76
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	99
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	103



## Statistiken und Dokumentationen

<b>Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>76</b>
1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen .....	76
2 Gewährleistungen .....	77
3 Bundeshaushalt 2004 bis 2009 .....	77
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009 .....	78
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen gem. Reg.-Entw. 2006 .....	80
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2006 .....	84
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007 .....	86
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen .....	88
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten .....	89
10 Entwicklung der Staatsquote .....	90
11 Entwicklung der öffentlichen Schulden .....	91
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte .....	92
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden .....	93
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich .....	94
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich .....	95
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich .....	96
17 Staatsquote im internationalen Vergleich .....	97
18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006 .....	98
<b>Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....</b>	<b>99</b>
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006 .....	99
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2006 .....	99
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2006 .....	100
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2006 .....	101
<b>Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>103</b>
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung .....	103
2 Preisentwicklung .....	103
3 Außenwirtschaft .....	104
4 Einkommensverteilung .....	104
5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich .....	105
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich .....	106
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich .....	107
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern .....	108
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones .....	109
10 Übersicht Weltfinanzmärkte .....	110

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen<sup>1</sup>

### I. Schuldenart

	Stand: 30. April 2006 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. Mai 2006 <sup>2</sup> Mio. €
Anleihen	531 050	8 000	0	539 050
Bundesobligationen	178 199	0	0	178 199
Bundesschatzbriefe	10 642	163	35	10 770
Bundesschatzanweisungen	120 000	0	0	120 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 749	5 914	5 930	35 733
Finanzierungsschätze	1 657	251	69	1 839
Schuldscheindarlehen	26 424	137	276	26 284
Medium Term Notes Treuhand	266	0	0	266
Kredite aus Wertpapierpensionsgeschäften	1 242	0	0	1 242
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>905 229</b>			<b>913 383</b>

### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. April 2006 Mio. €	Stand: 31. Mai 2006 <sup>2</sup> Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	154 562	154 951
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	306 833	306 438
langfristig (mehr als 4 Jahre)	443 833	451 994
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>905 229</b>	<b>913 383</b>

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

<sup>2</sup> Vorläufig.

## 2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2006 in Mrd. €	Belegung am 31. März 2006 in Mrd. €	Belegung am 31. März 2005 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	106,9	104,0
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	31,2	29,4
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,9	60,3	60,4

## 3 Bundeshaushalt 2004 bis 2009 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2004 Ist  Mrd. €	2005 Ist  Mrd. €	2006 Reg.- Entwurf Mrd. €	2007 2008 2009 Finanzplanung		
				Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €
<b>1. Ausgaben</b>	<b>251,6</b>	<b>259,8</b>	<b>261,7</b>	<b>269,1</b>	<b>272,5</b>	<b>275,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,0	3,3	0,7	2,8	1,3	1,0
<b>2. Einnahmen</b>	<b>211,8</b>	<b>228,4</b>	<b>223,2</b>	<b>246,9</b>	<b>251,0</b>	<b>255,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,6	7,8	- 2,3	10,6	1,7	1,6
darunter:						
Steuereinnahmen	287,0	190,1	192,5	212,3	221,1	228,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 2,5	1,7	1,2	10,3	4,1	3,3
<b>3. Finanzierungsdefizit</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 31,4</b>	<b>- 38,5</b>	<b>- 22,2</b>	<b>- 21,5</b>	<b>- 20,2</b>
<b>Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme (-)</b>	<b>199,6</b>	<b>224,2</b>	<b>234,8</b>	<b>238,1</b>	<b>242,3</b>	<b>241,0</b>
<b>5. Tilgungen (+)</b>	<b>160,0</b>	<b>193,0</b>	<b>196,5</b>	<b>216,2</b>	<b>221,2</b>	<b>221,0</b>
<b>6. Nettokreditaufnahme</b>	<b>- 39,5</b>	<b>- 31,2</b>	<b>- 38,3</b>	<b>- 22,0</b>	<b>- 21,3</b>	<b>- 20,0</b>
<b>7. Münzeinnahmen</b>	<b>- 0,3</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,2</b>	<b>- 0,2</b>
<b>8. Finanzierungssaldo</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 31,4</b>	<b>- 38,5</b>	<b>- 22,2</b>	<b>- 21,5</b>	<b>- 20,2</b>
in % der Ausgaben	15,8	12,1	14,7	8,2	7,9	7,3
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	22,4	23,8	23,2	23,3	23,3	23,4
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 13,0	6,2	- 2,3	0,3	- 0,2	0,7
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	0,3	0,7	3,0	3,0	3,0	3,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009

Ausgabeart	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Reg.-Entw.	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>26 758</b>	<b>26 372</b>	<b>26 245</b>	<b>26 246</b>	<b>26 269</b>	<b>26 240</b>
Aktivitätsbezüge	20 332	19 891	19 827	19 800	19 799	19 742
Ziviler Bereich	8 748	8 537	8 530	8 587	8 657	8 658
Militärischer Bereich	11 584	11 353	11 297	11 212	11 142	11 084
Versorgung	6 426	6 481	6 418	6 446	6 469	6 498
Ziviler Bereich	2 463	2 434	2 337	2 295	2 269	2 243
Militärischer Bereich	3 963	4 047	4 081	4 151	4 201	4 255
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>16 878</b>	<b>17 712</b>	<b>18 068</b>	<b>18 414</b>	<b>18 606</b>	<b>18 905</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 522	1 596	1 475	1 484	1 493	1 505
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 985	7 992	8 426	8 744	9 230	9 626
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 371	8 124	8 167	8 185	7 883	7 773
<b>Zinsausgaben</b>	<b>36 274</b>	<b>37 371</b>	<b>37 991</b>	<b>39 752</b>	<b>41 206</b>	<b>42 618</b>
an andere Bereiche	36 274	37 371	37 991	39 752	41 206	42 618
Sonstige	36 274	37 371	37 991	39 752	41 206	42 618
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	36 230	37 326	37 947	39 708	41 162	42 574
an Ausland	3	3	2	2	2	2
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>148 950</b>	<b>154 274</b>	<b>156 970</b>	<b>160 379</b>	<b>162 845</b>	<b>163 077</b>
an Verwaltungen	14 797	13 921	13 764	12 187	12 391	12 772
Länder	6 735	8 381	8 294	6 579	6 571	6 571
Gemeinden	238	66	39	28	26	24
Sondervermögen	7 823	5 473	5 430	5 580	5 793	6 175
Zweckverbände	1	2	1	1	1	1
an andere Bereiche	134 153	140 353	143 206	148 192	150 453	150 305
Unternehmen	15 062	13 474	16 716	20 027	23 700	23 851
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	25 396	32 747	30 386	27 296	25 884	24 436
an Sozialversicherung	90 079	90 219	92 089	96 908	96 922	98 091
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	783	767	797	805	796	789
an Ausland	2 828	3 140	3 212	3 151	3 146	3 133
an Sonstige	5	5	5	5	5	5
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>228 860</b>	<b>235 728</b>	<b>239 274</b>	<b>244 792</b>	<b>248 925</b>	<b>250 839</b>
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>6 891</b>	<b>7 246</b>	<b>6 967</b>	<b>6 780</b>	<b>6 823</b>	<b>6 848</b>
Baumaßnahmen	5 466	5 779	5 495	5 271	5 343	5 395
Erwerb von beweglichen Sachen	922	961	936	1 002	975	959
Grunderwerb	503	506	536	507	505	493
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>12 912</b>	<b>12 977</b>	<b>13 142</b>	<b>13 481</b>	<b>13 497</b>	<b>13 012</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	12 556	12 617	12 748	13 113	13 150	12 680
an Verwaltungen	5 607	5 587	5 540	5 567	5 171	5 142
Länder	5 516	5 527	5 459	5 497	5 094	5 064
Gemeinden und Gemeindeverbände	91	60	74	70	76	79
Sondervermögen	0	0	6	0	0	0
an andere Bereiche	6 949	7 030	7 209	7 546	7 979	7 538
Sonstige – Inland	0	0	0	0	0	0
Ausland	4 931	4 933	5 047	5 311	5 655	5 171
Sonstige Vermögensübertragungen	2 018	2 096	2 162	2 235	2 324	2 367
an andere Bereiche	356	360	394	368	347	332
Unternehmen – Inland	356	360	394	368	347	332
Sonstige – Inland	1	0	0	0	0	0
Ausland	153	160	174	171	162	157

#### 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2004 bis 2009

Ausgabeart	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Ist	Ist	Reg.-Entw.	Finanzplanung		
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>						
Darlehensgewährung	2 932	3 899	3 501	3 400	3 282	3 898
an Verwaltungen	2 383	3 340	2 913	2 766	2 524	3 086
Länder	68	53	38	26	21	15
Gemeinden	68	53	38	26	21	15
an andere Bereiche	2 315	3 287	2 874	2 740	2 503	3 071
Sozialversicherungen	0	900	0	0	0	0
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	1 384	1 505	1 891	1 753	1 509	2 007
Ausland	931	882	984	987	993	1 064
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	548	559	588	634	758	812
Inland	1	0	0	0	0	0
Ausland	547	558	588	634	758	812
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>	<b>22 734</b>	<b>24 121</b>	<b>23 610</b>	<b>23 662</b>	<b>23 601</b>	<b>23 758</b>
<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben	22 378	23 761	23 216	23 294	23 254	23 426
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>– 1 183</b>	<b>647</b>	<b>– 27</b>	<b>702</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>251 594</b>	<b>259 849</b>	<b>261 700</b>	<b>269 100</b>	<b>272 500</b>	<b>275 300</b>

Stand: Regierungsentwurf gem. Kabinettsbeschluss vom 22. Februar 2006.

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen gem. Reg.-Entw. 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>48 006</b>	<b>43 548</b>	<b>23 810</b>	<b>13 800</b>	–	<b>5 938</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 672	7 396	3 749	1 184	–	2 463
02 Auswärtige Angelegenheiten	6 032	2 858	445	134	–	2 279
03 Verteidigung	27 712	27 343	15 377	11 165	–	801
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 872	2 554	1 801	717	–	36
05 Rechtsschutz	326	308	221	72	–	15
06 Finanzverwaltung	3 390	3 089	2 217	528	–	344
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>12 445</b>	<b>8 906</b>	<b>443</b>	<b>656</b>	–	<b>7 807</b>
13 Hochschulen	2 029	1 103	6	4	–	1 093
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 488	1 488	–	–	–	1 488
15 Sonstiges Bildungswesen	481	424	9	55	–	361
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	7 237	5 588	427	594	–	4 567
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 209	304	1	4	–	299
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>134 442</b>	<b>133 537</b>	<b>196</b>	<b>588</b>	–	<b>132 753</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	86 130	86 130	35	0	–	86 095
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 430	4 429	–	–	–	4 429
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 756	3 524	–	153	–	3 371
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	38 732	38 598	45	372	–	38 181
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	105	105	–	–	–	105
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 289	751	116	62	–	572
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>914</b>	<b>690</b>	<b>220</b>	<b>249</b>	–	<b>222</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	337	307	121	136	–	50
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	337	307	121	136	–	50
32 Sport	127	101	–	21	–	80
33 Umwelt- und Naturschutz	186	147	63	41	–	43
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	264	136	36	50	–	49
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 650</b>	<b>737</b>	<b>2</b>	<b>4</b>	–	<b>731</b>
41 Wohnungswesen	1 131	734	–	3	–	731
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	7	2	2	–	–	–
44 Städtebauförderung	512	–	–	–	–	–
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1 009</b>	<b>551</b>	<b>27</b>	<b>143</b>	–	<b>382</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	651	251	–	1	–	250
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	127	127	–	56	–	71
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	127	127	–	56	–	71
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	230	173	27	85	–	61



## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen gem. Reg.-Entw. 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>971</b>	<b>1 732</b>	<b>1 755</b>	<b>4 458</b>	<b>4 421</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	274	2	0	276	276
02 Auswärtige Angelegenheiten	53	1 550	1 572	3 174	3 172
03 Verteidigung	259	100	10	369	334
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	239	79	–	318	318
05 Rechtsschutz	18	–	–	18	18
06 Finanzverwaltung	127	1	174	302	302
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>129</b>	<b>3 409</b>	<b>–</b>	<b>3 539</b>	<b>3 539</b>
13 Hochschulen	2	925	–	927	927
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	57	–	57	57
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	127	1 522	–	1 649	1 649
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	905	–	906	906
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>11</b>	<b>893</b>	<b>1</b>	<b>905</b>	<b>552</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2	229	1	232	5
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	129	–	134	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	534	0	538	538
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>149</b>	<b>75</b>	<b>–</b>	<b>223</b>	<b>220</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	21	8	–	30	30
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	21	8	–	30	30
32 Sport	–	26	–	26	26
33 Umwelt- und Naturschutz	6	34	–	40	36
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	122	6	–	128	128
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>–</b>	<b>873</b>	<b>40</b>	<b>913</b>	<b>913</b>
41 Wohnungswesen	–	357	40	396	396
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	5	–	5	5
44 Städtebauförderung	–	512	–	512	512
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>25</b>	<b>431</b>	<b>1</b>	<b>457</b>	<b>457</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	400	–	400	400
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	25	31	1	57	57

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen gem. Reg.-Entw. 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 184</b>	<b>3 010</b>	<b>47</b>	<b>352</b>	<b>–</b>	<b>2 611</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	436	412	–	204	–	207
621 Kernenergie	207	207	–	–	–	207
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	–	0	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	228	204	–	204	–	–
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 876	1 856	–	5	–	1 851
64 Handel	94	94	–	56	–	38
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	868	141	–	2	–	138
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 910	508	47	85	–	376
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>10 854</b>	<b>3 475</b>	<b>970</b>	<b>1 878</b>	<b>–</b>	<b>627</b>
72 Straßen	7 200	923	–	824	–	100
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 450	773	468	241	–	64
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	334	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	184	184	43	11	–	130
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 685	1 594	459	802	–	333
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>9 438</b>	<b>5 915</b>	<b>–</b>	<b>16</b>	<b>–</b>	<b>5 899</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	3 946	424	–	16	–	408
832 Eisenbahnen	3 453	84	–	3	–	80
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	493	341	–	13	–	328
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 492	5 491	–	–	–	5 491
873 Sondervermögen	5 430	5 430	–	–	–	5 430
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	62	61	–	–	–	61
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>37 759</b>	<b>38 904</b>	<b>531</b>	<b>381</b>	<b>37 991</b>	<b>1</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	38	–	–	–	–	–
92 Schulden	38 026	38 026	–	35	37 991	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	– 306	878	531	346	–	1
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>261 700</b>	<b>239 274</b>	<b>26 245</b>	<b>18 068</b>	<b>37 991</b>	<b>156 970</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen gem. Reg.-Entw. 2006

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>2</b>	<b>772</b>	<b>1 400</b>	<b>2 174</b>	<b>2 174</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	25	–	25	25
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	21	–	21	21
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	727	–	727	727
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2	–	1 400	1 402	1 402
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>5 629</b>	<b>1 751</b>	<b>0</b>	<b>7 379</b>	<b>7 379</b>
72 Straßen	4 870	1 407	–	6 277	6 277
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	678	–	0	678	678
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	333
75 Luftfahrt	1	–	0	1	1
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	80	12	0	92	92
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>51</b>	<b>3 168</b>	<b>303</b>	<b>3 523</b>	<b>3 523</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	50	3 168	303	3 522	3 522
832 Eisenbahnen	–	3 092	277	3 369	3 369
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	50	76	27	153	153
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	1	–	–	1	1
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	1	–	–	1	1
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>38</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>6 967</b>	<b>13 142</b>	<b>3 501</b>	<b>23 610</b>	<b>23 216</b>

## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2006

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1997	1998
Ist-Ergebnisse									
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>42,1</b>	<b>80,2</b>	<b>110,3</b>	<b>131,5</b>	<b>194,4</b>	<b>237,6</b>	<b>225,9</b>	<b>233,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 3,0	3,4
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>42,6</b>	<b>63,3</b>	<b>96,2</b>	<b>119,8</b>	<b>169,8</b>	<b>211,7</b>	<b>193,5</b>	<b>204,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	0,4	5,8
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>0,6</b>	<b>- 16,9</b>	<b>- 14,1</b>	<b>- 11,6</b>	<b>- 24,6</b>	<b>- 25,8</b>	<b>- 32,5</b>	<b>- 28,9</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 32,6	- 28,9
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	0,1	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>6,6</b>	<b>13,0</b>	<b>16,4</b>	<b>18,7</b>	<b>22,1</b>	<b>27,1</b>	<b>26,8</b>	<b>26,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,7	- 0,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,9	11,4
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	16,2	16,1
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>1,1</b>	<b>2,7</b>	<b>7,1</b>	<b>14,9</b>	<b>17,5</b>	<b>25,4</b>	<b>27,3</b>	<b>28,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	4,9	5,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	12,1	12,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	40,6	42,1
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>7,2</b>	<b>13,1</b>	<b>16,1</b>	<b>17,1</b>	<b>20,1</b>	<b>34,0</b>	<b>28,8</b>	<b>29,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 7,6	1,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	12,8	12,5
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,2	35,5
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>40,2</b>	<b>61,0</b>	<b>90,1</b>	<b>105,5</b>	<b>132,3</b>	<b>187,2</b>	<b>169,3</b>	<b>174,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	- 2,2	3,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,9	74,7
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	87,5	85,3
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	41,5	41,0
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 0,0</b>	<b>- 15,3</b>	<b>- 13,9</b>	<b>- 11,4</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 25,6</b>	<b>- 32,6</b>	<b>- 28,9</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	14,4	12,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	113,0	98,8
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3, 4</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	64,3	88,6
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1119,1	1153,4
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	459,7	488,0

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Februar 2006.

<sup>4</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

## 6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2006

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
		Ist-Ergebnisse							Reg.-Entw.
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>246,9</b>	<b>244,4</b>	<b>243,1</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>251,6</b>	<b>259,8</b>	<b>261,7</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,7
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>220,6</b>	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>211,8</b>	<b>228,4</b>	<b>223,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	- 2,3
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>- 26,2</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 31,4</b>	<b>- 38,5</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 38,3
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>27,0</b>	<b>26,5</b>	<b>26,8</b>	<b>27,0</b>	<b>27,2</b>	<b>26,8</b>	<b>26,4</b>	<b>26,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 0,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	16,1	15,7	15,9	15,7	15,8	15,6	15,5	15,3
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>41,1</b>	<b>39,1</b>	<b>37,6</b>	<b>37,1</b>	<b>36,9</b>	<b>36,3</b>	<b>37,4</b>	<b>38,0</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	16,6	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,5
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	58,9	58,0	56,8	56,3	56,4	56,2	58,4	58,0
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>28,6</b>	<b>28,1</b>	<b>27,3</b>	<b>24,1</b>	<b>25,7</b>	<b>22,4</b>	<b>23,8</b>	<b>23,2</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 2,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,6	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,9
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,7	35,0	34,2	33,2	36,6	33,9	34,9	36,9
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>192,4</b>	<b>198,8</b>	<b>193,8</b>	<b>192,0</b>	<b>191,9</b>	<b>187,0</b>	<b>190,1</b>	<b>192,5</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	1,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	73,6
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	86,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	42,5	42,5	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 26,1</b>	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,9</b>	<b>- 38,6</b>	<b>- 39,5</b>	<b>- 31,2</b>	<b>- 38,3</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	14,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	91,2	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	165,0
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3, 4</sup>	%	82,3	62,0	57,8	61,6	56,4	59,5	57,8	64,4
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 395,0	1 447,4	1 509 1/2
darunter: Bund	Mrd.€	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	911

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Februar 2006.

<sup>4</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

## 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002 <sup>2</sup>	2003 <sup>2</sup>	2004 <sup>2</sup>	2005 <sup>2</sup>	2006	2007
	Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	603,5	609,5	618,3	613,7	626	627 ½	638 ½
Einnahmen	556,3	552,4	549,8	547,2	572	568 ½	600
Finanzierungssaldo	- 47,1	- 57,1	- 68,5	- 66,5	- 54	- 59 ½	- 38 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261 ½	269
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	223	247
Finanzierungssaldo	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 38 ½	- 22
Länder							
Ausgaben	255,1	257,0	258,6	256,1	259,3	256 ½	258 ½
Einnahmen	229,4	227,7	227,0	231,7	235,3	234 ½	243 ½
Finanzierungssaldo	- 25,7	- 29,3	- 31,7	- 24,4	- 24,1	- 22	- 15
Gemeinden							
Ausgaben	147,9	149,2	149,8	149,2	153	155	155
Einnahmen	144,0	144,6	141,4	145,3	150	151 ½	153
Finanzierungssaldo	- 3,9	- 4,6	- 8,4	- 3,8	- 3	- 3	- 2
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	0,7	1,0	1,4	- 0,7	2	½	1 ½
Einnahmen	- 1,6	- 0,7	- 0,5	- 0,5	4½	- ½	5 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	½	3
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	- 2 ½	10 ½
Länder							
Ausgaben	1,8	0,7	0,6	- 1,0	1,3	- 1	1
Einnahmen	- 4,6	- 0,7	- 0,3	2,1	1,6	- ½	4
Gemeinden							
Ausgaben	1,3	0,9	0,4	- 0,4	2½	1	0
Einnahmen	- 2,7	0,4	- 2,2	2,8	3	1	1

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>2</sup> 2002, 2003, 2004: Ist; 2005: Bund und Länder Ist, Gemeinden Schätzung; 2006, 2007: Schätzung.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat Februar 2006.

## 7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002 <sup>2</sup>	2003 <sup>2</sup>	2004 <sup>2</sup>	2005 <sup>2</sup>	2006	2007
	Anteile in %						
<b>Finanzierungssaldo</b>							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,2	- 3,0	- 2½	- 2½	- 1½
darunter:							
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1½	- 1
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1,1	- 1,1	- 1	- ½
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0	- 0	- 0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 7,8	- 9,4	- 11,1	- 10,8	- 8½	- 9½	- 6
darunter:							
Bund	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	- 14½	- 8½
Länder	- 10,1	- 11,4	- 12,2	- 9,5	- 9,3	- 8½	- 6
Gemeinden	- 2,6	- 3,1	- 5,6	- 2,5	- 2	- 2	- 1
<b>Ausgaben in % des BIP (nominal)</b>							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,4	28,6	27,7	28	27½	27
darunter:							
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11½	11½
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,6	11	11
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,7	7	7	6½
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	21,1	20,6	20,4	20,0	20	20	21

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>2</sup> 2002, 2003, 2004: Ist; 2005: Bund und Länder Ist, Gemeinden Schätzung; 2006, 2007: Schätzung.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat Februar 2006.

## 8 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005 <sup>2</sup>	447,9	215,4	232,5	48,1	51,9
2006 <sup>2</sup>	457,4	221,5	236,0	48,4	51,6

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:

Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2005.  
Stand: November 2005.



## 9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 <sup>3</sup>	22,3	40,4	20,6	37,8
2003 <sup>3</sup>	22,3	40,5	20,4	37,6
2004 <sup>3</sup>	21,7	39,6	20,0	36,8
2005 <sup>3</sup>	21,9	39,5	20,1	36,7

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 10 Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherungen <sup>3</sup>
		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	39,1	26,5	12,6
1975	49,9	31,8	18,1
1976	49,1	31,0	18,1
1977	48,7	30,6	18,1
1978	47,5	29,7	17,8
1979	47,2	29,7	17,5
1980	47,9	30,1	17,8
1981	48,8	30,4	18,4
1982	48,9	30,2	18,7
1983	47,7	29,5	18,2
1984	46,9	28,8	18,1
1985	46,3	28,4	17,9
1986	45,4	27,9	17,5
1987	45,8	28,0	17,8
1988	45,3	27,3	18,0
1989	44,0	26,9	17,1
1990	44,5	27,8	16,7
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002 <sup>5</sup>	48,1	26,3	21,7
2003 <sup>5</sup>	48,4	26,4	22,0
2004 <sup>5</sup>	46,9	25,7	21,2
2005 <sup>5</sup>	46,7	25,9	20,8

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESGV 1995.

<sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: Februar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 11 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2002	2003	2004	2005 <sup>3</sup>
	<b>in Mrd. €<sup>1</sup></b>			
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	1 253,2	1 325,7	1 395,0	1 447,4
darunter:				
Bund	719,4	760,5	803,0	872,7
Länder	384,8	415,0	442,9	468,3
Gemeinden	82,7	84,1	84,3	83,5
Sonderrechnungen des Bundes	59,2	58,8	57,3	15,4
	<b>in % der Gesamtschulden</b>			
Bund	57,4	57,4	57,6	60,3
Länder	30,7	31,3	31,8	32,4
Gemeinden	6,6	6,3	6,0	5,8
Sonderrechnungen des Bundes	4,7	4,4	4,1	1,1
	<b>in % des BIP</b>			
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	58,4	61,3	63,0	64,5
darunter				
Bund	33,5	35,2	36,2	39,5
Länder	17,9	19,2	20,0	20,9
Gemeinden	3,9	3,9	3,8	3,7
Sonderrechnungen des Bundes	2,8	2,7	2,6	0,7
<b>nachrichtlich</b>	<b>in % des BIP</b>			
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“	60,3	63,8	65,5	67,7

<sup>1</sup> Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

<sup>2</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

<sup>3</sup> Schätzung.

Stand: Finanzplanungsrat Februar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>3</sup>	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,7	- 1,2	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,2
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,8	- 5,4	- 0,4	- 32,6	- 6,1
1976	- 20,5	- 20,2	- 0,3	- 3,5	- 3,5	- 0,1	- 24,6	- 4,2
1977	- 16,0	- 13,2	- 2,8	- 2,6	- 2,1	- 0,4	- 15,9	- 2,6
1978	- 17,5	- 15,8	- 1,7	- 2,6	- 2,4	- 0,3	- 20,3	- 3,0
1979	- 19,2	- 18,5	- 0,7	- 2,7	- 2,6	- 0,1	- 23,8	- 3,3
1980	- 22,5	- 23,6	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,8
1981	- 32,0	- 34,2	2,2	- 4,0	- 4,3	0,3	- 38,7	- 4,8
1982	- 29,3	- 32,2	2,8	- 3,5	- 3,9	0,3	- 35,8	- 4,3
1983	- 25,5	- 24,8	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,2
1984	- 18,3	- 17,5	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,6
1985	- 10,9	- 12,8	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,1
1986	- 11,6	- 15,7	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,0	- 21,6	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,3	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	0,8	- 7,4	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 25,1	- 34,9	9,8	- 2,0	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,8
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,4
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	-
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 47,1	- 2,2
2002 <sup>5</sup>	- 79,6	- 72,7	- 6,9	- 3,7	- 3,4	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003 <sup>5</sup>	- 86,6	- 78,6	- 8,0	- 4,0	- 3,6	- 0,4	- 68,5	- 3,2
2004 <sup>5</sup>	- 81,2	- 79,9	- 1,3	- 3,7	- 3,6	- 0,1	- 66,5	- 3,0
2005 <sup>5</sup>	- 74,5	- 71,2	- 3,4	- 3,3	- 3,2	- 0,1	- 54	- 2 1/2

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

<sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

<sup>5</sup> Vorläufiges Ergebnis; Stand: Februar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland<sup>1</sup></b>	<b>- 2,9</b>	<b>- 1,1</b>	<b>- 2,0</b>	<b>- 3,2</b>	<b>- 1,2</b>	<b>- 3,7</b>	<b>- 4,0</b>	<b>- 3,7</b>	<b>- 3,3</b>	<b>- 3,1</b>	<b>- 2,5</b>
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	- 0,3	- 0,9
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,0	3,3	1,2	1,0	2,7	4,9	3,9	4,0
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,0	- 4,9	- 5,8	- 6,9	- 4,5	- 3,0	- 3,6
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,0	- 0,3	0,0	- 0,1	1,1	0,9	0,4
Frankreich	0,0	- 2,9	- 2,1	- 5,5	- 1,5	- 3,2	- 4,2	- 3,7	- 2,9	- 3,0	- 3,1
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,1	4,4	- 0,6	0,2	1,5	1,0	0,1	- 0,4
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 1,9	- 2,9	- 3,4	- 3,4	- 4,1	- 4,1	- 4,5
Luxemburg	-	-	4,3	2,3	5,9	2,0	0,2	- 1,1	- 1,9	- 1,8	- 1,5
Niederlande	- 3,8	- 3,4	- 5,1	- 4,0	1,4	- 2,0	- 3,1	- 1,9	- 0,3	- 1,2	- 0,7
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,4	- 5,6	- 1,9	- 0,5	- 1,5	- 1,1	- 1,5	- 1,9	- 1,4
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,2	- 3,2	- 2,9	- 2,9	- 3,2	- 6,0	- 5,0	- 4,9
Finnland	3,9	3,5	5,4	- 6,2	7,0	4,1	2,5	2,3	2,6	2,8	2,5
Schweden	-	-	-	- 7,0	5,0	- 0,2	0,1	1,8	2,9	2,2	2,3
Vereinigtes Königreich	-	-	- 1,6	- 5,8	1,3	- 1,6	- 3,3	- 3,3	- 3,5	- 3,0	- 2,8
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 2,5	- 3,0	- 2,8	- 2,4	- 2,4	- 2,3
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,3	- 2,2	- 2,9	- 2,6	- 2,3	- 2,2	- 2,2
Estland	-	-	-	0,4	- 0,4	1,0	2,4	1,5	1,6	1,4	0,8
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 2,3	- 1,2	- 0,9	0,2	- 1,0	- 1,0
Litauen	-	-	-	- 1,9	- 3,6	- 1,4	- 1,2	- 1,5	- 0,5	- 0,6	- 0,9
Malta	-	-	-	-	- 6,2	- 5,6	-10,2	- 5,1	- 3,3	- 2,9	- 3,2
Polen	-	-	-	- 2,2	- 1,5	- 3,2	- 4,7	- 3,9	- 2,5	- 3,0	- 3,0
Slowakei	-	-	-	- 0,8	-12,2	- 7,7	- 3,7	- 3,0	- 2,9	- 2,7	- 2,1
Slowenien	-	-	-	-	- 3,9	- 2,7	- 2,8	- 2,3	- 1,8	- 1,9	- 1,6
Tschechien	-	-	-	-13,2	- 3,6	- 6,8	- 6,6	- 2,9	- 2,6	- 3,2	- 3,4
Ungarn	-	-	-	-	- 2,3	- 8,4	- 6,4	- 5,4	- 6,1	- 6,7	- 7,0
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 4,5	- 6,3	- 4,1	- 2,4	- 2,1	- 2,0
EU-25	-	-	-	-	0,8	- 2,3	- 3,0	- 2,6	- 2,3	- 2,3	- 2,2
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,7	- 8,2	- 8,0	- 6,3	- 6,5	- 5,8	- 5,4
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 3,8	- 5,0	- 4,7	- 3,8	- 4,1	- 4,4

<sup>1</sup> Angaben für 2000 und 2002 ohne Erlöse aus den Versteigerungen der UMTS-Lizenzen.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für die Jahre 2002 bis 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

## 14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	<b>31,2</b>	<b>40,7</b>	<b>42,3</b>	<b>55,5</b>	<b>59,2</b>	<b>60,3</b>	<b>63,8</b>	<b>65,5</b>	<b>67,7</b>	<b>68,9</b>	<b>69,2</b>
Belgien	74,1	115,2	125,7	129,7	107,7	103,2	98,5	94,7	93,3	89,8	87,0
Dänemark	39,1	75,0	62,0	72,5	51,7	46,8	44,4	42,6	35,8	30,0	26,5
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	111,6	110,7	107,8	108,5	107,5	105,0	102,1
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,5	59,2	52,5	48,9	46,4	43,2	40,0	37,9
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,1	56,7	58,2	62,4	64,4	66,8	66,9	67,0
Irland	69,0	100,5	93,1	81,0	37,8	32,1	31,1	29,4	27,6	27,2	27,0
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,2	105,5	104,2	103,8	106,4	107,4	107,7
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	5,8	5,3	6,5	6,3	6,6	6,2	7,9	8,2
Niederlande	44,0	67,5	73,7	74,0	53,6	50,5	51,9	52,6	52,9	51,2	50,3
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,8	66,0	64,4	63,6	62,9	62,4	61,6
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	55,5	57,0	58,7	63,9	68,4	70,6
Finnland	11,4	16,1	14,1	56,5	44,3	41,3	44,3	44,3	41,1	39,7	38,3
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,0	52,3	52,0	51,8	50,5	50,3	47,6	44,8
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,0	41,2	37,6	39,0	40,8	42,8	44,1	44,7
Euroraum	33,7	50,6	57,0	72,2	69,2	68,1	69,3	69,8	70,8	70,5	70,1
EU-15	–	–	–	69,5	63,0	61,5	63,1	63,4	64,6	64,4	64,0
Estland	–	–	–	–	5,1	5,5	6,0	5,4	4,8	3,6	3,0
Lettland	–	–	–	–	12,3	13,5	14,4	14,6	11,9	11,3	10,9
Litauen	–	–	–	–	23,6	22,3	21,2	19,5	18,7	18,9	19,7
Malta	–	–	–	–	56,0	61,2	71,3	76,2	74,7	74,0	74,0
Polen	–	–	–	–	35,9	39,8	43,9	41,9	42,5	45,5	46,7
Slowakei	–	–	–	–	50,0	43,3	42,7	41,6	34,5	34,3	34,7
Slowenien	–	–	–	–	27,6	29,7	29,1	29,5	29,1	29,9	29,7
Tschechien	–	–	–	–	19,1	28,8	30,0	30,6	30,5	31,5	32,4
Ungarn	–	–	–	–	54,3	55,0	56,7	57,1	58,4	59,9	62,0
Zypern	–	–	–	–	59,9	65,2	69,7	71,7	70,3	69,1	67,8
EU-25	–	–	–	–	61,9	60,5	62,0	62,4	63,4	63,2	62,9
Japan	55,0	72,2	68,6	87,7	136,8	152,0	156,3	157,3	158,9	161,1	162,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,5	60,6	64,2	64,8	65,0	66,0	67,1

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1990 und 2002 bis 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Für die Jahre 1995 und 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

## 15 Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>22,5</b>	<b>24,6</b>	<b>22,3</b>	<b>22,7</b>	<b>22,7</b>	<b>21,1</b>	<b>21,1</b>	<b>20,4</b>
Belgien	24,8	30,2	28,8	30,1	31,5	31,6	31,0	31,5
Dänemark	37,7	43,2	46,7	48,5	48,3	47,5	47,1	48,4
Finnland	29,1	27,8	33,0	31,8	35,9	33,6	32,8	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	27,3	27,0	27,5
Griechenland	15,7	16,2	20,5	21,9	26,4	24,4	22,8	–
Irland	26,4	26,9	28,5	28,1	27,9	24,4	25,3	25,7
Italien	16,2	18,9	26,1	28,2	30,8	30,0	30,4	29,5
Japan	15,3	18,0	21,4	17,7	17,2	15,9	15,6	15,8
Kanada	27,8	27,7	31,5	30,6	30,8	28,9	28,6	28,0
Luxemburg	19,1	29,1	29,8	31,1	30,2	29,9	29,8	29,3
Niederlande	23,1	27,0	26,9	24,4	25,2	25,3	24,7	24,8
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,2	33,8	33,5	35,2
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	29,1	28,6	28,3
Polen	–	–	–	25,8	23,0	23,3	20,0	–
Portugal	14,7	17,0	21,3	23,5	25,5	25,2	25,3	–
Schweden	32,8	33,6	38,7	35,1	39,1	35,0	35,8	36,2
Schweiz	17,0	19,8	19,9	20,3	23,1	22,4	22,0	22,2
Slowakei	–	–	–	–	20,6	19,5	18,7	18,4
Spanien	9,9	11,5	20,8	20,3	22,6	22,6	22,5	22,9
Tschechien	–	–	–	22,0	20,1	20,7	21,3	21,3
Ungarn	–	–	–	27,3	27,6	27,1	26,8	26,3
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	19,4	18,8	18,7
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,9	31,1	29,6	29,0	29,4

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970–1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 – 2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.

## 16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>32,3</b>	<b>37,5</b>	<b>35,7</b>	<b>37,2</b>	<b>37,2</b>	<b>35,4</b>	<b>35,5</b>	<b>34,6</b>
Belgien	34,8	42,4	43,2	44,8	45,7	46,2	45,4	45,6
Dänemark	39,2	43,9	47,7	49,5	50,1	48,7	48,3	49,6
Finnland	32,0	36,2	44,3	46,0	48,0	45,8	44,8	44,3
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,4	43,4	43,7
Griechenland	22,4	24,2	29,3	32,4	38,2	37,1	35,7	–
Irland	28,8	31,4	33,5	32,8	32,2	28,7	29,7	30,2
Italien	26,1	30,4	38,9	41,2	43,2	42,5	43,1	42,2
Japan	19,6	25,4	29,1	26,7	26,5	25,8	25,3	–
Kanada	30,8	30,9	35,9	35,6	35,6	34,0	33,8	33,0
Luxemburg	26,8	40,8	40,8	42,3	40,6	41,3	41,3	40,6
Niederlande	35,6	43,6	42,9	41,9	41,2	39,2	38,8	39,3
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,2	43,8	43,4	44,9
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	43,6	43,1	42,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,7	34,2	–
Portugal	19,4	24,1	29,2	33,6	36,4	36,5	37,1	–
Schweden	38,5	47,3	53,2	48,5	53,9	50,1	50,6	50,7
Schweiz	22,2	28,5	26,0	27,8	30,5	30,1	29,5	29,4
Slowakei	–	–	–	–	34,3	33,0	31,1	30,8
Spanien	15,8	22,4	32,1	31,8	34,8	34,8	34,9	35,1
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,0	37,7	37,6
Ungarn	–	–	–	42,4	39,0	38,8	38,5	37,7
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	26,3	25,6	25,4
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,1	37,5	35,6	35,6	36,1

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970–1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965–2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.



## 17 Staatsquote im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP						
	1990	2000	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland<sup>1</sup></b>	<b>44,5</b>	<b>45,1</b>	<b>48,3</b>	<b>47,0</b>	<b>46,8</b>	<b>45,7</b>	<b>45,0</b>
Belgien	51,9	48,6	50,1	48,7	49,1	49,0	48,9
Dänemark	55,9	53,9	55,2	55,1	54,0	53,0	52,1
Finnland	48,3	48,8	50,7	50,8	50,9	50,6	50,6
Frankreich	49,3	51,6	53,6	53,5	53,9	53,6	53,0
Griechenland	50,2	52,1	49,9	49,8	47,7	47,1	46,9
Irland	42,9	31,5	33,5	33,7	35,8	35,2	35,2
Italien	54,4	46,9	49,3	48,7	49,2	48,5	49,0
Japan	31,8	38,3	37,6	37,5	37,4	37,6	37,8
Kanada	48,8	41,1	40,9	39,9	39,5	39,6	40,0
Luxemburg	43,3	38,6	45,0	45,2	46,1	45,4	44,7
Niederlande	52,5	43,4	47,1	46,6	47,7	48,1	46,6
Norwegen	54,0	42,7	48,9	46,7	46,1	46,3	46,5
Österreich	51,5	51,4	50,6	49,9	49,5	48,6	48,2
Polen	–	44,9	45,8	44,7	42,8	43,0	42,4
Portugal	40,6	43,7	46,2	46,5	47,6	47,5	47,1
Schweden	61,9	57,4	58,7	57,3	57,2	57,1	56,3
Schweiz	30,0	33,9	36,7	36,7	36,9	36,5	36,1
Slowakei	–	50,9	39,7	40,6	40,2	39,9	39,0
Spanien	42,5	38,9	38,3	38,8	38,5	38,6	38,7
Tschechien	–	42,1	53,5	44,6	44,2	43,0	42,4
Ungarn	–	47,9	49,8	49,7	50,3	48,9	48,8
USA	37,1	34,2	36,7	36,4	36,6	36,9	36,6
Vereinigtes Königreich	42,2	37,5	43,3	43,9	44,9	45,4	45,7

<sup>1</sup> 1970–1990 nur alte Bundesländer.  
Quelle: OECD-Outlook.  
Stand: Dezember 2005.

## 18 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
<b>Ausgabenseite</b>						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	105,68	111,97
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,46	50,99
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,40	35,64
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	8,02	8,89
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,48	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,30	5,86	6,29	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,44	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	3,29	2,89
Ausgleichszahlungen				1,41	1,30	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	- 4,1	6,4	6,4	10,6	5,5	6,0
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	- 1,8	11,2	5,2
Strukturpolitik	- 18,6	4,6	21,4	19,9	- 5,3	10,0
Interne Politiken	- 1,3	24,0	- 13,7	28,0	10,5	10,8
Externe Politiken	10,2	4,5	9,5	7,5	18,9	- 2,0
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,7	10,6	7,3	5,9
Reserven	10,5	- 19,0	- 11,8	20,0	144,4	4,5
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	54,9	36,2	7,9	- 12,2
Ausgleichszahlungen					- 7,8	- 17,7
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	45,9	45,5
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	30,7	31,8
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	7,9
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	5,2	4,8
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	6,0	5,9
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	3,1	2,6
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
<b>Einnahmenseite</b>						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,28	94,08	93,47	103,51	105,68	111,97
davon:						
Zölle	12,83	9,50	9,46	10,59	12,03	12,91
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,82	1,49	1,39	1,71	1,91	1,32
MwSt-Eigenmittel	30,69	22,69	21,82	13,53	15,56	15,88
BSP/BNE-Eigenmittel	34,46	45,85	50,62	69,21	68,88	80,56
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	- 0,2	- 0,6	10,7	2,1	6,0
davon:						
Zölle	- 2,1	- 26,0	- 0,4	11,9	13,6	7,3
Agrarzölle und Zuckerabgaben	- 15,7	- 18,1	- 6,7	23,0	11,7	- 30,9
MwSt-Eigenmittel	- 12,8	- 26,1	- 3,8	- 38,0	15,0	2,1
BSP/BNE-Eigenmittel	- 8,3	33,1	10,4	36,7	- 0,5	17,0
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	10,1	10,1	10,2	11,4	11,5
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,6	1,5	1,7	1,8	1,2
MwSt-Eigenmittel	32,6	24,1	23,3	13,1	14,7	14,2
BSP/BNE-Eigenmittel	36,6	48,7	54,2	66,9	65,2	71,9

## Bemerkungen:

1996 bis 2004: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2005: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1–8.

2006: Endgültige Feststellung vom 15. Dezember 2005.

Stand: Februar 2006.

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

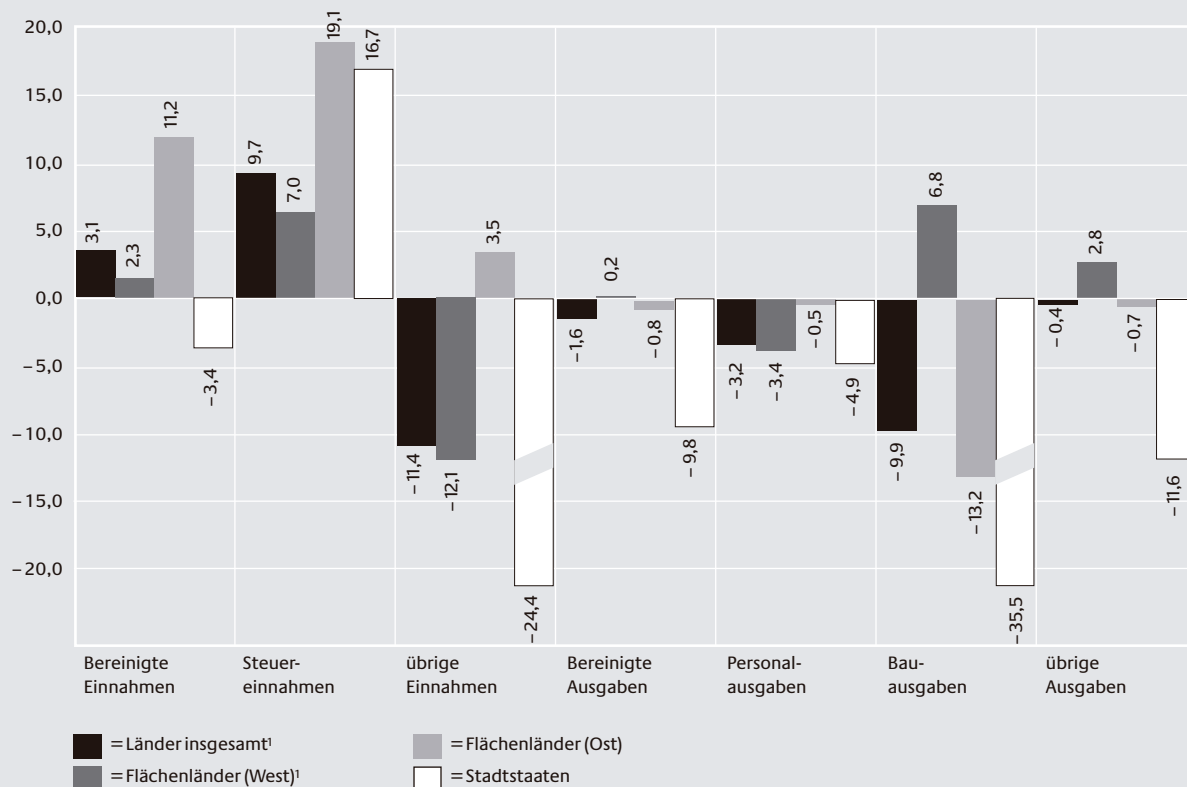
## 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2006 im Vergleich zum Jahressoll 2006

in Mio. €	Flächenländer (West <sup>1</sup> )		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen <sup>1</sup>	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>162 798</b>	<b>49 747</b>	<b>48 736</b>	<b>14 772</b>	<b>29 106</b>	<b>9 611</b>	<b>235 191</b>	<b>72 240</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	126 122	39 227	23 519	7 807	17 783	5 926	167 424	52 960
übrige Einnahmen	36 676	10 520	25 217	6 965	11 323	3 685	67 767	19 280
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>178 139</b>	<b>59 112</b>	<b>51 799</b>	<b>16 233</b>	<b>33 983</b>	<b>11 254</b>	<b>258 471</b>	<b>84 709</b>
darunter:								
Personalausgaben	71 675	24 787	12 901	4 252	11 099	3 819	95 675	32 859
Bauausgaben	2 589	378	1 423	204	832	130	4 844	711
übrige Ausgaben	103 875	33 947	37 474	11 777	22 053	7 305	157 953	51 139
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>- 15 336</b>	<b>- 9 366</b>	<b>- 3 063</b>	<b>- 1 461</b>	<b>- 4.861</b>	<b>- 1 642</b>	<b>- 23 261</b>	<b>- 12 469</b>

<sup>1</sup> Ohne Saarland.

## 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2006

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



<sup>1</sup> Ohne Saarland.

### 3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	April 2005			März 2006			April 2006		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder <sup>5</sup>	Ins- gesamt <sup>5</sup>	Bund	Länder <sup>5</sup>	Ins- gesamt <sup>5</sup>
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>57 789</b>	<b>70 036</b>	<b>123 015</b>	<b>47 258</b>	<b>56 715</b>	<b>100 198</b>	<b>63 956</b>	<b>72 240</b>	<b>131 307</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	49 541	48 275	97 817	38 198 <sup>6</sup>	40 699	78 897	53 634 <sup>6</sup>	52 960	106 594
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	79 165 <sup>3</sup>	31 337	110 502	66 192 <sup>3</sup>	21 668	87 860	82 025 <sup>3</sup>	25 345	107 370
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>94 398</b>	<b>86 055</b>	<b>175 644</b>	<b>74 599</b>	<b>66 729</b>	<b>137 553</b>	<b>92 764</b>	<b>84 709</b>	<b>172 584</b>
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	8 983	33 939	42 922	7 009	25 468	32 476	9 081	32 859	41 939
122	Bausubventionen	755	790	1 544	621	509	1 130	831	711	1 543
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–273	–273	–	–135	–135	–	–200	–200
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	55 861	21 591	77 452	65 552	19 065	84 617	79 239	22 806	102 046
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 36 609</b>	<b>– 16 019</b>	<b>– 52 629</b>	<b>– 27 341</b>	<b>– 10 015</b>	<b>– 37 356</b>	<b>– 28 808</b>	<b>– 12 469</b>	<b>– 41 277</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	93	93	–	324	324	–	189	189
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	14	14	–	52	52	–	76	76
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	79	79	–	272	272	–	113	113
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen <sup>2</sup>	23 458	9 007	32 464	744	2 914	3 657	2 942	2 749	5 690
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	– 1 547	– 1 547	–	52	52	–	– 805	– 805
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 1 134	– 1 134	–	– 942	– 942	–	– 180	– 180
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	5 220	6 187	11 407	11 611	7 568	19 179	14 796	5 975	20 772
32	Vorschüsse	–	8 001	8 001	–	12 485	12 485	–	11 845	11 845
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	3 579	3 579	–	5 068	5 068	–	5 322	5 322
34	Saldo (31–32+33)	5 220	1 764	6 984	11 611	151	11 762	14 796	– 548	14 249
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 7 931	– 7 851	– 15 782	– 14 986	– 7 569	– 22 555	– 11 070	– 11 141	– 22 210
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	7 931	5 092	13 023	14 986	4 616	19 602	11 070	6 914	17 983
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	5	5	–	252	252	–	265	265
56	Zusammen	7 931	5 097	13 028	14 986	4 868	19 854	11 070	7 179	18 248
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	– 2 754	– 2 754	0	– 2 700	– 2 700	0	– 3 962	– 3 962
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>4</sup>	–	608	608	–	938	938	–	1 049	1 049
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	879	879	–	1 971	1 971	–	1 852	1 852

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. <sup>4</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>5</sup> Aufgrund technischer Probleme konnte das Saarland keine Zahlen bis einschließlich April melden. <sup>6</sup> Die Gemeinschaftsteuern des Saarlandes für März und April 2006 sind noch nicht berücksichtigt.  
Stand: Juni 2006.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklb.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland <sup>8</sup>
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>9 214,5</b>	<b>10 400,4</b>	<b>2 646,9</b>	<b>5 746,6</b>	<b>1 804,4</b>	<b>5 785,6</b>	<b>13 459,3</b>	<b>3 194,6</b>	.
111	darunter: Steuereinnahmen	7 056,4	8 259,3	1 488,1	4 817,0	873,9	3 981,9	11 242,1 <sup>6</sup>	2 248,0	.
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	143,3	–	143,3	74,3	–	85,1	.
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	2 618,8	2 583,0	470,2	–	300,0	2 200,0	5 862,7	2 960,9	.
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	11 045,3	11 528,1	3 036,0	6 198,4	2 255,3	7 015,7	16 475,5	4 335,1	.
121	darunter: Personalausgaben									.
	(inklusive Versorgung)	5 012,3	5 641,6	776,5	2 274,3	498,4	2 798,5 <sup>3</sup>	6 056,8 <sup>3</sup>	1 838,2	.
122	Bauausgaben	84,9	147,6	37,7	73,5	37,1	12,4	26,2	13,5	.
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	752,4	613,5	–	506,0	–	–	12,8	–	.
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 908,3	394,5	573,6	1 428,3	559,9	1 857,0	5 631,5	3 064,8	.
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 1 830,8</b>	<b>– 1 127,7</b>	<b>– 389,1</b>	<b>– 451,8</b>	<b>– 450,9</b>	<b>– 1 230,1</b>	<b>– 3 016,3</b>	<b>– 1 140,4</b>	.
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	.
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	.
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	.
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	731,6	2 259,9	118,4	– 1 445,1	– 378,2	340,6	228,4	– 165,8	.
<b>2</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)</b>	<b>0,2</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	.
<b>22</b>	<b>der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	.
<b>3</b>	<b>Verwahrungen, Vorschüsse usw.</b>									
31	Verwahrungen	1 839,4	869,1	540,2	1 051,8	249,9	225,9	650,4	605,2	.
32	Vorschüsse	1 094,1	4 653,9	4,1	44,1	0,7	697,9	– 24,3	60,6	.
33	Geldbestände der Rücklagen und Sonderevermögen	130,7	2 652,6	0,0	177,6	116,3	769,7	165,4	2,1	.
34	Saldo (31–32+33)	876,0	– 1 132,2	536,1	1 185,3	365,5	297,7	840,2	546,8	.
<b>4</b>	<b>Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)</b>	<b>– 223,0</b>	<b>0,0</b>	<b>265,4</b>	<b>– 711,7</b>	<b>– 463,6</b>	<b>– 591,8</b>	<b>– 1 947,6</b>	<b>– 759,4</b>	.
<b>5</b>	<b>Schwebende Schulden</b>									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	0,0	671,8	415,5	658,0	2 070,0	760,0	.
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	.
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	.
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	.
55	Sonstige	–	–	–	115,0	–	150,0	–	–	.
56	Zusammen	0,0	0,0	0,0	786,8	415,5	808,0	2 070,0	760,0	.
<b>6</b>	<b>Kassenbestand insgesamt (4+56)<sup>4</sup></b>	<b>– 223,0</b>	<b>0,0</b>	<b>265,4</b>	<b>75,1</b>	<b>– 48,1</b>	<b>216,2</b>	<b>122,4</b>	<b>0,6</b>	.
<b>7</b>	<b>Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)</b>									
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	–	–	–	–	–	536,2	–	–	.
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	769,7	163,6	–	.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. <sup>3</sup> Ohne Mai-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> NW – Darin enthalten 218,717 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>7</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sonderevermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>8</sup> Aufgrund technischer Probleme konnte das Saarland für April keine Zahlen melden. <sup>9</sup> SN – Tagesabschluss erfolgt zur Tagesmitte; Minusbeträge werden zum Tagesende ausgeglichen.  
Stand: Juni 2006.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2006; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen <sup>8</sup>
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>5 200,5</b>	<b>2 671,0</b>	<b>2 141,1</b>	<b>2 448,9</b>	<b>5 566,0</b>	<b>947,7</b>	<b>3 224,5</b>	<b>72 240,3</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	2 671,4	1 505,7	1 622,2	1 267,6	2 769,1	595,2	2 562,0	52 959,9
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	357,2	196,2	36,0	188,4	887,8	100,1	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	303,9	2 997,5	1 507,3	437,4	2 492,4	1 035,3	–424,5	25 344,9
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>4 497,6</b>	<b>3 282,6</b>	<b>2 709,6</b>	<b>3 161,3</b>	<b>6 813,6</b>	<b>1 415,5</b>	<b>3 151,4</b>	<b>84 709,3</b>
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	1 452,4	731,0	1 165,7	793,8	2 362,7	422,3	1 034,1	32 858,6
122	Bausubstanz	92,1	11,3	19,5	25,7	29,1	28,7	72,0	711,3
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	127,0	–200,0
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	766,7	1 806,4	1 331,9	207,5	2 416,2	859,8	–	22 806,4
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>702,9</b>	<b>– 611,6</b>	<b>– 568,5</b>	<b>– 712,4</b>	<b>– 1 247,6</b>	<b>– 467,8</b>	<b>73,1</b>	<b>– 12 469,0</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	189,4	–	189,4
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	76,4	–	76,4
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	113,1	–	113,1
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	–386,6	1 190,4	189,0	225,7	85,2	173,5	–418,4	2 748,6
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–22,7	–	–527,5	–255,3	–805,3
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–180,1	–	–	–	–180,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	426,5	–21,6	0,0	–247,6	119,0	109,2	–442,0	5 975,4
32	Vorschüsse	1 052,4	713,6	0,0	35,5	–	–32,7	3 544,9	11 844,8
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	235,6	40,2	0,0	2,2	280,2	235,8	513,2	5 321,6
34	Saldo (31–32+33)	–390,3	–695,0	0,0 <sup>5</sup>	–280,9	399,2	377,7	–3 473,7	–547,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–74,0 <sup>9</sup>	–116,3	–379,5	–970,4	–763,2	–331,1	–4 074,3	–11 140,5
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	35,0	0,0	953,7	778,0	283,6	288,0	6 913,6
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	265,0
56	Zusammen	0,0	35,0	0,0	953,7	778,0	283,6	288,0	7 178,6
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	–74,0	–81,3	–379,5	–16,7	14,6	–47,5	–3 786,3	–3 962,1
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit <sup>7</sup>	–	–	–	–	–	–	513,2	1 049,4
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	280,2	124,9	513,2	1 851,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne Mai-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> NW – Darin enthalten 218,717 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>7</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>8</sup> Aufgrund technischer Probleme konnte das Saarland für April keine Zahlen melden. <sup>9</sup> SN – Tagesabschluss erfolgt zur Tagesmitte; Minusbeträge werden zum Tagesende ausgeglichen.  
Stand: Juni 2006.

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbs- quote <sup>2</sup>	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote <sup>4</sup>
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
						Veränderung in % p. a.			
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,6	23,6
1993	37,6	– 1,3	49,7	2,8	6,9	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	3,0	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,4	21,3
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,1	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 1,0	51,3	3,7	8,7	– 0,2	0,8	1,2	17,8
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,6	1,3	0,9	17,4
2005	38,8	– 0,2	51,6	3,9	9,1	1,0	1,2	1,6	17,1
2000/1995	38,0	0,8	50,1	3,1	7,6	2,0	1,2	2,0	21,3
2005/2000	39,0	– 0,2	51,3	3,4	8,1	0,7	0,9	1,4	18,7

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. <sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. <sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
	Veränderung in % p. a.						
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,4
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,5
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	1,9
1996	1,5	0,5	– 0,7	0,7	1,0	1,5	– 0,0
1997	2,1	0,3	– 2,2	0,9	1,4	1,9	– 1,1
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,4
2000	2,5	– 0,7	– 4,8	0,9	0,9	1,4	0,6
2001	2,5	1,2	– 0,1	1,3	1,7	2,0	0,8
2002	1,5	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,8
2003	0,9	1,0	1,0	0,8	1,5	1,1	0,7
2004	2,4	0,8	– 0,2	0,9	1,4	1,6	– 0,9
2005	1,4	0,5	– 1,5	1,0	1,4	2,0	– 1,0
2000/1995	2,2	0,2	– 1,1	0,5	0,8	1,3	0,0
2005/2000	1,7	1,0	0,2	1,0	1,4	1,6	0,0

<sup>1</sup> Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. <sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlands-konzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

### 3 Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	- 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	- 3,6	97,12	47,69	35,7	31,2	4,5	2,2
2003	0,9	2,5	87,56	45,66	35,7	31,7	4,0	2,1
2004	9,1	7,0	109,46	82,36	38,0	33,1	4,9	3,7
2005	7,0	7,7	112,07	88,44	40,1	35,1	5,0	3,9
2000/1995	9,2	9,4	16,8	- 18,2	28,0	27,1	0,9	- 0,9
2005/2000	5,5	3,0	76,0	39,4	36,3	32,8	3,5	1,8

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

### 4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) <sup>3</sup>
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
				Veränderung in % p. a.			in %
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	– 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	– 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	– 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	– 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	– 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	– 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	– 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,3	2,8	0,7	71,4	72,3	1,4	– 0,2
2003	1,2	3,6	0,2	70,7	71,8	1,2	– 0,9
2004	3,6	11,7	0,3	68,4	69,8	0,5	0,8
2005	1,7	6,3	–0,5	67,0	68,6	0,4	– 0,8
2000/1995	1,8	1,2	2,0	71,1	71,8	1,1	– 0,1
2005/2000	2,0	5,6	0,5	70,2	71,3	1,0	0,1

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. <sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). <sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).  
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.



## 5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	<b>2,2</b>	<b>5,7</b>	<b>1,9</b>	<b>3,2</b>	<b>0,1</b>	<b>- 0,2</b>	<b>1,6</b>	<b>0,9</b>	<b>1,7</b>	<b>1,0</b>
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,9	1,5	0,9	2,6	1,2	2,3	2,1
Dänemark	3,6	1,0	3,1	3,5	0,5	0,7	1,9	3,1	3,2	2,3
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	3,8	4,8	4,7	3,6	3,5	3,4
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	2,7	3,0	3,1	3,4	3,1	2,8
Frankreich	1,9	2,7	2,4	4,1	1,2	0,8	2,3	1,4	1,9	2,0
Irland	3,1	7,6	9,8	9,2	6,1	4,4	4,5	4,7	4,9	5,1
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,3	0,0	1,1	0,0	1,3	1,2
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	3,6	2,0	4,2	4,2	4,4	4,5
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	0,1	- 0,1	1,7	1,1	2,6	2,6
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,0	1,4	2,4	1,9	2,5	2,2
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	0,8	- 1,1	1,1	0,3	0,9	1,1
Finnland	3,4	- 0,3	3,4	5,0	2,2	2,4	3,6	2,1	3,6	2,9
Schweden	2,2	1,0	3,9	4,3	2,0	1,7	3,7	2,7	3,4	3,0
Vereinigtes Königreich	3,6	0,7	2,9	4,0	2,0	2,5	3,1	1,8	2,4	2,8
Euroraum	2,3	3,6	2,4	3,8	0,9	0,7	2,0	1,3	2,1	1,8
EU-15	2,5	3,0	2,6	3,9	1,1	1,1	2,3	1,5	2,2	2,0
Estland	-	-	4,5	7,9	7,2	6,7	7,8	9,8	8,9	7,9
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	6,5	7,2	8,5	10,2	8,5	7,6
Litauen	-	-	3,3	3,9	6,8	10,5	7,0	7,5	6,5	6,2
Malta	-	-	6,2	6,4	1,5	- 2,5	- 1,5	2,5	1,7	1,9
Polen	-	-	7,0	4,2	1,4	3,8	5,3	3,2	4,5	4,6
Slowakei	-	-	5,8	2,0	4,6	4,5	5,5	6,0	6,1	6,5
Slowenien	-	-	4,1	4,1	3,5	2,7	4,2	3,9	4,3	4,1
Tschechien	-	-	5,9	3,9	1,5	3,2	4,7	6,0	5,3	4,7
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,8	3,4	4,6	4,1	4,6	4,2
Zypern	-	-	9,9	5,0	2,1	1,9	3,9	3,8	3,8	3,8
EU-25	-	-	2,6	3,9	1,2	1,2	2,4	1,6	2,3	2,2
Japan	5,1	5,2	1,9	2,9	0,1	1,8	2,3	2,7	2,8	2,4
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	1,6	2,7	4,2	3,5	3,2	2,7

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

## 6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	<b>1,9</b>	<b>1,4</b>	<b>1,0</b>	<b>1,8</b>	<b>1,9</b>	<b>1,7</b>	<b>2,3</b>
Belgien	2,4	1,6	1,5	1,9	2,5	2,4	2,1
Dänemark	2,3	2,4	2,0	0,9	1,7	2,1	2,0
Griechenland	3,7	3,9	3,4	3,0	3,5	3,3	3,3
Spanien	2,8	3,6	3,1	3,1	3,4	3,6	3,1
Frankreich	1,8	1,9	2,2	2,3	1,9	1,9	1,8
Irland	4,0	4,7	4,0	2,3	2,2	2,4	2,3
Italien	2,3	2,6	2,8	2,3	2,2	2,2	2,0
Luxemburg	2,4	2,1	2,5	3,2	3,8	4,1	3,4
Niederlande	5,1	3,9	2,2	1,4	1,5	1,8	2,1
Österreich	2,3	1,7	1,3	2,0	2,1	1,7	1,6
Portugal	4,4	3,7	3,3	2,5	2,1	2,7	2,4
Finnland	2,7	2,0	1,3	0,1	0,8	1,4	1,4
Schweden	2,7	1,9	2,3	1,0	0,8	1,1	1,8
Vereinigtes Königreich	1,2	1,3	1,4	1,3	2,1	2,0	2,0
Euroraum	2,4	2,3	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2
EU-15	2,2	2,1	2,0	2,0	2,1	2,1	2,2
Estland	5,6	3,6	1,4	3,0	4,1	3,6	2,9
Lettland	2,5	2,0	2,9	6,2	6,9	6,7	5,6
Litauen	1,6	0,3	– 1,1	1,2	2,7	3,5	3,3
Malta	2,5	2,6	1,9	2,7	2,5	2,9	2,7
Polen	5,3	1,9	0,7	3,6	2,2	1,0	2,0
Slowakei	7,2	3,5	8,4	7,5	2,8	4,4	2,7
Slowenien	8,6	7,5	5,7	3,7	2,5	2,4	2,5
Tschechien	4,5	1,4	– 0,1	2,6	1,6	2,5	2,7
Ungarn	9,1	5,2	4,7	6,8	3,5	2,3	3,3
Zypern	2,0	2,8	4,0	1,9	2,0	2,4	2,2
EU-25	2,5	2,1	1,9	2,1	2,2	2,1	2,2
Japan	– 0,6	– 0,9	– 0,3	0,0	– 0,3	0,7	1,0
USA	2,8	1,6	2,3	2,7	3,4	2,9	1,6

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.  
Stand: Mai 2006.

## 7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	<b>7,2</b>	<b>4,8</b>	<b>8,0</b>	<b>7,2</b>	<b>8,2</b>	<b>9,0</b>	<b>9,5</b>	<b>9,5</b>	<b>9,4</b>	<b>9,2</b>
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	7,5	8,2	8,4	8,4	8,0	7,6
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,6	5,4	5,5	4,8	4,0	3,8
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	10,3	9,7	10,5	9,8	9,5	9,1
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	11,1	10,6	9,2	8,7	8,3
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	8,9	9,5	9,6	9,5	9,4	9,3
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,5	4,7	4,5	4,3	4,4	4,4
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,6	8,4	8,0	7,7	7,7	7,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,8	3,7	4,8	5,3	5,7	5,8
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	2,8	3,7	4,6	4,7	4,3	3,9
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,2	4,3	4,8	5,2	5,2	5,2
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,0	5,0	6,3	6,7	7,6	8,1	8,3
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,0	8,8	8,4	7,9	7,6
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	5,6	6,3	7,8	7,0	6,7
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,1	4,9	4,7	4,7	5,0	4,8
Euroraum	9,3	7,6	10,5	8,2	8,3	8,7	8,9	8,6	8,4	8,2
EU-15	9,4	7,3	10,1	7,7	7,6	8,0	8,1	7,9	7,8	7,6
Estland	–	0,6	9,7	12,8	10,3	10,0	9,7	7,9	7,0	6,3
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,2	10,5	10,4	9,0	8,4	7,9
Litauen	–	5,3	12,7	16,4	13,5	12,4	11,4	8,2	7,1	6,5
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,5	7,6	7,3	7,3	7,4	7,4
Polen	–	–	13,2	16,1	19,9	19,6	19,0	17,7	16,2	15,2
Slowakei	–	–	13,2	18,8	18,7	17,6	18,2	16,4	15,5	14,8
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,3	6,7	6,3	6,3	6,3	6,3
Tschechien	–	–	3,9	8,7	7,3	7,8	8,3	7,9	7,7	7,6
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,8	5,9	6,1	7,2	7,7	7,6
Zypern	–	–	3,5	4,8	3,6	4,1	4,7	5,3	5,4	5,4
EU-25	–	–	10,4	8,6	8,8	9,0	9,1	8,7	8,5	8,2
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,4	5,3	4,7	4,4	4,3	4,3
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,8	6,0	5,5	5,1	4,8	5,1

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, Mai 2006.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2006.

Stand: Mai 2006.

## 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2004	2005	2006 <sup>1</sup>	2007 <sup>1</sup>	2004	2005	2006 <sup>1</sup>	2007 <sup>1</sup>	2004	2005	2006 <sup>1</sup>	2007 <sup>1</sup>
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	8,4	6,5	6,0	6,1	10,3	12,3	10,4	9,7	8,1	9,1	9,6 ↓	8,1
darunter												
Russische Föderation	7,2	6,4	6,0	5,8	10,9	12,6	10,4	9,5	9,9	11,3	11,8	9,5
Ukraine	12,1	2,6	2,3	4,3	9,0	13,5	13,0	12,5	10,5	2,7	1,2	− 2,1
Asien	8,4	8,2	7,9	7,6	4,0	3,5	3,8	3,4	3,9	4,5	4,1	4,0
darunter												
China	10,1	9,9	9,5	9,0	3,9	1,8	2,0	2,2	3,6	7,1	6,9 ↑	6,7 ↑
Indien	8,1	8,3	7,3	7,0	3,8	4,2	4,8	4,9	0,2	− 2,5	− 3,1	− 3,1
Indonesien	5,1	5,6	5,0 ↑	6,0	6,1	10,5	14,2	6,6	1,2	1,1	0,4	0,0
Korea	4,6	4,0	5,5	4,5	3,6	2,7	2,5	3,0	4,1	2,1	1,8	1,7
Thailand	6,2	4,4	5,0	5,4	2,8	4,5	3,6	2,2	4,2	− 2,3	− 2,0	− 2,1
Türkei <sup>2</sup>	8,9	7,4 ↑	6,0 ↑	5,0	8,6	8,2	6,5	4,4	− 5,2	− 6,3	− 6,5 ↓	− 6,1 ↓
Lateinamerika	5,6	4,3	4,3	3,6	6,5	6,3	5,8	5,6	0,9	1,2	0,8	0,2 ↓
darunter												
Argentinien	9,0	9,2	7,3	4,0	4,4	9,6	12,9	15,0	2,2	1,8	1,2	0,5
Brasilien	4,9	2,3	3,5	3,5	6,6	6,9	4,9	4,4	1,9	1,8	1,0	0,2
Chile	6,1	6,3	5,5	5,2	1,1	3,1	3,8	3,0	1,5	− 0,4	0,5	− 1,2
Mexiko	4,2	3,0	3,5	3,1	4,7	4,0	3,5	3,0	− 1,1	− 0,7	− 0,6	− 0,8
Venezuela	17,9	9,3	6,0	3,0	21,7	15,9	11,7	17,3	12,5	19,1	14,1	13,4

<sup>1</sup> Prognosen des IWF [↑/↓ = aktuelle Prognose ggü. der vorigen (März 2006) angehoben/gesenkt].

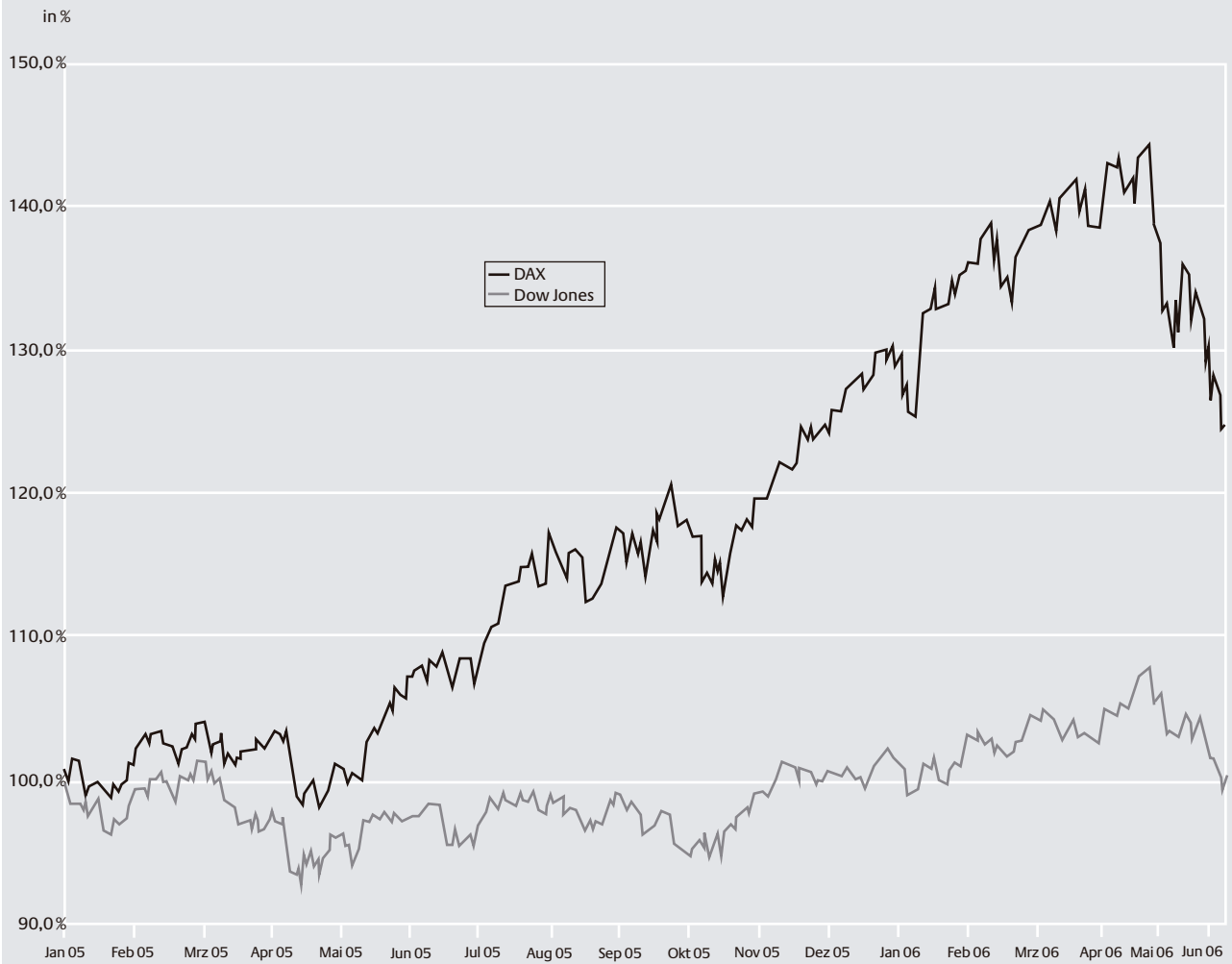
<sup>2</sup> Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2006.

## 9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 3. Januar 2005 = 100 %

(3. Januar 2005 bis 14. Juni 2006)



## 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

**Aktienindizes**

	Schlussstände 14.6.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2005	Hoch 2005
Dow Jones	10 817	10 718	0,93	10 012	10 941
Eurostoxx 50	3 204	3 349	– 4,32	2 763	3 364
Dax	5 306	5 408	– 1,89	4 258	5 459
CAC 40	4 615	4 715	– 2,12	3 816	4 773
Nikkei	14 310	16 111	– 11,18	10 012	16 344

**Renditen staatlicher Benchmarkanleihen**

10 Jahre	Schlussstände 14.6.2006	Anfang 2006	Spread zu US-Bond	Tief 2005	Hoch 2005
			in %		
USA	5,07	4,40	–	3,89	4,66
Bund	3,89	3,30	– 1,18	3,02	3,78
Japan	1,77	1,47	– 3,30	1,17	1,78
Brasilien	16,64	6,90	11,57	6,90	9,43

**Währungen**

	Schlussstände 14.6.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2005	Hoch 2005
Dollar/Euro	1,26	1,18	6,44	1,17	1,36
Yen/Dollar	115,00	117,92	– 2,48	102,05	121,00
Yen/Euro	144,93	139,32	4,03	131,00	143,19
Pfund/Euro	0,68	0,69	– 0,55	0,66	0,71

**HERAUSGEBER:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
REFERAT INFORMATION UND PUBLIKATION  
WILHELMSTRASSE 97  
10117 BERLIN  
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)  
ODER  
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

**REDAKTION:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT  
[REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE](mailto:REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE)  
BERLIN, JUNI 2006

**SATZ UND GESTALTUNG:**

HEIMBÜCHEL PR,  
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,  
BERLIN/KÖLN

**DRUCK:**

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

**BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES  
BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:**

TELEFONISCH 0 18 88 / 80 80 800  
(0,12 €/MIN.)  
PER TELEFAX 0 18 88 / 10 80 80 800  
(0,12 €/MIN.)

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.